

TRANSMISSION 06

Zwischen Dynamik und Ausgleich:
Perspektiven für den sozialen Aufstieg

MIT BEITRÄGEN VON:

STEFAN GOSEPATH

GERHARD SCHWARZ

ANKE HASSEL

ISABEL SAWHILL

TIMOTHY M. SMEEDING

THOMAS STRAUBHAAR

MAX WIND-COWIE

DAVID DEISSNER

TRANSMISSION 06

**Zwischen Dynamik und Ausgleich:
Perspektiven für den sozialen Aufstieg**

Inhalt

Zum Geleit

von Ralf Fücks und Mark Speich 4

Chancengleichheit

von Stefan Gosepath 8

Zwischen gesellschaftlicher Dynamik und sozialem Ausgleich

von Gerhard Schwarz 34

Gibt es Chancengleichheit ohne Verteilungsgerechtigkeit?

von Anke Hassel 52

Are We Headed Toward a Permanently Divided Society?

von Isabel Sawhill 70

Mobility and Social Balance in Comparative Context:

How Unequal Are Chances to Give One's Children a Better Life and What Can We Do About It?

von Timothy M. Smeeding 90

Herausforderungen der Zukunft:

Demographie, Individualisierung, Migration, Strukturwandel

von Thomas Straubhaar 118

In the Rush to Mobility, Don't Forget the Middle Classes

von Max Wind-Cowie 136

Kevin alleine schuld?

Über die motivationalen Grundlagen des Aufstiegs durch Bildung

von *David Deißner* 146

Über die Autoren 164

Über die Vodafone Stiftung 174

Zum Geleit

von Ralf Fücks und Mark Speich

Das große Versprechen der Nachkriegszeit, dass jede und jeder durch eigene Anstrengungen in der Gesellschaft vorankommen könne, wird heute nicht mehr eingelöst. So hat die von der Heinrich-Böll-Stiftung im letzten Jahr veröffentlichte Studie „Kaum Bewegung, viel Ungleichheit“ von Reinhard Pollak (WZB) gezeigt, dass die Chancen auf den gesellschaftlichen Aufstieg in nur wenigen industriellen Staaten so ungleich verteilt sind wie in Deutschland. Der soziale Fahrstuhl ist hierzulande ins Stocken geraten und am unteren Ende der Gesellschaft schaffen es viele nicht, überhaupt einzusteigen.

Gefragt sind daher Strategien gegen die blockierte Gesellschaft, eine neue Politik der sozialen Durchlässigkeit, die faire Aufstiegschancen ermöglicht und strukturelle Blockaden – etwa durch Diskriminierung und herkunftsbedingte Benachteiligung – auflöst. Eine faire, aufstiegsoffene Gesellschaft ist ein Gebot der Gerechtigkeit, die an der Entfaltung individueller Potenziale ansetzt, aber auch eines der wirtschaftlichen Vernunft. Alternde

Gesellschaften werden es sich immer weniger leisten können, auf Talente zu verzichten.

Dabei wollen wir der Frage nach fairen Aufstiegschancen eine zweite Perspektive hinzufügen. In letzter Zeit hat sich eine neue Egalitarismusdebatte entsponnen, die nicht zuletzt durch das Buch „The Spirit Level“ der britischen Epidemiologen Richard Wilkinson und Kate Pickett befeuert wurde. Ihre These lautet, dass Einkommensungleichheit nicht nur für die Armen nachteilig ist, sondern der gesamten Gesellschaft, also auch den Wohlhabenden, schadet. Politisch fordern sie, in erster Linie Einkommensungleichheit zu reduzieren. Denn schon kleine Fortschritte würden hier weit größere Wohlfahrtsgewinne erzeugen als das „Herumdoktern“ an den einzelnen Symptomen.

Die Debattenstränge Aufstieg und Ausgleich haben unterschiedliche Fluchtpunkte. Die Egalitarismusdebatte legt den sozialen Ausgleich durch steuerliche Umverteilung, die Bereitstellung öffentlicher Güter und eine soziale Grundsicherung nahe; das Leitmotiv einer sozial mobilen Gesellschaft verweist auf Aspirationen und Anstrengungen von Individuen und damit auf Wettbewerb und Leistungsorientierung.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine Politik für mehr Aufstiegschancen und die klassische Sozialpolitik der Grundsicherung und Umverteilung tatsächlich im Konflikt miteinander stehen. Wilkinson und Pickett zeigen, dass Aufstiege in Gesellschaften mit größerer Gleichheit besser gelingen als in stärker polarisierten. Timothy Smeeding, der mit einem Beitrag in diesem Band vertreten ist, weist jedoch darauf hin, dass auch in einem tendenziell von besonderer Ungleichheit geprägten Land wie Kanada erhebliche Aufstiegsdynamik entfaltet werden kann.

Einerseits lässt sich also festhalten, dass ein egalitaristischer Politikansatz mit der Verwirklichung von Aufstiegschancen vereinbar sein kann. Andererseits kann und muss man die Verwirklichung von Freiheit, die sich in der Chance auf den sozialen Aufstieg ausdrückt, als zentrales Element von Gleichheit beschreiben, das allein über Umverteilung nicht erreicht werden kann. Die Unruhen in Großbritannien haben drastisch gezeigt, wie destabilisierend große soziale Unterschiede wirken können, die aufgrund fehlender Aufstiegschancen für eine große Zahl junger Menschen unüberwindbar werden.

Wir müssen den Blick auf die Rahmenbedingungen lenken, die faire Aufstiegschancen gewährleisten. Dabei geht es um die Stärkung öffentlicher Güter, um Kinderbetreuung, gute Bildungseinrichtungen, um einen inklusiven Arbeitsmarkt und ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem – und insgesamt um sozialpolitische Instrumente, die sich den jeweils unterschiedlichen individuellen Lebenslagen anpassen. Aber dabei geht es auch, wie wiederum Timothy Smeeding zeigt, um die Stärkung und Ermächtigung von Familien, deren Bedeutung für den individuellen Bildungsaufstieg und die Potenzialentfaltung kaum überschätzt werden kann.

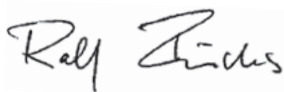
Auf den folgenden Seiten diskutieren die Autorinnen und Autoren über eine zukunftsfähige Politik, die die Spannung zwischen gesellschaftlicher Dynamik und sozialem Ausgleich austariert.

Diese Publikation ist ein Ergebnis einer bewährten, produktiven Zusammenarbeit zwischen der Vodafone Stiftung Deutschland und der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Soziale Teilhabe und Aufstiegschancen“. Sie erkundet, ob das Leitbild einer aufstiegsoffenen Gesellschaft als Orientierung für eine eman-

zipatorische, progressive Politik taugt. Unsere Leitfrage lautet: Wie können Individuen in die Lage versetzt werden, durch eigene Anstrengungen voranzukommen, ohne daran durch ihre ethnische, räumliche oder soziale Herkunft gehindert zu werden? Und weiter: Wo verläuft die Grenze, an der ordnungspolitische Intervention in entmündigende Bevormundung umschlägt, die den individuellen Aufstiegswillen sediert? Im Mittelpunkt der Diskussionen steht eine Grundspannung, die soziale Marktwirtschaften immer schon ausmacht und antreibt: Die Spannung zwischen der auf individuellen Freiheiten beruhenden Dynamik auf der einen Seite und Mechanismen des sozialen Ausgleichs auf der anderen.

Von welchem der beiden Pole aus man Gesellschaft denkt, ist eine spannende theoretische Frage. Es ist zugleich aber eine hochpolitische Angelegenheit, die an Brisanz gewinnt.

Diese Themen haben wir auf der Konferenz „Europa und der American Dream – eine transatlantische Traumdeutung“ (2010) sowie der Fachtagung „Gesellschaftliche Dynamik und sozialer Ausgleich“ (2011) diskutiert. Mit dieser Veröffentlichung wollen wir zu einer Fortführung dieser Debatte anregen.



Ralf Fücks
Heinrich-Böll-Stiftung



Dr. Mark Speich
Vodafone Stiftung Deutschland

Chancengleichheit

von Stefan Gosepath

Wenn Gerechtigkeit ein grundlegendes Ideal einer normativ an Werten orientierten Politik ist, welche Art von *Gleichheit* wird dann zur Realisierung von sozialer Gerechtigkeit gefordert?¹

Keine strikte Gleichheit

Eine Maximalposition stellt strikte Gleichheit dar, die allen einen gleichen materiellen Level an Gütern und Leistungen gewähren will. Sie wird allgemein als unplausibel verworfen. Sie scheitert an Problemen, die jede plausible Gleichheitsauffassung lösen muss. Erstens müssen angemessene Indices für die Messung der Gleichheit der zu verteilenden Güter angegeben werden. Im Hinblick *worauf* soll gerechterweise Gleichheit beziehungsweise Ungleichheit bestehen? Schließlich kann etwa Gleichheit ausschließlich materieller Güter zu ungleicher Zufriedenheit führen. Zweitens muss angegeben werden, in welchem Zeitraum das angestrebte gleiche Verteilungsmuster realisiert sein muss. Strikte Gleichheit erfordert es, dass etwaig auftre-

tende Unterschiede in der gesellschaftlichen Güterverteilung immer innerhalb kurzer Zeiträume ausgeglichen werden. Dies scheint jedoch die Verfügungsgewalt von Personen über die ihnen zukommenden Güter unzulässig einzuschränken. Drittens verzerrt Gleichheit ökonomische Leistungsanreize und führt zu einem Mangel an Effizienz, weil bei der Umverteilung Einbußen durch administrative Kosten auftreten, was sich auch negativ auf die Menge der zu verteilenden Güter auswirkt.² Gleichheit und Effizienz müssen deshalb in ein ausgewogenes Verhältnis gesetzt werden. Welches das genau sein soll, ist dabei oft strittig.³ Viertens gibt es moralische Einwände: Strikte und mechanische Gleichbehandlung aller Beteiligten nimmt die Unterschiede zwi-

1 Diese Frage habe ich versucht zu beantworten in S. Gosepath, *Gleiche Gerechtigkeit*, Frankfurt: Suhrkamp 2004. Aus diesem Kontext stammen auch die hiesigen Überlegungen.

2 A. Okun, *Equality and Efficiency: The Big Tradeoff*, Washington: The Brookings Institution 1975.

3 Oft wird, hauptsächlich von Ökonomen, diesbezüglich Pareto-Optimalität verlangt. Ein Zustand ist pareto-optimal oder pareto-effizient, wenn es nicht möglich ist, in einen anderen sozialen Zustand überzugehen, der mindestens von einer Person als besser oder von keiner als schlechter beurteilt wird. Diese Beurteilung wird jedoch immer relativ zu einem gegebenen Ausgangszustand vorgenommen, der ungleich und ungerecht sein kann, einem Zustand also, in dem Einige ungerechterweise privilegierte soziale Positionen innehaben oder mehr Ressourcen besitzen. Eine pareto-optimale "Verbesserung" eines solchen ungerechten gesellschaftlichen Status Quos würde also tatsächlich eine Konsolidierung oder Verstärkung bestehender ungerechter Verhältnisse bedeuten. Daher kann es – im Umkehrschluss – in einer solchen Situation zur Herstellung von Gerechtigkeit nötig sein, keine Pareto-Optimalität anzustreben, sondern stattdessen mehr Gerechtigkeit und damit ggf. mehr Gleichheit. Allerdings darf die Herstellung von mehr Gleichheit (zumindest in den Augen der Kritiker) nicht dazu führen, dass manche auf Güter verzichten müssen, obwohl dadurch kein Schlechtergestellter besser gestellt würde.

schen den Individuen und ihren Situationen nicht ernst. Eine Kranke hat intuitiv andere Ansprüche als ein Gesunder; ihr das Gleiche zuzuteilen wäre falsch. Bei einfacher Gleichheit wird die Freiheit der Individuen unzulässig beschränkt und die je-

Statt einfacher Gleichheit, die für die gesellschaftliche Güterverteilung relevante Differenzierungen voreilig nivelliert, bedarf es einer Konzeption komplexerer Gleichheit, die zwischen verschiedenen Güterklassen, Sphären und Kriterien unterscheidet, im Hinblick auf die Gleichheit überhaupt erst gelten soll.

individuelle Besonderheit der Person nicht hinreichend berücksichtigt; insofern wird sie eben nicht *gleich* berücksichtigt. Strikte Gleichheit führt zu Gleichmacherei, Uniformität und Einebnung, statt Differenz und Pluralität zu respektieren.⁴

Moralisch besteht ein Recht auf die Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse, sowie ein Recht auf die

Früchte der eigenen Arbeit, darauf, dass die eigene Leistung, das Verdienst auch zählt. – Als Desideratum kann man insofern festhalten: Statt einfacher Gleichheit, die für die gesellschaftliche Güterverteilung relevante Differenzierungen voreilig nivelliert, bedarf es einer Konzeption komplexerer Gleichheit, die zwischen verschiedenen Güterklassen, Sphären⁵ und Kriterien unterscheidet, im Hinblick auf die Gleichheit überhaupt erst gelten soll.

Die meisten Egalitaristen vertreten denn auch keine bloße Gleichheit des Ergebnisses, also das Ideal einer strikten Gleichverteilung der gesellschaftlich erwirtschafteten Güter, sondern verschiedene Arten der *Gleichheit der Chancen*. Die Chancen, die für Personen gleich sein sollen, können sich entweder auf Wohlergehen (objektive Wohlfahrt), auf die Erfüllung der eigenen Interessen (subjektive Wohlfahrt) oder auf Ressourcen beziehen. Was gleich sein soll, sind nicht objektive oder subjektive

Wohlfahrt oder die Ressourcen selbst, sondern die Chancen und Möglichkeiten, ein angestrebtes Gut zu erreichen oder zu erhalten. So soll zum einen dem moralisch zentralen Gesichtspunkt der individuellen Verantwortung entsprochen werden und zum anderen nur das als Objekt der Gleichheit angesetzt werden, was die Individuen auch wirklich wollen. Damit in Bezug auf Wohlfahrt oder Ressourcen Chancengleichheit herrscht, muss es einen Bereich an Optionen geben, der mit dem aller anderen Personen im Sinne gleicher Aussichten auf Präferenz Erfüllung oder Besitz an Ressourcen übereinstimmt. Chancengleichheit herrscht, wenn die Menschen effektiv die gleichen Möglichkeitsbereiche haben. Entgegen der Konzeption strikter Ergebnisgleichheit geht die Idee der Chancengleichheit also weder normativ noch deskriptiv von einem bloß statischen Gesellschaftsverhältnis mit einer starren Verteilungsordnung materieller Güter aus. Stattdessen trägt sie gesellschaftlichen Dynamiken zum einen als sozialem Faktum Rechnung, zum anderen kommt in ihr die normative Überzeugung zum Ausdruck, dass soziale Mobilität auch für eine gerechte gesellschaftliche Entwicklung *notwendig* ist.

Entgegen der Konzeption strikter Ergebnisgleichheit geht die Idee der Chancengleichheit also weder normativ noch deskriptiv von einem bloß statischen Gesellschaftsverhältnis mit einer starren Verteilungsordnung materieller Güter aus.

-
- 4 Vgl. M. Walzer, *Spheres of Justice. A Defence of Pluralism and Equality*, Oxford: Blackwell 1983; I. Young, *Justice and the Politics of Difference*, Princeton: Princeton University Press 1990.
- 5 Die wichtige Trennung von Gütern in Sphären hat M. Walzer, *Spheres of Justice* prominent gemacht.

Was Gleichheit der Chancen faktisch, das heißt, im sozialen Leben der Menschen bedeutet, unterscheidet sich je nachdem, worauf sich die Chancen richten. Vom Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit aus stellen sich als relevante Chancen vor allem solche auf ein bestimmtes Einkommen und Vermögen in der ökonomischen Sphäre des Marktes dar, zum anderen Chancen auf spezifische soziale Positionen, Ämter und Berufe sowie Chancen auf einen bestimmten sozialen Status.

Gleichheit der Chancen auf Positionen und Ämter

Die soziale Sphäre regelt den Zugang zu den „besseren“ sozialen Positionen, also solchen Positionen, die entweder um ihrer selbst Willen begehrt sind, wie eine erfüllende Arbeit, oder die um anderer Güter willen, wie Macht, Geld oder Ansehen, erstrebt werden. Dieser Regulierungszusammenhang umfasst die gesamte institutionelle Grundstruktur einer Gesellschaft, einschließlich ihres Wirtschafts-, Sozial- und Bildungssystems mit all den durch sie bedingten Formen sozialer Stratifikation und Differenzierung. Solche Positionen sind in jeder Gesellschaft fast immer knapp, da es sich bei ihnen in der Regel um relationale Güter handelt, das heißt ihr Wert hängt davon ab, was und wie viel andere davon haben. Dies bezieht sich auf alle sozialen Positionen in öffentlichen Einrichtungen, Firmen, Verbänden, Parteien und Bildungseinrichtungen und wirkt zurück auf alle Personalentscheidungen, also die Auswahl von Mitarbeitern, Kunden, Lieferanten, Mitgliedern etc. Aus Gründen der Gerechtigkeit müssen diese institutionellen Mechanismen, die den Zugang zu sozialen Positionen regeln, bewertet werden. Versteht man unter sozialen Positionen ganz allgemein die durch die soziale Ordnung gewährten Möglichkeiten von Personen, im

sozialen Rahmen Macht, Einfluss und Herrschaft auszuüben, dann sind *soziale Chancen* die Aussichten, in begehrte soziale Positionen zu gelangen.⁶ Beides sind offensichtlich soziale Güter, die dementsprechend der Gerechtigkeit unterliegen müssen, statt bloß willkürlich beispielsweise nach dem Mechanismus des Marktes oder des Nepotismus verteilt zu werden.

Dass Positionen und Ämter allerdings strikt *gleich* verteilt werden müssten, erscheint allgemein als unakzeptabel und unpraktikabel. *Unakzeptabel* ist es vom normativen Standpunkt aus, weil die allgemeinen Freiheitsrechte jeder Person die freie Wahl von Tätigkeiten inklusive der freien Berufswahl garantieren. Personen dürfen also prima facie nicht zu einer bestimmten Tätigkeit oder Arbeit verpflichtet werden. Die Grund- und Freiheitsrechte enthalten auch das Recht jeder Person, ihre Talente und Fähigkeiten nach ihren Vorstellungen zu entwickeln. Geht man zudem von der Idee aus, dass Individuen, unter der Voraussetzung gleicher Startchancen, für ihre individuellen Leistungen verantwortlich gemacht werden können, so sollten ihnen die Früchte ihrer freien eigenverantwortlichen Tätigkeit zustehen. Nach diesem

Personen sind für gewisse Ungleichheiten, die sich aus ihren freiwilligen Entscheidungen ergeben, selbst verantwortlich und verdienen – abgesehen von einer Mindestversorgung im Notfall – keine Entschädigung.

⁶ „Chancen“ stellen bei J. Rawls in *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt: Suhrkamp 1975 (S. 83, 112) ein Grundgut dar. Kritisch dazu äußert sich T. Pogge in *John Rawls*, München: Beck 1994, S. 93 f. In Rawls' späteren Arbeiten ist dieses Gut von der offiziellen Liste der Grundgüter verschwunden, ersetzt durch Freizügigkeit und freie Berufswahl, die allerdings wohl ohnehin durch den ersten Gerechtigkeitsgrundsatz gleicher Grundfreiheiten abgedeckt sind.

Prinzip liberal-egalitärer Verantwortung⁷ ist es ungerecht, wenn eine Person schlechter als andere gestellt ist (nach dem Maßstab ihrer Ressourcenanteile), außer dies ist die Folge von Umständen, die sie selbst zu verantworten hat, also ihrer eigenen freiwilligen Entscheidung oder eines für sie vermeidbaren Fehlers. Ungleichheiten sind also nur gerechtfertigt, wenn die betreffenden Schlechtergestellten diese selbst zu verantworten haben. Andersherum bedeutet dieses Prinzip: Personen sind für gewisse Ungleichheiten, die sich aus ihren freiwilligen Entscheidungen ergeben, selbst verantwortlich und verdienen – abgesehen von einer Mindestversorgung im Notfall⁸ – keine Entschädigung. Für Ungleichheiten, die nicht Resultat selbstgewählter Optionen sind, steht ihnen jedoch eine Kompensation zu. *Unpraktikabel* erscheint eine strikte Gleichverteilung von Positionen und Ämtern, weil dies eine effiziente arbeitsteilige Organisation der Gesellschaft unterminieren würde, die auf dem Prinzip basiert, für gesellschaftlich jeweils erforderliche oder erwünschte Tätigkeiten stets die oder den Kandidaten zu gewinnen, der aufgrund seiner Fähigkeiten und seiner bisherigen Leistungen aller Voraussicht nach am besten geeignet ist, sie auszuüben. Gesellschaftlich erforderliche oder auf dem Markt privatwirtschaftlich erwünschte Tätigkeiten nicht durch die Bestqualifizierten ausüben zu lassen, wäre aus der Perspektive der von dieser Tätigkeit direkt oder indirekt Betroffenen ausgesprochen unklug. Eine Gesellschaft so einzurichten würde letztlich alle Gesellschaftsmitglieder schädigen. Denn so würde in der Marktwirtschaft weniger effizient produziert und Güter, nach denen Bedarf besteht, quantitativ und qualitativ schlechter erzeugt, was auch die Qualität und Quantität der Gesamtmenge dessen, was verteilt werden kann, erheblich reduzieren würde. Diese

Ineffizienz der Produktion beträfe damit indirekt auch die Gerechtigkeit des gesellschaftlichen Gesamtarrangements. Um diesen freiheitsrechtlichen und prudentiellen Argumenten Rechnung zu tragen, dürfen Positionen und Ämter nicht strikt gleich verteilt werden, sondern nur *chancengleich*.

Chancengleichheit in diesem Sinne, so scheint es, ist die von allen akzeptierte Form der Gleichheit. Doch dieser Eindruck täuscht. Begriffliche Differenzierung tut deshalb Not und lässt den vermeintlichen Konsens aufbrechen.

Chancengleichheit in diesem Sinne, so scheint es, ist die von allen akzeptierte Form der Gleichheit. Doch dieser Eindruck täuscht. Zunächst einmal verstehen verschiedene Menschen darunter Verschiedenes. Begriffliche Differenzierung tut deshalb Not und lässt den vermeintlichen Konsens aufbrechen.

Arten der Chancengleichheit

Es ist hilfreich, unterschiedliche Bedeutungen der Chancengleichheit zur Kenntnis zu nehmen. So sollte man zuerst zwei prinzipielle Arten von Chancengleichheit unterscheiden: eine Gleichheit in der Wahrscheinlichkeit etwas zu bekommen

7 Dieses Prinzip wird von vielen liberalen Egalitaristen vertreten, vgl. z. B. R. Arneson, „Gleichheit und gleiche Chancen zur Erlangung von Wohlergehen“, in: A. Honneth (Hg.), Pathologien des Sozialen, Frankfurt: Fischer Verlag 1994, S. 340; G. A. Cohen, „On the Currency of Egalitarian Justice“, in: Ethics 99 (1989), S. 922; S. Gosepath, Gleiche Gerechtigkeit, Kap. V.1.2.; E. Rakowski, Equal Justice, Oxford: Clarendon Press 1991. Für kritische Einwände gegen diesen „Schicksals-Egalitarismus“ vgl. z. B. E. Anderson, „What is the Point of Equality?“, in: Ethics 109 (1999), S. 287-337.

8 Das Recht auf Versorgung ergibt sich aus dem Recht auf Ausgleich besonderer Bedürftigkeit (s. u.). Damit wird E. Andersons Kritik in „What is the Point of Equality?“ (S. 295-299) berücksichtigt, die das Prinzip liberal-egalitärer Verteilungsgerechtigkeit kritisiert, weil es in der Konsequenz dazu führe, dass Menschen in selbstverschuldeten Notsituationen nicht geholfen werde.

oder zu erreichen einerseits und eine Gleichheit der Mittel zur Erreichung von etwas andererseits.

(a) Bei der ersten Art haben zwei Personen die gleiche Chance auf X, wenn jeder dieselbe Wahrscheinlichkeit hat, X zu erhalten. Beispiele dafür wären die gleiche Chance beim Lotto, beim Los oder beim Werfen einer Münze. Bei dieser Form hat das Resultat gar nichts mit den betreffenden Personen, ihren Eigenschaften oder Leistungen zu tun. Das *Zufallsprinzip* schließt aus, dass Verdienst, Leistung oder Talent Auswirkung auf das Ergebnis haben. Diese Form von Chancengleichheit ist gerechtigkeitstheoretisch besonders dann eine geeignete Lösung, wenn die knappen Güter nicht teilbar sind, das heißt wenn sie entweder wirklich materiell unteilbar sind oder der Wertverlust beim Teilen dramatisch ist.⁹ Dann ist eine gleiche Allokation von Gütern unmöglich. Um unteilbare Güter gerecht zu verteilen, müssen also komplexere Verteilungsregeln entworfen werden. Chancengleichheit ist unter solchen Umständen eine naheliegende, egalitär orientierte Verteilungsregel.

(b) Bei der zweiten Art von Chancengleichheit darf jede sich bewerbende Person nach gleichen Regeln (mit einer bestimmten Ausstattung an Mitteln versehen) antreten, um unterschiedliche Talente aufzuzeigen, die dann zu ungleichen Wahrscheinlichkeiten auf Erfolg und ungleichen Ergebnissen führen. Beispiele wären IQ-Tests oder sportliche Wettkämpfe. Der Zweck der Chancengleichheit in diesem Sinn ist nicht gleiche Wahrscheinlichkeit auf Erfolg, sondern *legitime ungleiche Wahrscheinlichkeit* auf Erfolg. Sie kann sich auf Macht, Positionen, Rechte, Wohlstand usw. beziehen. Die Chancen, bestimmte Positionen, Rechte, Wohlstand usw. zu erreichen sollen gleich sein, anderenfalls läge Ungerechtigkeit und Diskriminierung

derjenigen mit schlechteren (Start-)Chancen vor. Die Chancen sollen gleich sein, nicht jedoch die Ergebnisse.¹⁰ Während die Behauptung, Gleichheit von X sei erreicht, widerlegt ist, wenn X ungleich verteilt ist, ist die Gleichheit der Chancen auf X nicht durch die ungleiche Verteilung von X falsifiziert. Diese Chancengleichheit wird in der politischen Diskussion eingeführt,¹¹ wenn es um die Verteilung von Gütern geht, die erstens von vielen Menschen gewünscht werden, von denen es zweitens heißt, sie seien ‚verdient‘ oder ‚erarbeitet‘, und die drittens knapp sind, so dass nicht alle sie haben können, entweder aus deren Natur heraus (wie Prestige) oder aus kontingenten Gründen: Sie stehen jedem zur Verfügung, der bestimmte Bedingungen erfüllt – diese werden aber nicht von jedem erfüllt (vor allem persönliche Fähigkeiten, berufliche Qualifikationen und persönliche Motivationen).

Wenn von Chancengleichheit im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Dynamik und insbesondere gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten die Rede ist, meint man nur die zweite der eben genannten Arten (b). Allerdings herrscht allgemein Uneinigkeit darüber, was zur Verwirklichung von Chancengleichheit im Sinne von (b) nötig ist. So kann man mindestens vier Unterformen der Chancengleichheit im Sinne von (b) un-

⁹ Vgl. D. Rae et al., *Equalities*, Cambridge/Mass.: Harvard University Press 1991, Kap. 4, S. 65.

¹⁰ Das Plädoyer für Chancengleichheit geht deshalb häufig einher mit einer Ablehnung von jeglicher stärkeren Form von Gleichverteilung, insbesondere Gleichheit des Ergebnisses.

¹¹ Vgl. B. Williams, „Der Gleichheitsgedanke“, in: Ders., *Probleme des Selbst*, Stuttgart: Reclam 1978, S. 366-397.

terscheiden, die einander sukzessive ergänzen, also jeweils Fortführungen voneinander sind: das Anti-Diskriminierungsgebot, das Prinzip formaler Chancengleichheit, das Prinzip fairer Chancengleichheit und das Prinzip wirklich substantieller Chancengleichheit, das die drei vorangegangenen Unterformen in sich vereint und sie gleichzeitig noch einmal erweitert. In den Abschnitten (i-iv) werden die vier Unterformen vorgestellt und jeweils in ihren Vorteilen und Nachteilen diskutiert.¹² Abschließend werden daraus im letzten Abschnitt einige einschränkende normative Schlussfolgerungen für die gerechte Vergabe von sozialen Positionen gezogen.

(i) „Jeder soll die gleichen gesetzlichen Rechte auf vorteilhafte soziale Positionen haben.“ Chancengleichheit stellt zumindest ein *Anti-Diskriminierungsgebot* dar. Die Gesetze dürfen selber nicht diskriminieren, und zugleich sind anderwärts erlassene diskriminierende Regeln gesetzlich zu verbieten. Dies ist das Verbot primärer Diskriminierung, wie es sich aus dem allgemein akzeptierten Prinzip der moralischen Gleichheit bzw. gleicher Menschenwürde unmittelbar ableiten lässt. Das Verbot primärer Diskriminierung schließt die Bevorzugung oder Benachteiligung aufgrund moralisch irrelevanter Kriterien wie Geschlecht, Aussehen oder sozialer und ethnischer Herkunft aus. Unterschiedliche Behandlungen der Betroffenen aufgrund von Rasse, Geschlecht, Herkunft, sozialem Status etc. sind moralisch willkürlich. Denn die Unterschiede in der natürlichen Ausstattung sind Unterschiede, für die die jeweiligen Menschen selbst nicht verantwortlich sind, und können deshalb keine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen. Diesen Gedanken formuliert das schon genannte Prinzip der Verantwortung.¹³ Ausgeschlossen wird somit eine Ungleichbehandlung, die von der Annahme

ausgeht, dass gegebene Wertunterschiede zwischen Menschen bestehen, die entsprechend unterschiedliche (oft proportionale) Ansprüche rechtfertigen.¹⁴ Die reinste Form dieses Prinzips der primären Diskriminierung (bzw. wie deren Vertreter sagen würden: Differenzierung) ist die Norm, dass zugeschriebene Charakterunterschiede den Wert einer Person bestimmen und die Behandlung bzw. Verteilung sich nach diesem unterschiedlichen Wert zu richten hat.¹⁵ In diesem Sinne stellt das Prinzip der primären Diskriminierung das Gegenteil des Prinzips der moralischen Gleichheit dar. Primäre Diskriminierung umfasst jedoch auch alle Formen der Unterdrückung, wenn Menschen also Ausbeutung, Marginalisierung, Machtlosigkeit, Kulturimperialismus oder Gewalt unterworfen werden.¹⁶ Primäre Diskriminierungen und ihre Folgen sind von fundamentaler Ungerechtigkeit und oft schlimmer zu ertragen als andere, zum Beispiel ökonomische Ungleichheiten, die nicht auf primären Diskriminierungen beruhen. Der Kampf gegen (primäre) Diskriminierungen und die weltweite

Der Kampf gegen (primäre) Diskriminierungen und die weltweite Durchsetzung und Sicherung gleicher Menschenrechte, also die Realisierung des egalitaristisch-universalistischen Grundprinzips ist deshalb oberstes moralisch-politisches Gebot.

¹² Vgl. J. Baker, *Arguing for Equality*, London, New York: Verso 1990, Kap. 5.; J. Roemer, *Equality of Opportunity*, Cambridge/Mass.: Harvard University Press 1998.

¹³ Vgl. Fn 7.

¹⁴ Vgl. E. Tugendhat, *Vorlesungen über Ethik*, Frankfurt: Suhrkamp 1993, S. 375-378.

¹⁵ Vgl. J. Hochschild, *What's Fair? American Beliefs about Distributive Justice*, Cambridge/Mass.: Harvard University Press 1981, Kap. 3, bes. S. 47-51.

¹⁶ Vgl. I. Young, *Justice and the Politics of Difference*, Kap. 2.

Durchsetzung und Sicherung gleicher Menschenrechte, also die Realisierung des egalitaristisch-universalistischen Grundprinzips ist deshalb oberstes moralisch-politisches Gebot. Im Laufe der Zeit – meist durch politische Bewegungen und Kämpfe (erinnert sei nur an die jüngeren Bewegungen der Frauen, der Schwulen und Lesben sowie der Körperbehinderten) – ist unsere Sensibilität dafür mühsam geschärft worden, was über das bis dahin schon Anerkannte hinaus als primäre Diskriminierung anzusehen ist. Es bedarf deshalb auch heute der stets erneuten Aufmerksamkeit, ob nicht unter dem Deckmantel einer vermeintlichen (kulturellen) Normalität weitere, letztlich sich als unbegründbar herausstellende Ausschlüsse und Normierungen – sei es wegen Unterschieden im Geschlecht, in der Rasse, der sozialen Herkunft, der Ethnie, der Sprache, der Kultur, der Religion oder aufgrund von sozialen Hierarchien – vonstattengehen, sodass Menschen das Recht, als Gleiche behandelt zu werden, versagt wird.

Weil sie sich gegen primäre Diskriminierung richtet, scheint die Ideologie der Chancengleichheit vielen Menschen in unserer Gesellschaft so fair. Die Regeln müssen nach allgemeinem Konsens neutral formuliert sein und dürfen bestimmte Bewerber nicht von vornherein aus moralisch unzulässigen Gründen ausschließen.¹⁷ Chancengleichheit ist diesem minimalen Verständnis zufolge schon erfüllt, wenn jeder die negative Freiheit hat, sich um soziale Positionen zu bemühen, das

heißt wenn er nicht durch öffentliche, diskriminierende Regeln daran gehindert wird. Welche Regeln über die Vergabe von Positionen entscheiden, ist danach allerdings

Weil sie sich gegen primäre Diskriminierung richtet, scheint die Ideologie der Chancengleichheit vielen Menschen in unserer Gesellschaft so fair.

noch völlig offen. Es könnten etwa Losverfahren sein. Dieses rudimentäre Verständnis ist nach verbreiteter Überzeugung zu erweitern:

(ii) „Laufbahnen sollen den Tüchtigen und Fähigen offenstehen.“ Dies ist das *Prinzip formaler Chancengleichheit*. Soziale Positionen werden oft durch einen Wettbewerb vergeben, und die Regeln solcher Wettbewerbe müssen nicht nur jedem erlauben teilzunehmen, sondern müssen auch die Befähigung für die zu besetzende Stelle zum alleinigen Vergabekriterium haben. Das *Verdienst*¹⁸ allein soll über die Vergabe von Stellen und Positionen entscheiden, nichts anderes.

Dass der Unterschied zwischen (i) und (ii) nicht künstlich ist, sieht man an der Debatte um Affirmative Action, also um die positive Unterstützung für Mitglieder von Gruppen, die in der Vergangenheit unter einer primären Diskriminierung litten, und deren Mitglieder jetzt eine verbesserte Chance erhalten sollen, mit ihren Talenten im hoffentlich nun fairen Wettkampf zu gewinnen. Sofern Arbeitgeber Mitglieder solcher benachteiligten Gruppen nur *unterstützen* müssen, aber allein *nach Verdienst entscheiden* dürfen bzw. sollen, kann man das als besonders sorgfältige und sensible Anwendung von formaler Chancengleich-

17 Diese oft erhobene Anforderung wird in der Praxis eher für den öffentlichen als den privaten Sektor für gültig erachtet. So verbieten in vielen Staaten Gesetze oder Verordnungen Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht und Hautfarbe, aber nur im öffentlichen Dienst ist das Bevorzugen von Familienmitgliedern und Freunden (oder eine Kombination der beiden) verboten.

18 Das Deutsche unterscheidet bekanntlich zwischen *der Verdienst* im Sinne von durch Arbeit erworbenes Einkommen und *das Verdienst* im Sinne von eine Leistung, aufgrund deren jemand etwas gerechterweise zusteht.

heit verstehen. Werden jedoch ‚umgekehrte‘, ‚positive‘ oder ‚kompensatorische‘ Diskriminierungen eventuell mittels einer ‚Quote‘, die das Maß der Bevorzugung spezifiziert, das heißt wird eine Bevorzugung der Mitglieder früher oder bis heute benachteiligter Gruppen *verlangt*, so wird das Prinzip formaler Chancengleichheit zum Zwecke der Wiederherstellung eines nicht-diskriminierenden Zustandes absichtlich und begründet verletzt; die Wettbewerbsregeln können in diesen Fällen nicht als neutral angesehen werden. Solche Maßnahmen bzw. Sonderrechte können vorübergehend gerechtfertigt sein, sofern sie die Wirkung von noch nachwirkendem Unrecht auszugleichen versprechen.¹⁹

Formale Chancengleichheit reicht jedoch nicht aus, denn sie lässt die ungleichen *Startbedingungen* derjenigen unberücksichtigt, die im Wettbewerb um bestimmte soziale Positionen antreten. Ihre Konzeption bedarf deshalb der Erweiterung.

(iii) „Laufbahnen sollen den Tüchtigen und Fähigen unter gleichen Startbedingungen offenstehen.“ Dies wird das *Prinzip fairer Chancengleichheit* genannt.²⁰ Der Wettbewerb um Positionen kann formal die gleichen Chancen bieten, nichtsdestotrotz haben einige durch ihr soziales Umfeld bessere Startchancen und andere werden durch ihre soziale Umgebung oder Herkunft sogar daran gehindert, ihre Talente zu entwickeln. Deshalb sind ihre Chancen (im Sinn von (a)) sehr ungleich. Solche ungleichen Startchancen im Wettbewerb um Positionen sollen durch das Prinzip fairer Chancengleichheit ausgeschlossen werden. Es richtet sich gegen die reale Bevorzugung der sozial und materiell Bessergestellten, weil diese ihre Talente besser entwickeln können, so dass sie unter dem Prinzip „Laufbahnen sollen den Fähigen offenstehen“ besser abschneiden, was unfair ist. Kinder

armer Eltern sollen nicht durch Schulgeld oder Studiengebühren und Frauen nicht durch Vorurteile an einer adäquaten Ausbildung gehindert werden, insbesondere weil diese wiederum die maßgebliche Startbedingung im Wettbewerb um gehobene Positionen darstellt.

Angewandt auf soziale Positionen und Ämter bedeutet faire Chancengleichheit, dass die Gesellschaft so einzurichten ist, dass jeder die gleichen Rechte auf vorteilhafte soziale Positionen hat, dass alle Laufbahnen den Fähigkeiten offen stehen müssen, und dass alle die gleichen sozialen Startchancen gewährt bekommen. Faire Chancengleichheit verlangt neben rechtlichen Rahmenbedingungen umfassende sozialpolitische Maßnahmen. Sie müssen darauf hinwirken, dass bestehende Formen sozialer Benachteiligung und Diskriminierung abgebaut werden. Zudem müssen sie die materiellen Bedingungen dafür schaffen, dass alle bei gleichen Begabungen und Motivationen unabhängig von den zwischen ihnen bestehenden sozialen Ungleichheiten gleiche Chancen haben. Letzteres bedeutet, dass alle unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund eine ihren Fähigkeiten adäquate Ausbildung, Weiterbildung und Förderung (etwa für Behinderte)

Faire Chancengleichheit verlangt neben rechtlichen Rahmenbedingungen umfassende sozialpolitische Maßnahmen. Sie müssen darauf hinwirken, dass bestehende Formen sozialer Benachteiligung und Diskriminierung abgebaut werden.

19 Vgl. als umfassenden Überblick in B. Rössler (Hg.), Quotierung und Gerechtigkeit, Frankfurt: Campus 1993.

20 Unter diesem Titel vertritt J. Rawls dieses Prinzip in Eine Theorie der Gerechtigkeit, S. 93 f.

erhalten können müssen, die ihnen falls nötig durch öffentlich finanzierte Bildungseinrichtungen zugänglich zu machen sind. Dies ist normativ umso wichtiger, als der Wert der Bildung und Qualifikationen dabei nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen werden darf. Bildung erschließt den Personen kulturelle Werte und befähigt sie, am gesellschaftlichen Leben verstärkt teilzunehmen, und verschafft ihnen dadurch ein sicheres Selbstwertgefühl.²¹ Bildung vermag das persönliche und gesellschaftliche Leben zu bereichern und muss schon deshalb allen offen zugänglich sein.

Faire Chancengleichheit rechtfertigt den Ausschluss jeglicher Formen der primären Diskriminierung nun so, dass der Erfolg oder Misserfolg von den jeweils eigenen Leistungen abhängen soll. Er soll ‚erarbeitet‘ oder ‚verdient‘ sein, nicht aber aufgrund von sozialer Stellung, Geschlecht oder Herkunft ‚erbt‘ oder verliehen werden. Gleichheit der Chancen soll dafür sorgen, dass das Schicksal der Menschen nur von ihnen, genauer von ihren Entscheidungen abhängt, nicht jedoch von dem,

wofür sie nichts können, also von den von ihnen nicht zu verantwortenden Lebensumständen. In einer Gesellschaft, die nach dem Prinzip der Chancengleichheit verfasst ist, ist ungleiche Verteilung von Positionen und Ämtern fair, weil diese ‚verdientermaßen‘ denen zufließen,

denen sie aufgrund ihrer besseren Qualifikation ‚gebühren‘. Der Kerngedanke der fairen Chancengleichheit lautet also: Ungleiche Anteile an den sozialen Positionen und Ämtern sind dann fair, wenn sie erarbeitet sind und den Qualifikationen

Der Kerngedanke der fairen Chancengleichheit lautet also: Ungleiche Anteile an den sozialen Positionen und Ämtern sind dann fair, wenn sie erarbeitet sind und den Qualifikationen entsprechend verteilt sind.

entsprechend verteilt sind. Unfair sind die Bevorzugungen und Benachteiligungen aufgrund willkürlicher und unverdienter sozialer Unterschiede. Eine Ungleichheit im Ergebnis (Ungleichheit ex post) ist also zulässig, wenn jede Person die gleichen Chancen (Gleichheit ex ante) hatte, die Position zu erlangen, also die Einflüsse ihres sozialen Umfeldes nicht zählen, sondern nur ihre eigene Qualifikation für die in Frage stehende Position.

Soweit wird das Prinzip fairer Chancengleichheit heutzutage weithin anerkannt. Dieser Grundgedanke – so überzeugend er ist – greift jedoch noch zu kurz; er stößt auf moralische und praktische Schwierigkeiten.

(iv) Die Idee der fairen Chancengleichheit ‚übersieht‘ einen wesentlichen Bereich, in dem das menschliche Schicksal durch Faktoren beeinflusst wird, für die die betreffende Person nichts kann, die also ‚unverdient‘ sind. Wenn soziale Umstände in der Tat von den Individuen nicht verantwortet sind und die daraus resultierenden Ungleichheiten deshalb unfair, dann muss dasselbe nämlich auch für die natürlichen Begabungen gelten. Dies kann man die Konzeption *substantieller Chancengleichheit* nennen. Akzeptiert man, dass auch natürliche Faktoren eine moralisch willkürliche Beeinflussung der Güterverteilung sind, dann bricht jedoch das gängige Konzept von Verdienst zusammen. Es wird dann nämlich deutlich, dass das, was als eigene Leistung angesehen wird, keineswegs vollständig auf Eigenem beruht, sondern von Ausstattungen abhängt, mit denen man sich zufällig vorfindet. Die herrschende Auffassung von Chan-

21 Vgl. J. Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, S. 122

Akzeptiert man, dass auch natürliche Faktoren eine moralisch willkürliche Beeinflussung der Güterverteilung sind, dann bricht das gängige Konzept von Verdienst zusammen. Es wird dann nämlich deutlich, dass das, was als eigene Leistung angesehen wird, keineswegs vollständig auf Eigenem beruht, sondern von Ausstattungen abhängt, mit denen man sich zufällig vorfindet.

cengleichheit ist deshalb instabil²² und betrügerisch²³. Instabil ist sie, da man, wenn man einmal eingesehen hat, warum der Einfluss von sozialen Umständen auf die gesellschaftliche Güterverteilung ungerecht ist, durch Nachdenken dazu geführt wird, auch die natürliche Ausstattung als weitere Art des Zufalls ausschließen zu müssen.

In dem Maße in dem das Verdienstkriterium seine Plausibilität eingebüßt hat, wird die herrschende Auffassung der Chancengleichheit unhaltbar.²⁴ Betrügerisch ist die herrschende Auffassung, weil sie ‚gleiche Chancen‘ suggeriert, die sie mit ihrem meritokratischen Verdienstkriterium den von der Natur Benachteiligten gerade nicht gewährt. Faire Chancengleichheit ist nur eine marginale Gleichheit. Sie lässt Ungleichheiten, die zwar auf sie selbst zurückwirken, aber außerhalb ihres unmittelbaren Implementierungsbereichs existieren, unverändert fortbestehen, wie folgendes Beispiel verdeutlicht.²⁵ „Nehmen wir an, in einer bestimmten Gesellschaft sei großes Ansehen damit verbunden, einer Kriegerkaste anzugehören, deren Pflichten es erforderlich machen, daß man über große Körperkräfte verfügt. Diese Klasse hat in der Vergangenheit ihre Mitglieder nur aus bestimmten wohlhabenden Familien rekrutiert, doch am Gleichheitsgedanken orientierte Reformer setzen eine Änderung der Vorschriften durch, wonach Krieger je nach den Ergebnissen eines angemessenen Wettbewerbs aus allen Teilen der Gesellschaft rekrutiert werden. Dies hat jedoch nur die Wirkung, daß die wohlhabenden Familien immer noch praktisch alle Krieger

stellen, weil der Rest der Bevölkerung aufgrund von Armut so unterernährt ist, daß ihre Körperkraft der der Wohlhabenden und gut Genährten unterlegen ist. Die Reformen beklagen sich darüber, daß man die Chancengleichheit in Wirklichkeit nicht erreicht habe. Hierauf erwidern die Wohlhabenden, man habe sie wohl erreicht, und die Armen hätten jetzt die Gelegenheit, Krieger zu werden; es sei einfach Pech, daß sie solche Eigenschaften haben, die sie daran hindern, die Prüfung zu bestehen. Sie könnten sagen: ‚Wir schließen niemanden aufgrund seiner Armut aus. Wir schließen Leute aufgrund ihrer Körperschwäche aus, und es ist Pech, daß die Armen auch schwach sind.‘ Diese Erwiderung würde den meisten dürrtzig vorkommen, sogar zynisch.“ Oft ähnelt das angeblich faire Rennen des Lebens eher einem Turnier als einem offenen Wettbewerb, dessen Selektionsregel lautet: Wer gewinnt, gewinnt nur das Recht zur nächsten Runde weiterzukommen; wer verliert, hat für immer verloren. Das liegt eben daran, dass faire Chancengleichheit ungleiche Belohnungen produziert, die normalerweise in weitere Mittel zu weiterem, noch größeren Erfolg in der Zukunft umgewandelt werden können.

22 Vgl. J. Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, S. 95.

23 Vgl. R. Dworkin, A Matter of Principle, Oxford: Clarendon Press 1986, S. 207.

24 Vgl. zur Kritik des Verdienstgedankens S. Gosepath, Gleiche Gerechtigkeit, Kap. V. 1. 3.

25 Vgl. D. Rae et al., Equalities, S. 74 ff. Das folgende Beispiel der Kriegerkaste stammt von B. Williams aus „Der Gleichheitsgedanke“, S. 390 f.

Schlussfolgerung

Die Konsequenz aus dieser Einsicht würde in der ökonomischen Sphäre, also der Sphäre der materiellen Verteilung von Einkommen und Vermögen lauten: Individuen brauchen die Folgen sozialer Umstände und natürlicher Ausstattung nicht zu tragen. Die Folgen müssen kollektiv kompensiert und umverteilt werden. Daraus ergeben sich *gleiche Chancen auf ein gelingendes Leben*.²⁶

Mit Bezug auf soziale Positionen und Ämter kann jedoch nicht dieselbe Schlussfolgerung gezogen werden. Hier kann allenfalls das Prinzip fairer Chancengleichheit in Anschlag gebracht werden. Die Begründung dafür lautet wie folgt:

Personen unterscheiden sich in ihren Zugangsmöglichkeiten zu gehobenen Laufbahnen. Die Unterschiede gehen auf verschiedene Faktoren zurück: natürliche Faktoren (insbesondere Anlagen und Talente), soziale Faktoren (insbesondere Elternhaus und Klassenlage), persönliche Faktoren (Motivation, Leistungswille, Einsatzbereitschaft) und Glück. Für all diese Faktoren sind die Individuen nicht verantwortlich, können also auch aus ihnen keine berechtigten Ansprüche ableiten.

Nach dem Prinzip der *fairen Chancengleichheit* wird ein einziger

dieser Faktoren ausgeschlossen, weil es nämlich die Einrichtung einer Sozialordnung verlangt, in der der Zugang zu Positionen so geregelt ist, dass soziale Faktoren faktisch keine Rolle mehr spielen können. Die anderen

Faktoren scheinen für die soziale Verteilung von Positionen und Ämtern aber nicht *direkt* ausgeschlossen werden zu können. Aus den oben genannten prudentiellen Gründen wäre es

Vollständige Chancengleichheit ist direkt nicht herstellbar, sondern allenfalls eine Annäherung an sie über das Prinzip der fairen Chancengleichheit möglich.

unklug und hätte indirekt Folgen für die Gesamtgerechtigkeit des ganzen Gesellschaftssystems, Positionen an weniger befähigte oder motivierte Bewerberinnen oder Bewerber zu vergeben. Auch Glück oder Pech wird sich nicht direkt ausschließen lassen – wie auch.²⁷ Vollständige Chancengleichheit ist deshalb direkt nicht herstellbar, sondern allenfalls eine Annäherung an sie über das Prinzip der fairen Chancengleichheit möglich. Diese Einschränkung der Chancengleichheit ist gerechtfertigt, weil der Versuch der Beseitigung der Ungleichheiten das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem so beeinträchtigen würde, dass jedenfalls auf lange Sicht die Möglichkeit für die Benachteiligten noch schlechter würden.²⁸

Es lassen sich allenfalls *Kompensationen* für jene nicht direkt vermeidbaren Auswirkungen von unverschuldeten Faktoren institutionalisieren, welche vom Standpunkt der Gerechtigkeit nicht zählen dürfen. Bei den prima facie gerechtigkeitstheoretisch gebotenen Kompensationen zur Verwirklichung von solcher fairen Chancengleichheit treten indes Ziel- und Normenkonflikte auf. Die kompensatorischen Maßnahmen treten in moralischen Konflikt zum einen mit Freiheitsrechten, vor

²⁶ Vgl. für eine systematische Verteidigung dieser Konsequenz S. Gosepath, *Gleiche Gerechtigkeit*, Kap. V.1.

²⁷ Wenn der beste Läufer durch Muskelkrampf das Pech hat, das Rennen zu verlieren, obwohl er es gewonnen hätte, wenn er kein solches Pech gehabt hätte, macht ihn das noch nicht zum Sieger. Helmut Kohl gilt als großer Kanzler, weil er die ‚Gunst der Stunde‘ zu nutzen wusste. Andere Kanzler hatten oder werden dies Glück nicht haben.

²⁸ Vgl. J. Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, S. 335.

allem dem auf freie Entfaltung der Persönlichkeit,²⁹ und zum anderen mit prudentiellen Funktionsanforderungen eines effizienten Wirtschafts- und Verwaltungssystems.

Praktisch schwierig zu klären ist zudem die umstrittene Frage, was es konkret bedeutet, faire Chancengleichheit für alle Personen zu realisieren und wie man Verletzungen dieses Prinzips feststellt.³⁰ Das Vorliegen fairer Chancengleichheit lässt sich nur hypothetisch feststellen: In einer gerechten Gesellschaft entspräche die Verteilung von sozialen Positionen mit Bezug auf die Gruppenangehörigkeit ungefähr dem jeweiligen Anteil der Gruppenangehörigen an der Gesamtbevölkerung. Bei annähernd gleicher Verteilung von Talenten und Motivationen müssten die wichtigsten sozialen Positionen zwischen den relevanten Gruppen annähernd gleich verteilt sein. Daraus ergibt sich dann als Kriterium, dass mit Bezug auf eine bestimmte begehrte Position zwischen zwei Gruppen faire Chancengleichheit besteht, wenn die Erfolgsraten (das sind Chancen im Sinne von (a)) beider Gruppen, die begehrte Position zu erlangen, gleich sind.³¹ In dieser kontrafaktischen Situation kann eine statistische Korrelation, und damit eine Gleichheit oder Ungleichheit des Ergebnisses (Gleichheit ex post), als Indikator für Gleichheit ex ante zwischen Gruppen gelten. Bestehen solche Hinweise auf vorgängige Chancenungleichheiten oder lassen sich strukturelle Diskriminierungen durch die sozialen Bildungs-, Stratifikations- und Selektionsmuster plausibel machen, ist eine ausgleichende Bevorzugung der ansonsten Benachteiligten gerechtfertigt.

Das Prinzip fairer sozialer Chancengleichheit stellt also einen *Kompromiss* zwischen dem Ideal substantieller Chancengleichheit und prudentiellen Kostenerwägungen bezüglich der gesellschaftlichen Verteilungsordnung dar. Alle sollen tatsäch-

lich vergleichbare Chancen haben, ihre Lebenspläne zu verwirklichen, ihre Fähigkeiten und Talente zu entwickeln und sich um anspruchsvolle, ihren Fähigkeiten und Motivationen entsprechende, herausfordernde Stellungen zu bemühen. Ihre Chancen auf bestimmte Positionen werden aber entsprechend ihren natürlichen Talenten, ausgebildeten Fähigkeiten und gezeigten Motivationen differieren. Diese Chancen-Ungleichheit lässt sich nur durch eine Verbesserung der Lage oder der Chancen der Benachteiligten begründen.³² Diese Ungleichheiten können von allen dann zum Nutzen der Steigerung des Sozialprodukts und der bestmöglichen Erledigung öffentlicher Aufgaben aus Klugheitsgründen akzeptiert werden, wenn sie mit einer wesentlichen einschränkenden Bedingung, einem begrenzenden Prinzip verknüpft werden.³³ Die ökonomischen Konsequenzen der Positionen und Ämter, also

Das Prinzip fairer sozialer Chancengleichheit stellt also einen Kompromiss zwischen dem Ideal substantieller Chancengleichheit und prudentiellen Kostenerwägungen bezüglich der gesellschaftlichen Verteilungsordnung dar.

29 In vielen Gesellschaften haben die Eltern ein als wesentlich angesehenes Recht auf die Erziehung ihrer eigenen Kinder. Wenn das Recht anerkannt wird, wird sich der besonders prägende Einfluss der Eltern auf die Entwicklung der Kinder nie durch öffentliche Schule u. a. ausgleichen lassen.

30 Vgl. dazu B. Rössler (Hg.), Quotierung und Gerechtigkeit.

31 Vgl. O. O'Neill, „Wie wissen wir, wann Chancen gleich sind?“, in: B. Rössler (Hg.), Quotierung und Gerechtigkeit, S. 149.

32 Vgl. J. Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, S. 337.

33 Ein solches Begrenzungsprinzip sozio-ökonomischer Ungleichheiten verteidige ich in S. Gosepath, Gleiche Gerechtigkeit, Kap. V.1.6.

im wesentlichen Einkommen und Vermögen, werden nach den Prinzipien der ökonomischen Gütersphäre verteilt. Während das Einkommen nach dem Verantwortungsprinzip bei ursprünglich gleicher Güterverteilung und Ausgleich für Begünstigungen und Benachteiligungen verteilt wird und durch das Begrenzungsprinzip limitiert wird, regelt das Begrenzungsprinzip im wesentlichen die Distribution des mit sozialen Positionen und Ämtern verknüpften Sozialkapitals wie höheres Ansehen und Bekanntheit sowie die Chance, durch einmal erklommene soziale Positionen noch höher auf der sozialen Leiter zu steigen.

Einen *moralischen Anspruch* auf höhere Positionen oder Ämter im Sinne eines persönlichen Verdienstes begründet das Prinzip der fairen Chancengleichheit nicht. Das Qualifikations- und Anforderungsprofil kann von der Gesellschaft nach deren pragmatischen Überlegungen frei festgesetzt werden. Dadurch werden keine Rechte von besonders Qualifizierten auf diese Stellen verletzt, denn solche bestehen so nicht. Das ‚Anrecht‘ von Personen auf Positionen ist keines des persönlichen Verdienstes.³⁴

Da moralisch arbiträre Gesichtspunkte bei fairer Chancengleichheit einen großen Anteil haben, und da dies mit dem Verantwortungsprinzip in Spannung steht, ist aus der Perspektive der Gerechtigkeit die Form und der Umfang der sozialen Stratifikation zu prüfen. Diese braucht sich nicht nur nach einer oder wenigen Kategorien hin zu differenzieren. Eine Vervielfältigung der gesellschaftlich geschätzten Eigenschaften könnte eine gewisse Entlastung der bestehen bleibenden Ungerechtigkeit und zudem eine Bereicherung der Gesellschaft bedeuten. Nicht nur die Hierarchisierung ist jeweils kritisch zu prüfen, sondern auch die Definitionsmacht für die Bestimmung der relevanten Kate-

gorien und deren soziale Bedeutung. Die Bessergestellten in einem System sind in der Regel auch diejenigen, die gesellschaftlich vorgeben, was die sozial geschätzten Eigenschaften sind und wie die Grenzen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen gezogen werden.³⁵ Dieses Bestimmungs- und Deutungsmonopol ist zu brechen, um wirklich faire Chancengleichheit zu gewähren. So wie die Bestimmung der Personen von außen, in welche Gruppe(n) sie gehören sollen, ein Machtproblem darstellt, so stellt die Bestimmung von innen, zu welchen Gruppen man sich zugehörig fühlt, ein Identitätsproblem dar. Multiple Mitgliedschaften, Grenzgänger und Einzelgänger scheinen durch das gängige Raster fairer Chancengleichheit zu fallen. Jede Chancengleichheitspolitik, auch wenn sie aus heuristischen Gründen bei der Diskriminierung von Gruppen ansetzt, muss ihr primäres Augenmerk auf das je unvertretbar einzelne Individuum legen, dem das Seine zukommen soll. Im Prinzip ist die faire Chancengleichheit zwischen allen einzelnen Individuen in ihrer Verschiedenheit zu gewährleisten, um jedem die gleiche Chance auf ein gelingendes selbstbestimmtes Leben zu geben.

Multiple Mitgliedschaften, Grenzgänger und Einzelgänger scheinen durch das gängige Raster fairer Chancengleichheit zu fallen. Jede Chancengleichheitspolitik, auch wenn sie aus heuristischen Gründen bei der Diskriminierung von Gruppen ansetzt, muss ihr primäres Augenmerk auf das je unvertretbar einzelne Individuum legen, dem das Seine zukommen soll.

³⁴ Vgl. J. Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, S. 348.

³⁵ Vgl. für diesen wichtigen Aspekt feministischer Kritik C. MacKinnon, „Reflections on Sex Equality under Law“, in: The Yale Law Journal 100 (1991), S. 1281-1328.

Zwischen gesellschaftlicher Dynamik und sozialem Ausgleich

Von Gerhard Schwarz

1. Die Verwechslung von Gleichheit und Gerechtigkeit

Es bedarf zunächst einiger Vorbemerkungen. Die erste mag wie eine Provokation tönen, ist aber eher eine oft verkannte Selbstverständlichkeit: Staatlich erzwungene oder irgendwie künstlich herbeigeführte ökonomische Gleichheit, also Gleichheit von Einkommen und Vermögen, ist ungerecht. Die Menschen sind zwar in ihrer Unverletzlichkeit und ihrer Würde gleich. In jeder anderen Beziehung sind sie es jedoch nicht. Ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten, ihr Aussehen, ihre Gesundheit, ihre Lebensumstände, ihr Leistungswille, ihre Interessen und Ambitionen, ihre Bedürfnisse sind höchst unterschiedlich. Deshalb entspricht eine gleichmäßige Verteilung von Einkommen und Vermögen keinem vorstellbaren Gerechtigkeitskonzept, weder einer irgendwie definierten Leistungs- noch einer Bedürfnisgerechtigkeit. Gleichheit von Einkommen und Vermögen ist bestenfalls ein mathematisches Konzept. Damit wird auch das Streben nach Angleichung nicht zu einem Gerechtigkeitsprojekt. Erst wenn man das Einkommen oder das

Vermögen zu einem anderen Parameter wie etwa der Leistung oder den Bedürfnissen in Beziehung setzt und beim einen eine größere Diskrepanz ortet als beim anderen, kann man allenfalls eine Ungerechtigkeit diagnostizieren. Aber Gleichheit per se ist nicht gerecht und nicht erstrebenswert.

Die zweite Vorbemerkung lautet, dass Gleichheit ein statisches Konzept ist und dem dynamischen Fortschrittstreben der Menschen nicht Rechnung trägt. In einer Makro-Betrachtung beißen sich Gleichheit und Dynamik. Wer sich etwas mehr anstrengt als andere, etwas neu und anders anpackt und damit Erfolg hat, stellt sich besser. Wandel und Fortschritt führen somit immer zu Ungleichheit. Die Gleichheit am Tag X ist am nächsten Tag bereits überholt. Der Versuch, dies zu verhindern, der Versuch also, eine völlige Gleichheit der Einkommen und/oder Vermögen anzustreben und dann auch zu bewahren, tötet Dynamik, Wandel und Fortschritt. Außerdem mündet ein solcher Versuch zwingend in den Totalitarismus, da er einen umfassenden Überwachungs- und Umverteilungsapparat voraussetzt. Auch hier gilt, dass, was für das Extrem der völligen Gleichheit gilt, in abgeschwächtem Maße grundsätzlich auch auf das Streben nach Angleichung zutrifft. Es führt zu einem Verlust an Dynamik und Fortschritt. Allerdings muss dies nicht immer so sein. Die Untersuchungen von Barro (2008) zeigen jedenfalls, dass zumindest in weniger entwickelten Ländern Wachstum und Einkommensgleichheit positiv

Staatlich erzwungene oder irgendwie künstlich herbeigeführte ökonomische Gleichheit, also Gleichheit von Einkommen und Vermögen, ist ungerecht.

Der Versuch also, eine völlige Gleichheit der Einkommen und/oder Vermögen anzustreben und dann auch zu bewahren, tötet Dynamik, Wandel und Fortschritt. Außerdem mündet ein solcher Versuch zwingend in den Totalitarismus.

korrelieren. Allerdings haben andere Faktoren wie Offenheit, Rechtsstaatlichkeit, steigende Lebenserwartung und sinkende Fertilität wesentlich stärkere Bedeutung für das Wachstum als die Gleichheit.

Unmittelbar damit verknüpft ist als dritte Vorbemerkung die Mahnung, Nivellierung und soziale Sicherung auseinander zu halten. Gleichheit und Sicherheit hängen wohl zusammen, sind aber nicht das Gleiche. Für gesellschaftlich garantierte Sicherheit, also ein minimales soziales Sicherheitsnetz für den Ernstfall, das das Abgleiten in die Armut verhindern soll, braucht es zwar *auch* eine gewisse Umverteilung, aber auf relativ niedrigem Niveau. Und diese Umverteilung zwecks Bekämpfung der Armut führt niemals zu einer völligen Gleichheit. Die Wirkungen einer so motivierten und auf ein Minimum beschränkten Umverteilung sind gleichfalls andere: Die Sicherheit eines sozialen Auffangnetzes kann sogar Risikonahme und unternehmerisches Handeln begünstigen und so zu Dynamik und Fortschritt einer Gesellschaft beitragen. Und mit Blick auf die Vermeidung sozialer Unruhen und auf die Bekämpfung revolutionären Potentials ist Armutsbekämpfung vermutlich das probatere Mittel als bloße Nivellierung. Schließlich ist Armutsbekämpfung sowohl aus moralischen als auch aus „polit-taktischen“ Gründen mit einer liberalen Politik viel eher kompatibel als bloße Umverteilung mit dem Zweck der Reduktion von Ungleichheit.

Wie ordnet sich da das bedingungslose Grundeinkommen (oder ein allgemeines Bürgergeld) ein, das derzeit einige Beachtung genießt? Die Idee lautet, dass allen Bürgern ungeachtet ihrer Bedürfnisse ein existenzsicherndes Einkommen (von rund 2000 Franken in der Schweiz) zugestanden werden soll. Damit zieht das Grundeinkommen für alle einen Einkommenssockel

ein, unter den niemand absinken kann. Diesem Modell liegt somit nicht die Vorstellung durchgehend größerer Gleichheit zugrunde. Es handelt sich aber auch nicht um gezielte Armutsbekämpfung, denn das Manna, das da verteilt wird, geht an alle, ob arm oder reich, ob leistungsunwillig oder leistungsunfähig. Da das Grundeinkommen somit nicht auf konkrete Erfordernisse ausgerichtet ist, sondern nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet wird, würde dabei der Staatshaushalt massiv belastet. Die Behauptung der Befürworter, dafür würden alle bisherigen staatlichen Sozialleistungen (wie die Arbeitslosen- oder die Invalidenversicherung) hinfällig, widerspricht so ziemlich jeglicher politökonomischer und historischer Erfahrung. Am Schluss wird man den gesteigerten Finanzierungsbedarf wohl nur noch mit höheren Einkommens-, Vermögens- und Konsumsteuern decken können – mit entsprechend negativen Arbeitsanreizen und einer Beeinträchtigung der Produktivität und Innovationsfähigkeit (vgl. Bischofberger 2011).

Die vierte Vorbemerkung rückt die Einkommensungleichheit, die viel mehr als die Vermögensungleichheit im Mittelpunkt politischer und ideologischer Debatten steht, in eine historische Perspektive. Diese Einkommensungleichheit hat in den westlichen Industriestaaten seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis Ende der 1970er Jahre abgenommen, und zwar deutlich, seither, vor allem aber seit 1990, hat sie wieder zugenommen. Diese Beobachtung gilt auch für als besonders egalitär geltende Gesellschaften wie Schweden oder Norwegen (vgl. Schaltegger und Gorgas 2011). Wenn also die Verteilungsdebatte wieder an Fahrt gewinnt, mag dies zwar angesichts der Entwicklung der jüngsten Zeit erklärbar und verständlich sein. Man sollte darob allerdings die längerfristige Tendenz nicht aus dem Auge verlieren.

2. Begrenzte Ungleichheitstoleranz

Obwohl ökonomische Gleichheit nicht mit Gerechtigkeit verwechselt werden darf, ja diese sogar ungerecht ist, und obwohl Gleichheit statisch ist und fortschritthemmend sein kann, ist es offensichtlich, dass unsere wohlhabenden, westlichen Gesellschaften nur eine begrenzte Ungleichheitstoleranz aufweisen. Diese Ungleichheitstoleranz dürfte parallel zum Anstieg der Ungleichheit abgenommen haben. Die Schlagzeilen über Abzocker, Banker und Boni sind ein Indiz dafür. Das hat viel mit Neid zu tun, aber nicht nur. Neid missgönnt anderen ihr Wohlergehen, ganz gleich, ob sie es verdient haben oder nicht. Die schiere Differenz wird als anstößig empfunden. Die Ungleichheitstoleranz wird aber ohne Zweifel noch kleiner, wenn man das Wohlergehen der anderen als unverdient empfindet, wenn es den Eindruck macht, dass Wohlstand auf Macht und Klüngelwirtschaft basiert und nicht auf weithin respektierter Leistung. Doch ganz gleich, welches die Motive sind – mangelnde Ungleichheitstoleranz bremst die Dynamik.

Wie viel Ungleichheit (aber auch wie viel Gleichheit) eine Gesellschaft ohne große negative Konsequenzen erträgt, ist von Land zu Land unterschiedlich. Es ist vermutlich stark kulturell

bedingt (vgl. Nef und Schwarz 2000), möglicherweise noch mehr aber vom allgemeinen Wohlstand abhängig. In einer hungrigen Gesellschaft am Anfang des wirtschaftlichen Aufschwungs werden Ausreißer nach oben vermutlich eher toleriert. Sie sind ein Signal des Aufstiegs, zeigen, dass man es selbst vielleicht

Obwohl ökonomische Gleichheit nicht mit Gerechtigkeit verwechselt werden darf, ja diese sogar ungerecht ist, und obwohl Gleichheit statisch ist und fortschritthemmend sein kann, ist es offensichtlich, dass unsere wohlhabenden, westlichen Gesellschaften nur eine begrenzte Ungleichheitstoleranz aufweisen.

auch einmal schaffen könnte. In einer reichen und satten Gesellschaft entwickelt sich dagegen eher die falsche Vorstellung, die Wirtschaft sei ein Nullsummenspiel. Damit wird der wirtschaftliche Erfolg der anderen zur Bedrohung für einen selbst. Außerdem glaubt man vielleicht, je luftiger die (Salär-)Höhen werden, nicht mehr ganz so leicht daran, dass man es selbst auch in die höchste Liga schaffen könnte. Die sogenannte Kuznets-Kurve, das Phänomen, dass am Anfang der Entwicklung einer Volkswirtschaft steigender Wohlstand mit zunehmender Ungleichheit einhergeht, sich diese Entwicklung aber mit der Zeit abflacht und bei reicheren Gesellschaften dann eine Abnahme der Ungleichheit einsetzt, ist mit dieser Überlegung kompatibel. Die zunehmende Alterung westlicher Gesellschaften dürfte eine ähnliche Wirkung haben. Sicherheit wird wichtiger, Dynamik verliert an Bedeutung – und entsprechend sinkt die Ungleichheitstoleranz.

In einer reichen und satten Gesellschaft entwickelt sich dagegen eher die falsche Vorstellung, die Wirtschaft sei ein Nullsummenspiel. Damit wird der wirtschaftliche Erfolg der anderen zur Bedrohung für einen selbst.

3. Maßnahmen zugunsten von mehr Ungleichheitstoleranz

Wenn der Mangel an Ungleichheitstoleranz letztlich einer Gesellschaft schadet, wenn er sie ärmer und weniger dynamisch macht, muss man sich jenseits aller liberaler Überzeugungen, allein aus Wohlfahrtsüberlegungen heraus, fragen, wie man diesem Mangel begegnen kann. Drei Stoßrichtungen bieten sich an. Sie lassen sich mit den Stichwörtern Aufklärung, Umverteilung und gesellschaftliche Durchlässigkeit umschreiben.

3.1 Marktwirtschaftliche Aufklärung

Man kann versuchen, mittels Aufklärung deutlich zu machen, dass egalitäre Anstrengungen ihren Preis haben, dass sie eben Schaden anrichten, indem sie zu einem Verlust an Wohlstand und Dynamik führen. Dieses Unterfangen ist genauso schwierig wie die Vermittlung marktwirtschaftlicher Zusammenhänge ganz generell. Weil die Marktwirtschaft eher einem komplexen biologischen System gleicht als einem komplizierten mechanischen Apparat, sind ihre Wirkungszusammenhänge nur schwer durchschaubar und verständlich. Die großen Vereinfacher und die Verkünder simpler Ursache-Wirkungsketten haben da leichtes Spiel. Deshalb sind unabhängige Denker und Think-Tanks so wichtig, die solche Aufklärungsarbeit leisten können.

3.2 Besänftigende Umverteilung

Man kann ferner der egalitären Sehnsucht mittels Umverteilung entgegenkommen. Diese muss nicht zwingend staatlicher Natur sein, sondern kann auch durch privates Mäzenatentum finanziert oder durch die Verschleierung der wahren Verhältnisse mittels bescheidenen Lebensstils suggeriert werden. Man nimmt als Liberaler die Nachteile dieser Umverteilung in Form von Dynamik-Verlust in Kauf, wenn man sie für niedriger hält als die Kosten, die in einer Demokratie entstehen können, wenn die Mehrheit der Bevölkerung die Ungleichheit für zu groß hält. Zum einen sind das die Kosten sozialer Spannungen bis hin zu revolutionären Unruhen. Zum anderen kann sich die Mehrheit gegen die Marktwirtschaft insgesamt stellen und mit entsprechenden demokratischen Entscheiden noch viel mehr Dynamik- und Effizienz-Verlust produzieren als allein durch Umverteilung.

Umverteilung findet im Wesentlichen auf zwei Arten statt. Normalerweise denkt man zuerst und in erster Linie an die Besteuerung. Das ist der eine explizite Weg. Allerdings herrschen hinsichtlich der Wirkungen staatlicher Umverteilung viele Illusionen. Dank staatlicher Intervention in Form progressiver Besteuerung findet zwar Umverteilung statt, aber weniger, als man gemeinhin glaubt. Selbst im angeblich so egalitären Schweden beziehen etwa die obersten zehn Prozent der Bevölkerung rund 26 Prozent der Einkommen und zahlen zugleich rund 26 Prozent der Steuern, werden also praktisch proportional besteuert. Nur wenn man die sehr hohen Einkommen mit den sehr niedrigen Einkommen vergleicht, kann man eine deutliche Progression beobachten (vgl. OECD 2008). Bemerkenswert ist zudem, dass, wie man am Beispiel der Schweiz zeigen kann, die Umverteilung zwischen den bessergestellten und den ärmeren Haushalten geringer ist als die Umverteilung innerhalb ein und desselben Haushalts über die Zeit hinweg, also intertemporär (vgl. Engler 2010). Die Untersuchung von Engler zeigt, dass die „Umverteilung“ zu einer Glättung der Einkommensspitzen in den aktiven Phasen des Lebens zugunsten der Einkommen am Lebensabend führt. Der Wohlfahrtsstaat wäre somit aus liberaler Sicht weniger deswegen ein Problem, weil die einen Haushalte über Gebühr belastet werden, sondern viel mehr, weil er den Menschen die Autonomie nimmt, über den Einkommensverlauf in ihrem Leben selbst zu entscheiden.

Selbst im angeblich so egalitären Schweden beziehen etwa die obersten zehn Prozent der Bevölkerung rund 26 Prozent der Einkommen und zahlen zugleich rund 26 Prozent der Steuern, werden also praktisch proportional besteuert.

Gemäß zahlreicher Untersuchungen viel wichtiger als die Umverteilung über die Besteuerung ist die explizite Umvertei-

lung durch Transferzahlungen und die implizite Umverteilung durch Bereitstellung öffentlicher Dienste unter Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip. In der Schweiz erfolgt die Umverteilung zum größeren Teil über monetäre Zahlungen, zum kleineren über reale Güter und Dienste, wobei letztere in einer Lebensperspektive einen größeren Umverteilungseffekt zwischen den Haushalten zu haben scheinen als Geldzahlungen (Engler 2010). Die Umverteilung über allgemeine staatliche Leistungen ist natürlich wesentlich intransparenter als jene über Transferzahlungen und auch als jene über die Besteuerung. In der Schweiz finanzieren die untersten 20 Prozent der Einkommensskala den Staat nur zu fünf Prozent, die obersten 20 Prozent dagegen tun es zu 35 Prozent. Zusammen mit den Unternehmen trägt das reichste Fünftel der Bevölkerung den Staat fast zu 60 Prozent (vgl. Economiesuisse 2007). In anderen Ländern ist es nicht wesentlich anders. Geht man davon aus, dass die oberen Einkommenschichten die staatlichen Leistungen kaum mehr beanspruchen als die Haushalte mit geringen Einkommen, steckt in dieser ungleichen Finanzierungslast eine beträchtliche, aber oft nur wenig thematisierte Umverteilung. Allerdings gibt es auch Untersuchungen, die zeigen, dass in Deutschland, Luxemburg, Italien, Frankreich, Österreich und Polen hohe Einkommensgruppen im Endeffekt stärker von staatlichen Transfers profitieren als niedrige Einkommensschichten (vgl. Föllmi und Lengwiler 2009, S. 76 f.).

Die Befunde sind also nicht so eindeutig. Was man jedoch ziemlich sicher sagen kann, ist, dass eine mächtige Umverteilungsbürokratie sowie hohe Steuern (und die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Ineffizienzen) nicht zwingend dazu führen, dass die Bedürftigen von staatlichen Leistungen tatsäch-

lich profitieren. Und was man auch sagen kann, ist, dass die Bereitstellung öffentlicher und meritorischer Güter unter den Gestehungskosten oder sogar gratis natürlich zu einer Übernutzung führt und somit sowohl unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung als auch mit Blick auf die Effizienz problematisch ist. Der freie Zugang zu öffentlichen Leistungen kann allerdings in den unteren Schichten das Gefühl der Teilhabe, des Nicht-Ausgeschlossenseins, stärken und unter diesem Aspekt sinnvoll sein.

Der freie Zugang zu öffentlichen Leistungen kann allerdings in den unteren Schichten das Gefühl der Teilhabe, des Nicht-Ausgeschlossenseins, stärken und unter diesem Aspekt sinnvoll sein.

3.3 Aufstieg statt Ausgleich

Man kann die Sehnsucht nach einer komparativ-statischen Gleichheit schließlich auch mit einem dynamischen, längerfristigen Angebot befriedigen, nämlich dem Versprechen des Aufstiegs bzw. der Aufstiegsmöglichkeit. Die Ungleichheitstoleranz ist in der Regel umso größer, je weniger die Ungleichheit zementiert ist, je weniger die untersten Einkommenschichten befürchten müssen, in ihrer relativen Mittellosigkeit gefangen zu bleiben. Wenn die Menschen mit niedrigerem Einkommen wissen, dass wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aufstieg möglich ist (wenn nicht für sie selbst, dann zumindest für ihre Kinder), dass Anstrengung, Leistung, Bildung und Glück auch sie nach oben bringen können, werden sie die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen eher akzeptieren. In einer durchlässigen Gesellschaft werden die Erfolgreichen mit höheren Einkommen belohnt. Das ist ein Anreiz für andere, es ihnen gleich zu tun – und damit eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren einer Marktwirtschaft.

Aufstieg und Durchlässigkeit haben sehr viel mit den kulturellen Traditionen einer Gesellschaft zu tun. Es gibt in fast allen Gesellschaften, außer sehr jungen Einwanderungsländern, gläserne Decken für Fremde, manchmal selbst für „Fremde“ aus dem eigenen Land, also für Zugewanderte aus einem Nachbarkanton, ja manchmal sogar aus einem Nachbardorf. In Europa kommt dazu, dass „neuer“ Reichtum weniger als Eintrittsbillet in eine höhere Klasse oder Schicht angesehen wird als in klassischen Einwandererländern wie den Vereinigten Staaten.

Ausgleich und Aufstieg können sich nicht nur in einem gewissen Ausmaß gegenseitig ersetzen, sie können sich auch verdrängen.

Man muss das wohl dahingehend interpretieren, dass die ausgeprägte soziale Kohäsion traditioneller Gesellschaften, die ja durch eine gewisse Gleichmäßigkeit der Einkommen erreicht werden soll, eine Barriere für potentielle Aufsteiger darstellt. Ausgleich und Aufstieg können sich nicht nur in einem gewissen Ausmaß gegenseitig ersetzen, sie können sich auch verdrängen. Aufstieg und Durchlässigkeit werden aber nicht nur durch die unsichtbaren Stränge der Gesellschaft behindert, sondern da und dort auch durch den Staat. Wo schnelles Geld und Jungunternehmertum steuerlich eher benachteiligt als gefördert werden, ist eine wichtige Schiene für den Weg nach oben (wenn nicht gesellschaftlich, so zumindest finanziell) nicht genügend freigeräumt. Steuergesetze, die schnellen Reichtum erschweren, sind grundsätzlich aufstiegsbremsend. Sie dämpfen nicht nur Unternehmertum und Innovation, sondern damit zugleich auch jenen Aufstieg und jene Umwälzungen, die das Gleichheitsbedürfnis befriedigen könnten, ohne die Dynamik einer Gesellschaft zu brechen.

4. Die übertriebene Hoffnung auf die Chancengleichheit

Das Konzept der Chancengleichheit erscheint vielen als Ei des Kolumbus, um Gleichheit und Dynamik miteinander zu versöhnen: Gleichheit am Anfang, dann Akzeptanz jener Ungleichheit, die sich als Folge der Dynamik unweigerlich ergibt. In der Tat gehört es zu den Ingredienzen eines liberalen Staates, dass der Zugang zu Ausbildung und Bildung so offen gestaltet ist, dass sich jeder und jedem „die Chance eröffnet, sich nach Maßgabe seiner Talente und Begabungen entwickeln zu können“ (Kersting 2011). Dafür braucht es allerdings kein subventioniertes Bildungsangebot, sondern lediglich Sozialstipendien und Kredite für jene, die sich die tatsächlichen Kosten zumal einer höheren Bildung nicht leisten können. Diese liberale Chancengerechtigkeit darf jedoch nicht überstrapaziert werden, soll sie nicht unmerklich in eine totalitäre Gleichmacherei kippen. Das würde sie rasch einmal, wenn man Gleichheit der Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten schon möglichst rasch nach der Geburt anstrebt, denn dann liefe man Gefahr, die Familie als Urzelle der Gesellschaft zu zerstören. Außerdem besteht die Versuchung, mit der Zeit den Zeitpunkt, in dem Chancengleichheit hergestellt werden soll, ständig weiter hinauszuschieben, von der Geburt auf den Schulbeginn, den Berufseintritt, den Studienbeginn, den Studienabschluss, die Familiengründung. Dann wird aus der Chancengleichheit am Anfang doch wieder die Illusion einer allgemeinen und permanenten „Gleichheit“.

Gefährlich am Konzept der Chancengleichheit ist zudem, dass es ein Einfallstor sein kann, um unter diesem Titel überhaupt alle Unterschiede an Begabungen und Neigungen, die den Menschen eigen sind, auszugleichen, durch exzessive För-

derung der weniger Begabten ebenso wie durch Behinderung der besonders Begabten. Konsequenz zu Ende gedacht, müsste beispielsweise eine Schönheitssteuer erhoben werden, da gut aussehende Menschen in der Regel im Berufsleben überdurchschnittlich großen Erfolg haben (Kersting 2003). Wenn man unter Chancengleichheit mehr versteht als den gleichen Zugang zur Bildung, wenn man anfängt, alle bei der Geburt bestehenden Unterschiede sukzessive einzuebnen und besonders die von Geburt in irgendeiner Form Begünstigten durch Ausgleichszahlungen zu belasten, um Chancengleichheit herzustellen, endet man notwendigerweise in einer totalitären Sackgasse.

Wo von Chancengleichheit die Rede ist, ist in der Regel auch die Idee der Erbschaftssteuer nicht weit. Sie wird verschiedentlich mit dem Argument der Chancengleichheit propagiert. Selbst liberale Denker haben unter dem Titel „Chancengleichheit“ immer wieder einmal ein gewisses Verständnis für eine Erbschaftssteuer gezeigt oder sie sogar propagiert, etwa John Stuart Mill, Henry Simon und Alexander Rüstow oder die wohl

eher als Neoklassiker denn als Liberale zu bezeichnenden Leon Walras und Knut Wicksell. Tatsächlich muss man eine solche Steuer ja an den real existierenden Alternativen messen – und dann ist sie kaum konfiskatorischer und motivationshemmender als etwa Einkommens- und Vermögenssteuern.

Doch die ungelösten Probleme der staatlichen Umverteilung bestehen auch bei ihr, zum Teil sogar noch verschärft. Vor allem aber: Wie will man eine Erbschaftssteuer als Ersatz für andere Steuern (und das müsste aus liberaler Sicht die *conditio sine*

Konsequenz zu Ende gedacht, müsste beispielsweise eine Schönheitssteuer erhoben werden, da gut aussehende Menschen in der Regel im Berufsleben überdurchschnittlich großen Erfolg haben.

qua non sein) gestalten, ohne die Erben und damit letztlich die Erblasser weitgehend zu enteignen und ohne die Nachfolgeregelungen von Unternehmen massiv zu erschweren? Der gewichtigste Einwand bleibt aber, dass die Fokussierung auf die Ausstattung mit Geld und Vermögen verkennt, dass für ein gelungenes Leben eine Fülle von Gaben relevant ist. Deshalb führt die Erbschaftssteuer immer in ein Dilemma. Entweder akzeptiert man ihre „Ungerechtigkeit“ (insofern, als sie eben nur eine einzige Ungleichheit angeht, die vielen anderen, noch wichtigeren Ungleichheiten der Geburt aber nicht, etwa jene der Intelligenz oder der Gesundheit), oder man versucht sie durch andere Ausgleichssteuern zu ergänzen und landet in einem totalitären Horrorkabinett, in dem man jenen, denen es besser geht, ihren Vorteil wegnimmt bzw. in dem man durch Ausgleichssteuern aller Art „Gerechtigkeit“ herstellt.

5. Gesellschaft ist mehr als Ökonomie

Ich komme nicht umhin, obwohl Ökonom und deswegen hauptsächlich auf die marktwirtschaftlichen Aspekte einer offenen Gesellschaft konzentriert, als Schweizer auch einige Reflexionen zum Zusammenhang von Politik, Ausgleich und Dynamik anzustellen. In einer gewissen Weise sind nämlich Politik und Wirtschaft kommunizierende Röhren. Deswegen kann mit Blick auf die Kohäsion und den Zusammenhalt einer Gesellschaft die politische Teilhabe auch in einem gewissen Maße als Substitut für ökonomischen Ausgleich durch Umverteilung fungieren. Kleinräumigkeit, direkte Demo-

Deswegen kann mit Blick auf die Kohäsion und den Zusammenhalt einer Gesellschaft die politische Teilhabe auch in einem gewissen Maße als Substitut für ökonomischen Ausgleich durch Umverteilung fungieren.

kratie, und das Milizsystem (Freiwilligenarbeit trifft den Inhalt nicht genau) haben in der Schweiz lange – und tun es wohl immer noch – soziale Spannungen und ökonomische Ungleichheit überbrückt. Wenn man vor allem in kleineren Gemeinden zu Recht das Gefühl hat, dass man sich als einfacher Mann sehr wohl mit Initiativen, Referenden oder mit einem Auftritt an der Gemeindeversammlung gegen Reiche durchsetzen kann, wenn man bzw. frau in der Schulbehörde, in den Gemeindebehörden, in vielen Selbstverwaltungen mit den Mächtigen auf gleicher Höhe sitzt, dann erträgt man es leichter, dass die einen mehr besitzen als die anderen. Es lehrt aber umgekehrt auch die Reichen und Mächtigen, sich mit den Vertretern anderer Einkommenschichten an einen Tisch zu setzen, sie ernst zu nehmen und zu respektieren.

Ob auch diesem politischen System des politischen statt des ökonomischen Ausgleichs etwas Fortschrittsbremsendes innewohnt, lässt sich nur schwer sagen. Ein Blick über die Grenze weist die Schweizer Gemeinden und Kantone oder die Eidgenossenschaft aber jedenfalls kaum als weniger innovativ und dynamisch aus als ihre Pendants in Deutschland oder Österreich, wo mehr Berufspolitik, mehr Professionalität herrscht. Ziemlich sicher wirtschaften schweizerische Gemeinwesen nachhaltiger. Vielleicht sind sie da und dort weniger futuristisch – aber weniger zukunfts offen sind sie in der Summe wohl nicht.

Effizienzfetischisten prangern zwar gerne die Unprofessionalität, die Ineffizienz und zum Teil auch die Tendenz zu Filz und „Freunderlwirtschaft“ des Milizsystems an (Wittmann 2002). Sie übersehen allerdings dabei, dass sich die Effizienz des Gesamtsystems auf einer höheren Ebene misst. Wenn nämlich die so geschaffene starke Identifikation mit dem Gemeinwesen,

die Kohäsion, der soziale Friede verhindern, dass im wirtschaftlichen Bereich zu viel Umverteilungseuphorie ausbricht, dann ist damit viel gewonnen.

6. Sozialer Zusammenhalt statt sozialen Ausgleichs

Pointiert zusammengefasst lautet die Botschaft: Möglichst offene Aufstiegsmöglichkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft sind die fortschrittsfreundliche Alternative zum Ausgleich durch Umverteilung. Aufstiegchancen können das Bedürfnis nach Gleichheit mindestens teilweise befriedigen, ohne aber deswegen Dynamik und Fortschritt zu bremsen. Begleitet sein sollte eine auf Wandel statt Umverteilung ausgerichtete Gesellschaft aber immer von einem minimalen Sicherheitsnetz, das nicht nur sichert, sondern damit zugleich auch die Basis für Risiko und Unternehmertum schafft. Schließlich kann veritable politische Teilhabe vielleicht nicht ein vollständiger Ersatz für staatliche Umverteilung sein, aber doch als wichtige Entschärfung der mangelnden Ungleichheitstoleranz dienen. Solche Teilhabe darf sich jedoch nicht auf gelegentliche Wahlen alle vier oder fünf Jahre beschränken. So könnte sich eine Gesellschaft entwickeln, die weniger Wohlstand kostet und mehr Fortschritt zulässt als simple Umverteilung von Einkommen und Vermögen, in der aber sehr wohl Kohäsion herrscht, eine Gesellschaft nicht des sozialen Ausgleichs, sondern des sozialen Zusammenhalts über alle Unterschiede hinweg.

Möglichst offene Aufstiegsmöglichkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft sind die fortschrittsfreundliche Alternative zum Ausgleich durch Umverteilung.

Literatur

Barro, Robert (2008): *Inequality and Growth Revisited*. Working Paper Series on Regional Economic Integration No. 11, January 2008. Manila: Asian Development Bank.

Bischofberger, Alois (2011): *Gut gemeint, schlecht durchdacht – das bedingungslose Grundeinkommen*. Beitrag auf avenir-suisse.ch, 17. August 2011.

Economiesuisse (2007): *Wer finanziert den Staat in der Schweiz?* Dossierpolitik No. 17, August 2007.

Engler, Monika (2010): *Redistribution in Switzerland: Social Cohesion or Simple Smoothing of Lifetime Incomes?* Department of Economics Discussion Paper No. 2010-02. University of St. Gallen.

Föllmi, Reto; Lengwiler, Brigitte (2009): *Die Fakten*. In: Gentina, Katja; Horn, Karen (Hrsg.): *Abschied von der Gerechtigkeit*. Zürich: NZZ Verlag, 64-88.

Kersting, Wolfgang (2003): *Kritik des Egalitarismus*. In: Pauer-Studer, Herlinde; Nagl-Docekal, Herta (Hrsg.): *Freiheit, Gleichheit und Autonomie*. Wien: Oldenburg Verlag, 136–164.

Kersting, Wolfgang (2011): *Eine schöne, geistreiche und halsbrecherische Sache. Warum der Liberalismus weiterhin nottut*. In: *Rotary Magazin* 6/2011. Hamburg: Rotary Verlags GmbH, 47-49.

Nef, Robert; Schwarz, Gerhard (2000): *Neidökonomie. Wirtschaftspolitische Aspekte eines Lasters*. Zürich: NZZ Libro.

OECD (2008): *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD-Countries*. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.

Schaltegger, Christoph und Gorgas, Christoph (2011): *Einkommenszuwächse nicht nur für die Reichen*. In: Neue Zürcher Zeitung, 2. August 2011.

Wittmann, Walter (2002): *Der helvetische Filz. Eine geschlossene Gesellschaft*. Frauenfeld: Huber.

Gibt es Chancengleichheit ohne Verteilungsgerechtigkeit?

von Anke Hassel

Kommentar zum Beitrag „Zwischen gesellschaftlicher Dynamik und sozialem Ausgleich“ von Gerhard Schwarz, Avenir Suisse

Zu Zeiten der letzten rot-grünen Bundesregierung gab es eine wichtige Debatte über das Verhältnis von Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Modernisierer in der Bundesregierung waren davon überzeugt, dass die traditionelle Betonung der Verteilungsgerechtigkeit rot-grüner Politik überholt sei und in Zukunft Chancengleichheit ihren Platz einnehmen müsse. Zugang zu Bildung, Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Leben, umfassende öffentliche Dienstleistungen seien gerade für Kinder aus einkommensärmeren Familien wichtig, damit sie ihre Möglichkeiten entfalten können. Die soziale Durchlässigkeit einer Gesellschaft sei weniger durch eine möglichst gerechte Verteilung der Einkommen definiert sondern dadurch, dass alle möglichst gleiche Startbedingungen bekämen. Damit gekoppelt war eine Neuausrichtung der Politik weg von sozialer Sicherung hin zu sozialen Investitio-

nen. Soziale Investitionen, definiert als öffentliche Ausgaben für frühkindliche Bildung, Kinderbetreuung und andere soziale Dienstleistungen, sollten zunehmend an die Stelle von passiven Transferleistungen treten.

Diese Debatte – noch keine zehn Jahre her – steht heute unter einem komplett neuen Vorzeichen. Einerseits hat sich die Bedeutung der Bildungspolitik, sozialer Investitionen und frühkindlicher Betreuung (fast) überall in der politischen Diskussion durchgesetzt. Die Bildung steht weit oben auf der Agenda aller Parteien; die CDU hat stillschweigend die Hauptschule abgeschafft und unterstützt – sieht man einmal von der Entscheidung zugunsten des Betreuungsgelds auf dem CDU-Parteitag ab – weitere Maßnahmen frühkind-

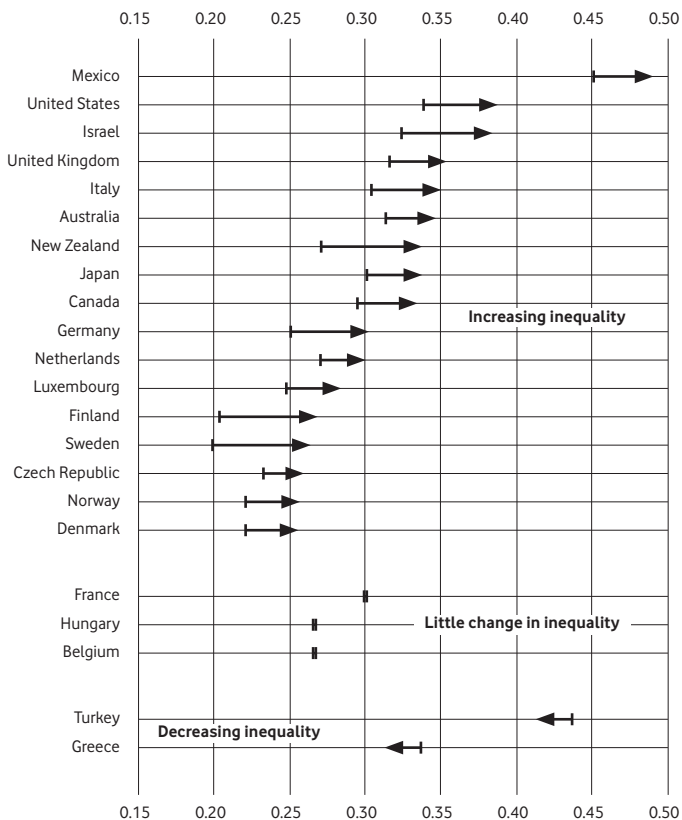
licher Betreuung. Andererseits hat sich durch die politische Öffnung zu sozialen Investitionen und Chancengleichheit der Diskurs über die Rolle und Funktion von Verteilungsgerechtigkeit keinesfalls erledigt. Im Gegenteil: Fast alle industrialisierten Länder haben mit zunehmenden Schieflagen in der Einkommensverteilung zu kämpfen (→ **GRAFIK 1**). In Deutschland

alarmieren immer neue Berichte über den rasanten Anstieg der Zahl armer Haushalte mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. Neuere Daten der europäischen Kommission zeigen, dass Deutschland neuerdings den höchsten Anteil von Beschäftigten in Armut in der EU aufweist. Deutschland gehört zudem zu den Ländern, in denen Ungleichheit besonders schnell zugenommen hat (Eichhorst et al 2010).

Einerseits hat sich die Bedeutung der Bildungspolitik, sozialer Investitionen und frühkindlicher Betreuung (fast) überall in der politischen Diskussion durchgesetzt. Andererseits hat sich durch die politische Öffnung zu sozialen Investitionen und Chancengleichheit der Diskurs über die Rolle und Funktion von Verteilungsgerechtigkeit keinesfalls erledigt.

GRAFIK 1. INCOME INEQUALITY INCREASED IN MOST OECD COUNTRIES

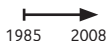
Gini coefficients of income inequality, mid-1980s and late 2000s



Note: Data for mid-1980s refer to early 1990s for Czech Republic and Hungary.

Information on data for Israel: <http://dx.doi.org/10.1787/888932315602>.

Quelle: OECD Income Distribution and Poverty Database.



Der Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass die Früchte des Wirtschaftswachstums ab den 1980er Jahren immer ungleicher verteilt wurden. In den USA ging das gesamte Wirtschaftswachstum der letzten drei Jahrzehnte an das oberste ein Prozent der Einkommensbezieher. Die Gruppe der Einkommensmillionäre erhalten mittlerweile ein Viertel des Bruttosozialprodukts jedes Jahr. Das ist der doppelte Anteil im Vergleich zur Situation von vor 25 Jahren.¹ Die mittleren Einkommen haben hingegen Verluste zu verzeichnen. Wie Jacob Hacker und Paul Pierson in ihrem Buch „Winner-Take-All Politics“ schreiben, ist dieser Trend keinesfalls eine zwangsläufige Folge von neuen Technologien und Globalisierung, sondern politisch durch Steuererleichterungen hoher Einkommensbezieher sowie einer gezielten Schwächung von Gewerkschaften herbeigeführt (Hacker und Pierson 2010).

Das Phänomen ist nicht auf die USA begrenzt. Nach Angaben der OECD (→ **TABELLE 1**) hatte Deutschland nach Israel und Japan den geringsten Einkommenszuwachs im untersten Zehntel der Einkommen zu verzeichnen. Er betrug zwischen den 1980er und 2000er Jahren gerade 0,1 Prozent. Im Durchschnitt der OECD waren es 1,4 Prozent. Dies war die Situation vor der Finanz-, Banken- und Schuldenkrise, die seit dem Kollaps der Lehmann Brothers im September 2008 die Weltwirtschaft beherrscht.

Die Finanzkrise fügt der bereits zunehmend schiefen Verteilungssituation der letzten zwanzig Jahre noch die Folgen einer höheren Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung (in Folge

¹ Richard Lambert, <http://blogs.ft.com/the-a-list/2011/11/15/its-camp-is-gone-but-the-occupy-movement-will-grow/#axzz1dsmZkzGB>, 15. November 2011.

TABELLE 1. HOUSEHOLD INCOMES INCREASED FASTER AT THE TOP

Trends in real household income by income group, mid-1980s to late 2000s

	AVERAGE ANNUAL CHANGE, IN PERCENTAGES		
	Total population	Bottom decile	Top decile
Australia	3,6	3,0	4,5
Austria	1,4	0,4	1,6
Belgium	1,0	1,7	1,5
Canada	1,1	0,9	1,6
Chile	1,5	2,5	1,0
Czech Republic	2,7	1,8	3,0
Denmark	1,0	0,7	1,5
Finland	1,8	1,3	2,7
France	1,2	1,6	1,3
Germany	0,9	0,1	1,6
Greece	2,1	3,4	1,8
Hungary	0,6	0,4	0,6
Ireland	4,7	4,5	3,7
Israel	1,7	-1,1	2,4
Italy	0,8	0,2	1,1
Japan	0,3	-0,5	0,3
Luxembourg	2,3	1,8	2,8
Mexico	1,4	0,8	1,7
Netherlands	1,4	0,5	1,6
New Zealand	1,5	1,1	2,5
Norway	2,3	1,4	2,7
Portugal	2,2	2,4	2,3
Spain	3,7	6,0	3,0
Sweden	1,8	0,4	2,4
Turkey	0,5	0,8	0,1
United Kingdom	1,9	0,9	2,1
United States	1,3	0,5	1,9
OECD-29	1,7	1,4	2,0

Note: Income refers to disposable household income, corrected for household size and deflated by the consumer price index (CPI). Latest year refers to 2008, except for Czech Republic, Denmark, Finland, Hungary, Luxembourg, Turkey (2007); Chile, Japan (2006); and Austria, Belgium, Ireland, and Spain (2000). Earliest year refers to 1985, except for Austria, Belgium, Sweden (1983); France, Italy, Mexico, (1984); Finland, Luxembourg, Norway (1986); Ireland (1987); Greece (1988); Hungary (1991); Czech Republic (1992); Australia, Portugal (1995). Information in data for Israel: <http://dx.doi.org/10.1787/888932315602>.

Quelle: OECD Income Distribution and Poverty Database.

von Konjunkturprogrammen und Bankenrettung) und ein niedrigeres Wachstum hinzu. Was sind die Folgen? Eine weitere Verschärfung ungleicher Einkommensverhältnisse. Nur das oberste ein Prozent geht wiederum recht ungeschoren aus der Finanzkrise hervor. In Großbritannien hatten die Vorstände der FTSE 100-Unternehmen 2010 eine Gehaltserhöhung von durchschnittlich 49 Prozent zu verzeichnen.² Im gleichen Zeitraum stiegen die durchschnittlichen Gehälter um 2,3 Prozent und die Aktienkurse der FTSE 100-Firmen um 4,5 Prozent. Und die Gehaltserhöhung folgte der aus dem Jahr 2009, in dem die Vorstandsvergütung bereits um 55 Prozent stieg. In Deutschland stiegen die Gehälter der Vorstandsmitglieder der Dax-Unternehmen 2010 um 20 Prozent.³

² <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/3438c73c-00b1-11e1-930b-00144feabdc0.html#axzz1cbTfp3CU>

³ http://www.focus.de/finanzen/boerse/aktien/dax-vorstandsgehaelter-top-manager-verdienen-20-prozent-mehr_aid_643664.html

Mittelfristig wird uns die Finanzkrise eine weitere Verschärfung der Verteilungslage bescheren. Aus Untersuchungen der Finanzkrisen in Lateinamerika und Südostasien in den 1990er Jahren ist bekannt, dass sich Finanzkrisen negativ auf den Anteil der Arbeitseinkommen am Bruttosozialprodukt auswirken. In den großen Finanzkrisen Lateinamerikas und Asiens der letzten 25 Jahre führten die Finanzkrisen regelmäßig zu einem starken Absinken des Anteils der Arbeitseinkommen am Bruttosozialprodukt, das im nachfolgenden Konjunkturzyklus nur zum Teil wieder ausgeglichen wurde (Diwan 1999). Deutlich merkbar wurde das bereits mit den Einbußen von Beschäftigten im öffentlichen Sektor, aber auch durch die niedrigen Tarifabschlüsse in den letzten Jahren. Wir können daher damit rechnen, dass auch in dieser im Vergleich weit umfassenderen Finanzkrise als die regionalen Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte eine weitere Umverteilung von niedrigeren zu höheren Einkommen stattfinden wird.

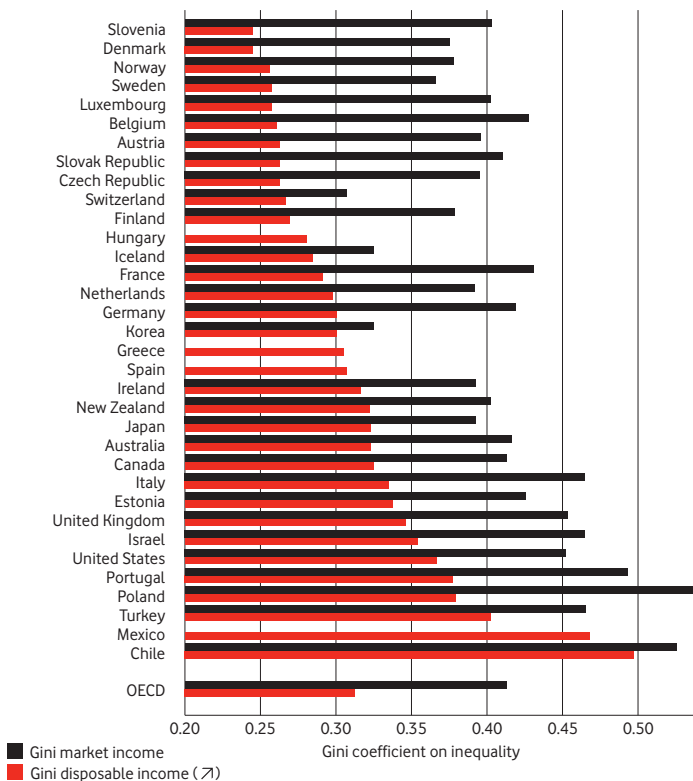
Diese Umverteilung findet noch dazu in einem Umfeld statt, in dem sowohl Gewerkschaften und Tarifverhandlungen heute schwächer sind als früher als auch Sozialausgaben oder öffentliche Dienstleistungen diese Einkommenseinbußen nicht kompensieren können. In den meisten Ländern der OECD wird

die Ungleichverteilung der Markteinkommen durch eine massive umverteilende Intervention des Staates über Steuern und Transfers ausgeglichen (→ GRAFIK 2). Dabei gilt, dass es eine positive Korrelation zwischen der Verteilung von Markteinkommen und der Verteilung der Einkommen

Diese Umverteilung findet noch dazu in einem Umfeld statt, in dem sowohl Gewerkschaften und Tarifverhandlungen heute schwächer sind als früher als auch Sozialausgaben oder öffentliche Dienstleistungen diese Einkommenseinbußen nicht kompensieren können.

GRAFIK 2. MARKET INCOMES ARE DISTRIBUTED MUCH MORE UNEQUALLY THAN NET INCOMES

Inequality of market income and disposable (net) income in the OECD area, working-age persons, late 2000s



Note: OECD average excludes Greece, Hungary, Mexico and Spain (no data on market incomes are available for these countries). Countries are ranked in increasing order of disposable income inequality. Data refer to the working-age population.

Information on data for Israel: <http://dx.doi.org/10.1787/888932315602>.

Quelle: OECD (2011), forthcoming.

nach Steuern und Transferleistungen gibt. Mit anderen Worten: dort wo die Markteinkommen bereits relativ gleich verteilt sind, findet zudem mehr Umverteilung durch den Staat statt. Die Verschuldungskrise reduziert die Handlungsalternativen der öffentlichen Hand zur Umverteilung durch Steuern und Sozialleistungen. Der wesentliche Effekt der Finanzkrise für die Verteilung von Einkommen ist daher ein doppelter: Die entwickelten Industrieländer haben in den letzten zwei Jahrzehnten nicht nur eine massive Ungleichverteilung erlebt, sondern werden auch noch mehr davon sehen.

Warum ist die zunehmende Schieflage der Einkommensverteilung problematisch? Sieht man nicht an den Beispielen Großbritanniens und der USA, dass entwickelte Länder problemlos mit größerer Ungleichheit umgehen können? Die Befürworter von einer ungehemmt marktbestimmten Einkommensverteilung argumentieren gerne im Sinne einer größeren sozialen Durchlässigkeit durch Marktprozesse, da hohe Einkommensunterschiede größere Anreize bieten, sich durch harte Arbeit und Investitionen in Ausbildung ein hohes Einkommen zu verdienen (siehe auch den Beitrag von Gerhard Schwarz zu dieser Tagung). Sind die ungleicheren Länder nicht vielleicht auch die dynamischeren?

Man muss nun nicht auf die recht mechanisch argumentierende Untersuchung von Kate Pickett und Richard Wilkinson zurückgreifen, um die Vorteile einer gleicheren Verteilung zu sehen (Pickett und Wilkinson 2010). Die beiden Autoren haben eine ganze Reihe von Korrelationen zwischen Mustern der Einkommensverteilung und verschiedenen Indikatoren sozialer und gesundheitlicher Probleme zusammengestellt. Der Befund ihres Buches ist intuitiv überzeugend. Ein hohes Maß an Ver-

teilungsgerechtigkeit wirkt sich positiv auf die Gesellschaft als Ganzes aus; die durch Armut und Ungleichheit erzeugten gesundheitlichen und sozialen Probleme sind in solchen Gesellschaften geringer, wo die Verteilung gerechter ist. Die in dem Buch behandelten Probleme umfassen soziale Desintegration, psychische und physische Erkrankungen, niedrige Lebenserwartung, mangelhafte Bildung, Gewalt, Drogenkonsum, Überbelegung der Gefängnisse, mangelnde soziale Mobilität, fehlende Möglichkeit sozialen Aufstiegs, Zukunftsverlust und Apathie. Sie sind allesamt mit der Verteilungsgerechtigkeit auf einfache Art und Weise korreliert. Nach Angaben der Autoren können sie durch Umverteilungsmaßnahmen bekämpft werden. Die Autoren reflektieren jedoch nicht, inwieweit die betrachteten Korrelationen nicht vielleicht auf eine dritte Variable zurückzuführen sind, die sowohl ein höheres Maß an Verteilungsgerechtigkeit als auch ein geringeres Maß an sozialen und gesundheitlichen Problemen verursachen. Solche dritte Faktoren können zum Beispiel Zuwanderung, aber auch wirtschaftliche oder politische Institutionen sein.

Klar ist jedoch, dass man im Umkehrschluss auch nicht annehmen kann, dass hohe Ungleichheit automatisch per Anreizfunktion zu mehr Chancengleichheit führt. Auch wenn viele Menschen in den USA hart arbeiten, um auch zu den Einkommensmillionären zu gehören, schaffen es in der Realität vergleichsweise wenige. Vielmehr sind gerade die USA und Großbritannien die Länder, in denen die intergenerationale Mobilität vergleichsweise gering ausgeprägt ist (Blanden, Gregg, Machin 2005). Dies gilt besonders im Vergleich zu Skandinavien und Kanada, aber auch im Vergleich zu Deutschland. Im Zeitverlauf ist zudem mit zunehmender sozialer Ungleichheit auch

die intergenerationale Mobilität in Großbritannien gesunken. Der wichtigste Faktor für eine sinkende Mobilität ist der zunehmende Zusammenhang zwischen Familieneinkommen und Bildungserfolg. Die Öffnung und Expansion der tertiären Bildung kam den Mittelschichten überproportional zugute. Das Familieneinkommen während der Kindheit hat einen unabhängigen Effekt auf die Bildungserfolge eines Kindes und reflektiert nicht nur andere Aspekte zwischen Familien.

Im Vergleich zu anderen kontinentaleuropäischen Ländern schneidet Deutschland jedoch im Hinblick auf intergenerationale Mobilität vergleichsweise schlecht ab. In Deutschland hindert die starke Berufsorientierung Kinder aus der unteren Mittelschicht am Aufstieg wie auch die Vorsortierung der Schulabschlüsse durch eine frühe Selektion in der Schule (Pollak 2010). Beides hat vordergründig mit der Verteilungsgerechtigkeit wenig zu tun. Auf den zweiten Blick betrachtet kann gerade das deutsche Beispiel illustrieren, wie sehr Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit miteinander verknüpft sind. Gerade in einem System, das in der Vergangenheit sehr stark auf die berufliche Bildung und ein hohes Maß an sehr spezifischen beruflichen Qualifikationen orientiert war, ist die Verteilungsdimension ein wichtiger Indikator für den Wert von Qualifikationen.

In dem Maße wie berufliche Qualifikationen, die über berufliche Ausbildungssysteme erworben werden, im Vergleich zu tertiären Qualifikationen zurückfallen und Durchschnittsgehälter stagnieren, während Akademikereinkommen steigen; in dem Maße werden Haupt- und Realschüler ihr Interesse an einer beruflichen Ausbildung verlieren. Wenn der Schritt von einer qualifizierten Beschäftigung, zum Beispiel im Friseurhandwerk,

zu einem Einkommen auf der Basis von Hartz IV minimal und der Schritt vom Einkommen einer Friseurin zu dem eines Ministerialrats oder Bankangestellten beträchtlich ist, dann werden weniger Schulabsolventen eine Ausbildung im Friseurhandwerk anstreben. Wenn ihnen gleichzeitig keine Ausbildung im Bankengewerbe oder ähnlich aufstiegsorientierten Branchen offen steht, werden sie zunehmend in den sozialen Transferleistungen landen. Mit anderen Worten: Gerade die Bildungssysteme solcher Länder mit einer ausgesprochenen Fokussierung auf mittlere (berufliche)

Qualifikationen leiden besonders unter der sich öffnenden Verteilungsschere. Das betriebliche Ausbildungssystem ist jedoch gleichzeitig ein wesentlicher Stützpfeiler unserer industriebasierten Exportökonomie, ohne das sie nach der Ansicht vieler nicht so wettbewerbsfähig wäre wie sie es derzeit ist.

Der Denkfehler in der Debatte um Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit liegt daher darin, zu übersehen, dass beides eng miteinander verknüpft ist und zudem beides fester Bestandteil einer fortschrittlichen Politik sein muss. Ein Umdenken von Verteilungsgerechtigkeit zu Chancengleichheit setzt neben umfassenden öffentlichen Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung ein Mindesteinkommen und die Vermeidung von Armut voraus. Armut ist wiederum eng geknüpft an Verteilungsgerechtigkeit. Zunehmende Ungleichheit beschneidet die politische und soziale Möglichkeit der Chancengleichheit.

Das zeigt sich auch an der jüngsten Entwicklung im Bereich der Geringverdiener. Der Anstieg armer Haushalte in

Ein Umdenken von Verteilungsgerechtigkeit zu Chancengleichheit setzt neben umfassenden öffentlichen Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung ein Mindesteinkommen und die Vermeidung von Armut voraus.

Deutschland ist nicht wirklich überraschend, da mit den Zuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II eine Form des Kombilohns eingeführt wurde, ohne jedoch eine Mindestlohngrenze einzuziehen. Für viele Geringqualifizierte und deren Arbeitgeber ergibt eine Kombination von sehr niedrigen Löhnen, geringen Arbeitsstunden und gleichzeitigem Transfereinkommen ein sinnvolles Paket. Damit bringt man viele Menschen in Arbeit, wenn auch zum Preis der Subventionierung durch den Steuerzahler.

Das Problem der Konstruktion ist jedoch, dass für die Betroffenen die Chance, aus der Niedriglohnfalle herauszukommen, sehr klein ist. Die Abgabenquote für Geringverdiener in Vollzeitbeschäftigung ist mit 36 Prozent mit Abstand die höchste in der OECD (Hassel und Schiller 2010). Von einem Kombieinkommen mit hohem Transferbezug zu einem ausreichenden Nettoeinkommen ohne Transfer zu kommen, ist für viele Geringqualifizierte nahezu unmöglich. Und so lange jemand im Transferbezug ist, gibt es kaum legale Möglichkeiten, eigenes Vermögen aufzubauen.

In der Folge verfestigen sich Transferbezugskarrieren – wie früher die berühmten Sozialhilfebezieher in der dritten Generation – mit dem Unterschied, dass es heute viel mehr davon gibt. Für deren Kinder sieht es aber mit der Chancengleichheit schlecht aus. Kinder armer Familien tragen die Armut mit sich, selbst wenn sich die schulische und frühkindliche Betreuung und Versorgung deutlich verbessern würden.

Was folgt daraus für die Diskussion über Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit in Deutschland? Wer bei des aus prinzipiellen Überlegungen ablehnt, landet über kurz oder lang bei einer Gesellschaft, die nicht nur mit gesellschaftli-

chen und gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hat, sondern untergräbt auch die wirtschaftliche Basis einer hochindustrialisierten Volkswirtschaft, die ihren Wohlstand durch ein hohes Bildungsniveau ihrer Bevölkerung erwirtschaftet.

Verteilungsgerechtigkeit ist damit ein Mittel zum Zweck zur Erreichung von sozialer Mobilität, sozialer Kohäsion, ökonomischer Produktivität und Wachstum. Die Forderung nach einem größeren Maß an Verteilungsgerechtigkeit beziehungsweise der Wiederherstellung einmal erreichter Verteilungsgerechtigkeit ist weder einem Neiddiskurs noch traditionellem Denken geschuldet. Vielmehr ist die Kombination aus einer beschleunigten Globalisierung, dem technologischen Wandel in einer entgrenzten Wirtschaft und einer beständigen Schwächung von Regulierungen und sozialen Akteuren ursächlich für eine schiefe Verteilungslage, der durch gezielte politische Intervention begegnet werden sollte. Dabei ist die Motivation einer verteilungsgerechteren Politik sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Politisch lassen sich viele von der Bevölkerung als positiv erachtete gesellschaftliche Anliegen wie Gesundheit und soziale Kohäsion durch eine höhere Verteilungsgerechtigkeit erreichen. Wirtschaftlich sind es die Anreizwirkungen anständiger Löhne für vernünftige Qualifikationen, die heutige Jugendliche und Schulabsolventen dazu bewegen, mehr in ihre Schulbildung zu investieren.

Politisch lassen sich viele von der Bevölkerung als positiv erachtete gesellschaftliche Anliegen wie Gesundheit und soziale Kohäsion durch eine höhere Verteilungsgerechtigkeit erreichen.

Je mehr Verteilungsgerechtigkeit bereits am Markt erreicht werden kann, desto einfacher ist es, weitere Schritte zu einer gleicheren Einkommensverteilung zu erzielen. Daher gehören

Es gibt keine normative Rechtfertigung dafür, dass die Gehälter von Vorstandsvorsitzenden und einfachen Mitarbeitern um mehr als das Hundertfache voneinander abweichen.

Lohnstrukturen und Lohnanpassungen als Allererstes auf den Prüfstand, um eine weitere Polarisierung von Einkommen zu begrenzen. Der Mindestlohn, von dem mittlerweile alle politischen Parteien überzeugt sind, ist ein Schritt in diese Richtung. Eine

Stärkung der Tarifpolitik in den schwach organisierten Dienstleistungssektoren gehört ebenso dazu. Ein weiterer Schritt ist die Entlastung von Arbeitseinkommen von hohen Sozialabgaben. Das dadurch erreichte höhere Nettoeinkommen in vielen Sektoren der Dienstleistungsökonomie kann sowohl die Schiefelage in der Verteilungsgerechtigkeit korrigieren als auch zusätzliche Anreize für bessere Bildungsleistungen der Haupt- und Realschüler darstellen.

Das Ziel einer höheren Verteilungsgerechtigkeit aufzugeben, wäre ein fataler Fehler für eine progressive politische Agenda. Es gibt keine normative Rechtfertigung dafür, dass die Gehälter von Vorstandsvorsitzenden und einfachen Mitarbeitern um mehr als das Hundertfache voneinander abweichen. Es ist auch kein Ergebnis von neutralen Marktprozessen, sondern bedurfte massiver gesellschaftlicher und politischer Intervention, um bei der Bevölkerung akzeptabel zu sein. Man sollte in den nächsten Jahren wieder den Mut zum gesellschaftlichen Ausgleich von Einkommen finden, um den für die weitere Globalisierung erforderlichen gesellschaftlichen Konsens zu schützen. Die Skandinavier haben es uns vorgemacht. Es kann gelingen.

Literatur

Blanden, Jo, Paul Gregg, Stephen Machin (2005): *Intergenerational Mobility in Europe and North America. A Report Supported by the Sutton Trust, April.*

Diwan, Ishac (1999): *Labor Shares and Financial Crises. The World Bank Preliminary Draft, November.*

Eichhorst, Werner, Paul Marx, Eric Thode (2010): *Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit. Benchmarking Deutschland: Befristete und geringfügige Tätigkeiten, Zeitarbeit und Niedriglohnbeschäftigung.* Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Hacker, Jacob und Paul Pierson (2010). *Winner-Take-All Politics: How Washington Made the Rich Richer – and Turned Its Back on the Middle Class.* Simon & Schuster, New York.

Hassel, Anke, Christof Schiller (2010): *Der Fall Hartz IV. Wie es zur Agenda 2010 kam und wie es weitergeht.* Campus Verlag, Frankfurt/Main.

OECD (2011): *Tackling Inequality. Growing Income Inequality in OECD Countries: What Drives it and How Can Policy Tackle it?* Forum, 2 May 2011, Paris.

Pollak, Reinhard (2010): *Kaum Bewegung, viel Ungleichheit. Eine Studie zu sozialem Auf- und Abstieg in Deutschland.* Im Auftrag und herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

Schwarz, Gerhard (2011): *Zwischen gesellschaftlicher Dynamik und sozialem Ausgleich*. Beitrag zum Fachgespräch der Heinrich-Böll-Stiftung, September 2011, Berlin.

Wilkinson, Richard, Kate Pickett (2010): *„Gleichheit ist Glück“*. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Aus dem Englischen von Edgar Peinelt u. Klaus Binder. Tolkemitt Verlag bei Zweitauseins, Berlin.

Are We Headed Toward a Permanently Divided Society?

von Isabel Sawhill

Abstract

The question addressed in this brief is whether rising inequality affects mobility. My answer is that, at current levels of inequality in the U.S., it likely does. However, this answer is qualified in several ways. First, there is not yet sufficient data to definitively prove the point. Second, rising income inequality has been partly caused by changes in education and in family structures that are, along with income disparities, important drivers of the mobility process. Any response to rising inequality that did no more than redistribute income would not by itself do much to promote mobility. Instead, a combination of government policies and changes in behavior that will improve education, reward work, and strengthen families while also maintaining a basic safety net for those at the bottom is needed. Without such changes the U.S. may well become a permanently divided society.

U.S. Attitudes on Inequality

The concentration of income and wealth in the U.S. has reached levels we have not seen since the late 1920s. The Congressional Budget office reports that incomes after taxes and transfers, adjusted for inflation, almost quadrupled (275 percent) for the top one percent between 1979 and 2007. By contrast, incomes for the next 19 percent rose by 65 percent; income for the middle 60 percent rose by 37 percent; and incomes for the bottom 20 percent rose by only 18 percent.

Despite this evidence of growing disparities there has been little public outcry. Why have Americans been so complacent about high levels of inequality? There are undoubtedly a variety of reasons. Until the Great Recession, incomes were growing, albeit modestly, credit was widely available to shore up living standards, and the great majority of the population enjoyed a standard of living that would be the envy of the rest of the world. Moreover, individuals increasingly live in communities that are geographically isolated from each other and growing economic segregation, best captured by the spread of gated communities, affords little opportunity to witness how others are doing.

True, the Occupy Wall Street movement and growing media attention to the facts may be changing this. A Pew Research Center Survey in early 2012 showed that two-thirds of the public believes that there are very strong or strong conflicts between the rich and the poor – an increase of 19 percentage points just since 2009. But the survey also showed that attitudes about why people are rich or poor have not changed and that these attitudes are distinctively American.

Americans believe that where individuals end up in the economic game – who wins and who loses – is the result of hard

Because differences in income in the U.S. are believed to be related to skill and effort and because social mobility is assumed to be high, inequality seems to be more acceptable than in Europe while safety nets and regulatory protections are less robust.

work and ingenuity. In Europe, by contrast, people believe that luck, family connections, circumstances of birth, and corruption are more important determinants of success. The proportion of people in the U.S. that believes that people get rewarded for their effort (61 percent),

for example, is dramatically higher than the median proportion (36 percent) that believes this in other advanced countries.

Because differences in income in the U.S. are believed to be related to skill and effort and because social mobility is assumed to be high, inequality seems to be more acceptable than in Europe while safety nets and regulatory protections are less robust. The U.S. Census Bureau finds that in the U.S., the Gini index for households (a measure of inequality that is equal to zero when incomes are equally distributed and equal to one when a single household has all of the income) was 0.47 in 2008. Eurostat found that the same index was 0.31 for Europe.

The bottom line is that Americans believe they live in a meritocracy. Economists Alberto Alesina and Rafael Di Tella (both of Harvard University), and Robert MacCulloch of Imperial College London find that in Europe, the reported happiness of the less affluent is more negatively affected by inequality than in the U.S. The authors argue that the perception of higher levels of mobility in the U.S. might explain such differences.

But this set of American beliefs could begin to erode. A 2011 Gallup poll found that only 44 percent of Americans believe that the next generation will have a better life than their parents, which is the lowest proportion since the question was

first asked in 1983. The Occupy Wall Street movement, and the attention it has received, could be interpreted as a growing unease not just about inequality but about the fairness of the system that produced it. If more and more people feel that the deck is stacked against them, that just a small group gets all the good cards, and that our political system has been corrupted by the concentration of money in the hands of a few, they are likely to become increasingly dissatisfied with the status quo.

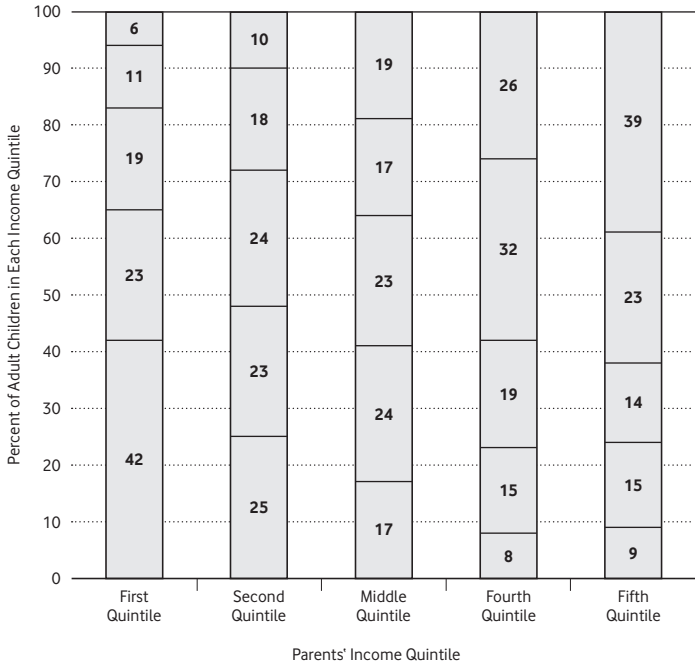
For now, however, American beliefs in the fairness of the system appear to be reasonably intact. This sense of opportunity has been the glue that has helped to make the American experiment work. Studies have noted that altruism depends, to some extent, on the ability of the donor to identify with the recipient. Put differently, a sense of community is selective. It depends not only on the perceived causes of someone else's good or bad fortune but on group ties or solidarity, which are harder to create in a large ethnically and racially diverse country such as the U.S. in comparison to the smaller and somewhat more homogeneous societies of Europe. America has been helped in this task by a shared commitment to the idea of opportunity and upward mobility. But are such beliefs warranted?

If more and more people feel that the deck is stacked against them, that just a small group gets all the good cards, and that our political system has been corrupted by the concentration of money in the hands of a few, they are likely to become increasingly dissatisfied with the status quo.

Still the Land of Opportunity?

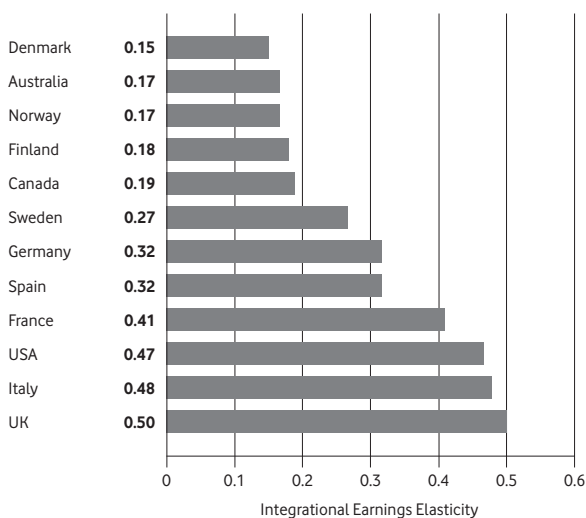
There is now good data suggesting that people do move up and down the ladder, both over their careers and between generations, but that it helps if you have the right parents. Although children born into middle income families have a roughly equal chance of moving up or down the ladder once they become adults, those born into rich or poor families have a much higher probability of remaining rich or poor as adults. Roughly 40 percent of those born into the bottom or the top quintile of the income distribution will remain in that same quintile when they become adults (→ **FIGURE 1**). Moreover, the U.S. has less intergenerational mobility than some other advanced nations, especially the Nordic countries where inequality is also much lower than in the U.S. (→ **FIGURE 2**).

FIGURE 1: FAMILY INCOME OF ADULT CHILDREN, BY PARENTS' FAMILY INCOME



Source: Julia B. Isaacs, Isabel V. Sawhill, and Ron Haskins, *Getting Ahead or Losing Ground: Economic Mobility in America* (The Brookings Institution and The Pew Economic Mobility Project, 2008), Figure 4, p. 19.

FIGURE 2: DEPENDENCE OF SON'S EARNINGS ON FATHER'S EARNINGS



Source: Anna Cristina D'Addio, "Intergenerational Transmission of Disadvantage: Mobility or Immobility across Generations? A Review of the Evidence for OECD Countries" (Working Paper No. 52, OECD, Paris, March 2007).

Note: A lower level of earnings dependence between fathers and sons equates with a higher level of intergenerational mobility.

Studies of whether intergenerational mobility has increased or decreased in the U.S. in recent decades along with rising inequality have come to quite different conclusions, with some suggesting it has decreased and some suggesting it has remained roughly constant (no study has found an increase in mobility that might have compensated for the increase in inequality). Our ability to measure these trends is constrained by the fact that there is not yet data on the adult incomes of the youngest generations who were born during the 1980s and 1990s when inequality was growing rapidly, especially at the top of the distribution. It's also worth noting that we do not have data on the experiences of first-generation immigrants for whom upward mobility is undoubtedly high if they came from a poor country.

Although there is limited evidence that mobility has declined in recent decades, some studies suggest that it has, especially among men. One very interesting study by economist Bhashkar Mazumder of the Federal Reserve Bank of Chicago finds that the correlation between the adult earnings of brothers has grown over time. Since brothers share the same family environments as well as genetic endowments, but since genetic endowments cannot have changed much over a short period, these rising correlations suggest that family environments are becoming more powerful predictors of where children end up as adults.

The hard truth is that the U.S. has less opportunity than the public believes and less than in some other advanced countries. It may also have less opportunity now than in some earlier periods of our history, although without better and more recent data it is difficult to be sure about the trend. However, as I argue

below, there are good reasons to suspect that very high levels of inequality will reduce mobility over time and produce a still more stratified society. It is these more dynamic considerations that can lead to a cumulative process of increasing stratification that should especially concern us.

More Inequality, Less Mobility?

With the rungs of the ladder now further apart in the U.S. than in decades, it is important to understand how inequality may affect mobility over time. I believe this relationship may be U-shaped. Up to a certain point, more inequality produces more mobility because it encourages people to try harder to climb the ladder. However, after some point it can have a negative effect if the rungs of the ladder move too far apart. We then enter a vicious cycle in which inequality breeds less mobility, and less mobility produces greater stratification—a hardening of class lines. Moreover, the new face of inequality—one that is increasingly characterized by disparities in education and family structure as well as income—has implications for children's future prospects and thus for the chances that inequality will persist into the future. That the rungs of the economic ladder are further apart than in the past is beyond dispute. But that they may also be harder to climb than in the past is even more worrisome.

Up to a point unequal rewards for performance may provide a greater incentive for people to get a good education, work hard, and be successful on the job. This thesis about the positive effects of inequality, and the magnitude of such effects, are much debated. Reviewing all of the empirical evidence relating to this debate is beyond the scope of this brief but three points

are worth making. First, the effects of progressive taxation are almost certainly nonlinear. That is, a top tax rate of 90 percent (a rate that actually existed in the U.S. for a period of time) has a very different effect than a top tax rate of 35 or even 50 percent. Second, the effects of any marginal tax rate may be largest when incomes are low rather than high, and some of the highest implicit marginal tax rates are imposed on low-income families when they lose government benefits as their earned income rises. Raising taxes on high-income families but lowering them on those with lower incomes could be a good mobility-enhancing strategy. Finally, if we want to encourage mobility, we should adopt policies that condition assistance on mobility-enhancing behaviors. Examples are the Earned Income Tax Credit, which encourages work, and excise taxes (for example, on tobacco) that encourage healthier life styles. These kinds of policies are often viewed as paternalistic. But if much human behavior is the result of self-defeating or mobility-retarding behaviors, paternalistic policies may be called for. In *Creating an Opportunity Society*, Ron Haskins and I show that if people do just three things — graduate from high school (at a minimum), work full-time, and delay having children until after marriage — the proportion of people who could achieve a middle class income would increase from 56 to 74 percent.

If we want to encourage mobility, we should adopt policies that condition assistance on mobility-enhancing behaviors. Examples are the Earned Income Tax Credit, which encourages work, and excise taxes (for example, on tobacco) that encourage healthier life styles.

Although the incentives inherent in an unequal society can work up to a point, too much inequality can also retard mobility, especially if it involves not just income but all of the

things that are correlated with income. Imagine two groups of children. One group is poor. They live in homes with one parent, few educational resources, harsher discipline, and more stress. They live in troubled neighborhoods and go to inferior schools. They lack the contacts and knowledge of the world that would enable them to compete for good jobs with career paths that lead to higher earnings over time. In contrast, their more affluent peers have many advantages. Their parents emphasize learning and self control at an early age, and can afford expensive universities and lucrative career contacts later in life. Education, family structure, parenting styles, peer groups, and subgroup culture all contribute to inequality of opportunity. What's clear is that these factors tend to go together—more than was true in the past. What we are seeing is a concentration of low income, little education, and fractured families at the bottom and high income, lots of education, and two-parent families at the top.

In the case of education, returns have risen sharply as the demand for skilled workers has outpaced the supply in recent decades. Thus, if we ranked today's parents by their income or earnings ability we would also be ranking them, as a first approximation, by their education level. Yes, there are PhDs driving taxi cabs or operating ski lifts and there are high school dropouts who have gone on to become highly paid executives, but the general tendency of earnings to rise sharply with education—and more sharply than in the past—is well-documented.

If we were looking for another variable to rival education in explaining rising income disparities, it would be family structure. Those at one tail of the distribution are disproportionately single parents and those at the other tail are mostly married

parents. My research with Adam Thomas of Georgetown University (formerly of Brookings) shows that the decline in marriage rates since the 1970s has had a very large effect on the proportion of children living in poverty. Gary Burtless of Brookings has shown that changes in the family, including the tendency of educated adults to marry one another, as well as changes in family composition, can explain more than a third of the increase in income inequality since 1979. Indeed, what is striking is the extent to which family structure and education are the new dividing lines between the haves and have-nots in American society. Research by myself, Adam Thomas, and Emily Monea shows that educated women continue to have children within marriage and at older ages. Less educated women have children much earlier, usually outside of marriage, and often before they have completed their schooling. In addition, there are big differences between the two tails of the distribution in the extent to which children are planned, the maturity of their parents at the time of their birth, and the number of siblings with whom they must compete for parental time or other resources. Combine this with the fact that the literature on child development shows that two parents are better than one for a variety of later behavioral and cognitive outcomes, and one can see why bigger income gaps, associated with diverging patterns of family formation, are handicapping the upward mobility of children in lower-income families.

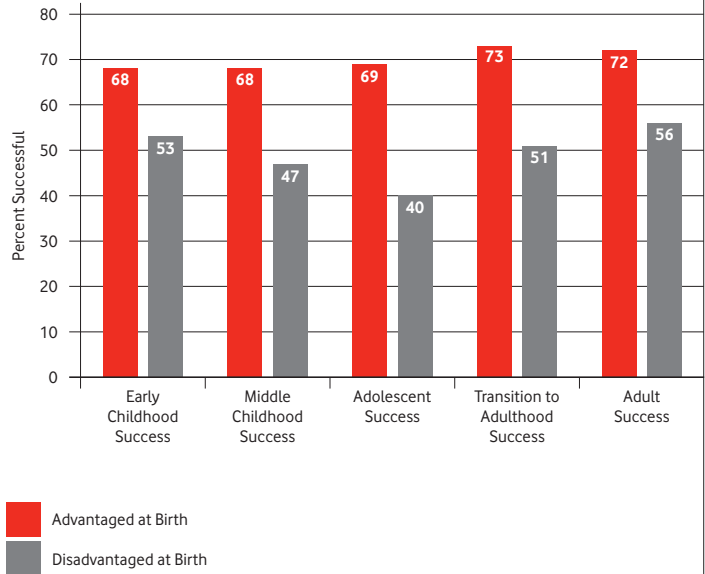
If we were looking for another variable to rival education in explaining rising income disparities, it would be family structure. Those at one tail of the distribution are disproportionately single parents and those at the other tail are mostly married parents.

By focusing so heavily on income inequality in isolation, we have missed what it is about higher income parents that is so beneficial to their children. It is not just their income and the material resources they can provide to their offspring, although these surely matter. It is also their education and their family formation and parenting behaviors that make a difference.

What the Data Show

There is evidence that children growing up in poorer families do less well in school and have less labor market success (although whether poverty alone causes these problems is less certain). In new work done by the Social Genome Project (SGP) at Brookings, disadvantaged children are defined as those born underweight or to a mother who is poor, unwed, or lacking a high school degree. Strikingly, almost half of all American children born in the 1980s and now entering their adult years faced one of these challenges at birth. As shown in **Figure 3**, compared to their more advantaged peers, their chances of later success in elementary school and in high school were adversely affected. From this we project that they will also do poorly in their postsecondary years, which will lower their chances of being middle class by middle age.

FIGURE 3: SUCCESS AT VARIOUS LIFE STAGES, BY ADVANTAGEDNESS AT BIRTH



Source: Tabulations by the Brookings Institution's Social Genome Project.

Notes: "Advantaged at birth" means having family income above the poverty line, married parents, a mother with at least a high school degree, and being born normal birth weight. "Disadvantaged at birth" means failing on at least one of these criteria. Early and middle childhood success are defined as displaying appropriate math and reading skills and having appropriate behavior. Adolescent success is defined as graduating from high school with at least a 2.5 GPA, not being convicted of a crime, and not becoming a parent. Transition to adulthood success is defined as living independently by age 29 and either obtaining a college degree or having an income at least 250% of the poverty line. Adult success is defined as having a family income of at least 300% of the poverty line at age 40, or becoming "middle class by middle age."

Brookings is exploring not only the ways in which children from disadvantaged families succeed at each stage of life compared to their more advantaged peers, but also what might be done to improve their chances. For example, we find that putting all low-income children who are not already enrolled in preschool into a high-quality program would raise their average income at age forty by between \$2,500 and \$7,000 and their lifetime earnings by as much as \$100,000. This and other results from our ongoing research are shown in **Table 1**.

TABLE 1: EFFECTS OF POLICY INTERVENTIONS TARGETING POOR		
Intervention	Increase in Income at Age 40¹ (Upper Bound)	Increase in Lifetime Earnings²
Nurse Family Partnership (nurse home visiting)	\$2,761	\$21,742
Preschool	\$6,906	\$97,472
Success for All (whole school reform program)	\$9,404	\$132,733
Social Emotional Learning Program	\$3,804	\$43,527
Small Schools of Choice	\$4,988	\$70,395

Source: Jeff Diebold, Alex Gold, Kerry Searle Grannis, Stephanie Owen, and Scott Winship, "Policy Interventions to Promote Upward Mobility: Preliminary Results from the Social Genome Model" (working paper, Brookings, Washington, D.C., 2012).

Notes:

1) Using FPL for a family of 4 for 48 contiguous states/DC in 2012, \$23,050.

2) Using family income at age 40, real income growth of 2%, and discount rate of 5%. Calculated from age 23 to 62.

Cross-national evidence reinforces the general view that inequality and social mobility are linked. **Figure 4** shows that nations with the least inequality (for example, the Nordic countries) also have the most intergenerational mobility. At least one academic study, by Dan Andrews of Harvard University and economist Andrew Leigh of Australian National University, used cross-national data and showed that an increase in inequality is associated with lower mobility. After looking at these or similar



data, Alan Krueger, chairman of the Council of Economic Advisers, noted in a speech in January 2012 that, “It is hard to look at these figures and not be concerned that rising inequality is jeopardizing our tradition of equality of opportunity.”

Conclusion

To summarize, income, education, and family structure are all less equally distributed than they were a few decades ago. These inequalities have set the stage for the greater persistence of class in the future. To be sure, it is a class structure partly based on meritocratic principles (for example, educational achievement) and on stable family ties rather than on the inheritance of wealth and connections. But it may also create a self-generating and thus persistent class structure in the absence of government or nongovernmental interventions that change the distribution of educational opportunities and patterns of family formation along with the distribution of income.

A focus on opportunity and mobility instead of poverty and inequality may make sense for at least two reasons. First, Americans believe that they live in a meritocratic society. Although the facts are only partially consistent with this belief, it is a deeply entrenched view, and public opinion polls and attitudinal surveys show that the public is more willing to support investments

in home visiting, education, health, and other opportunity-enhancing programs than they are to redistribute income via taxes and transfers after the fact. Second, government policies and personal behaviors that affect education and family struc-

Government policies and personal behaviors that affect education and family structure are likely to have larger intergenerational effects than those that only affect income.

ture are likely to have larger intergenerational effects than those that only affect income. At the same time, we should not ignore the need to shore up the economic position of the poor and near-poor as this is both easier to do and likely to have some modest effects, especially if whatever assistance is provided is designed to encourage two-parent families, education, and work.

Are We Headed Toward a Permanently Divided Society? was originally published by the Center on Children and Families at the Brookings Institution in Washington, D.C.

The views expressed in this policy brief are those of the author and should not be attributed to the staff, officers, or trustees of The Brookings Institution.

Additional Reading

Alberto Alesina, Rafael Di Tella, and Robert MacCulloch, “Inequality and Happiness: Are Europeans and Americans Different?” *Journal of Public Economics* 88, no. 9–10 (2004): 2009–2042.

Dan Andrews and Andrew Leigh, “More Inequality, Less Social Mobility,” *Applied Economics Letters* 16, no. 15 (2009): 1489–1492.

Samuel Bowles, Herbert Gintis, and Melissa Osborne Groves, eds., *Unequal Chances: Family Background and Economic Success* (Princeton University Press, 2005).

Gary Burtless, “Globalization and Income Polarization in Rich Countries,” *Issues in Economic Policy* no. 5 (Washington, D.C.: The Brookings Institution, April 2007).

Economic Report of the President Together With the Annual Report of the Council of Economic Advisers (Washington, D.C.: United States Government Printing Office, February 2012).

Ron Haskins and Isabel Sawhill, *Creating an Opportunity Society* (Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 2009).

Julia B. Isaacs, Isabel V. Sawhill, and Ron Haskins, eds., *Getting Ahead or Losing Ground: Economic Mobility in America* (Washington, D.C.: The Brookings Institution and The Pew Economic Mobility Project, 2008).

Bhashkar Mazumder, “Fortunate Sons: New Estimates of Inter-generational Mobility in the United States Using Social Security Earnings Data,” *The Review of Economics and Statistics* 87, no. 2 (2005), 235–255.

Isabel Sawhill, “Do We Face a Permanently Divided Society?” in *The Economics of Inequality, Poverty, and Discrimination in the 21st Century*, ed. Robert S. Rycroft (ABC-CLIO, forthcoming).

Isabel Sawhill, Adam Thomas, and Emily Monea, “An Ounce of Prevention: Policy Prescriptions to Reduce the Prevalence of Fragile Families,” *The Future of Children* 20, no. 2 (2010), 133–155.

Adam Thomas and Isabel Sawhill, “For Richer or for Poorer: Marriage as an Antipoverty Strategy,” *Journal of Policy Analysis and Management* 21, no. 4 (2002), 587–599.

Mobility and Social Balance in Comparative Context: How Unequal Are Chances to Give One's Children a Better Life and What Can We Do About It?

von Timothy M. Smeeding

Introduction

Of all the potential consequences of rising economic inequality, none is more worrisome, or more difficult to study, than the possibility that rising inequality will have the long-run effect of reducing equality of opportunity and intergenerational mobility (IGM). The reasoning underlying this worry is straightforward. Families clearly have a strong interest in investing in the future social and economic well-being of their children. Although some of these investments may not require financial resources such as time spent reading to or with a child, many others obviously do – among them, paying for quality childcare and early childhood education, buying books and computers, living in higher-priced neighborhoods with access to good public schools, assisting with college costs, and providing support for young adults to help them get started in their independent economic lives once their education is completed.

As financial resources have become more unequal in most European and Anglo-Saxon countries over the last three decades, the difference in the capacities of rich and poor families to invest in their children also has become more unequal. This change is occurring in a period where relatively more educational investment is needed to meet ongoing labor market changes. It follows that unless these inequities are offset by public policies designed to moderate their effects, the children of the rich will have an increasingly better chance of staying rich in the future, and the children of the poor will have less chance of escaping poverty or low socioeconomic status (SES).

As financial resources have become more unequal in most European and Anglo-Saxon countries over the last three decades, the difference in the capacities of rich and poor families to invest in their children also has become more unequal.

This short paper briefly summarizes the results of two new published volumes (Smeeding, Erikson, and Jäntti 2011; Ermisch, Jäntti, and Smeeding 2012), with an eye on Germany, the United States, and other rich countries. It begins by discussing the concept of an investment in children and summarizing the relationship between social equality and equal opportunities over time and at present, and introducing the concept of IGM to assess the dynamic processes of social development and equality of opportunities and how they differ across nations. The role of parents and the tradeoffs that policy faces in this role is stressed. The paper will also mention some of the differences in outcomes we find according to parental education. We finish with some policies to increase the paths of autonomy and self-administration, privileges, and protective status rights. In the end we must strike a balance between parents' ability to do as best they can for their children and social institutions and their processes that might

provide more equal chances to those less well off, especially children from lower SES backgrounds.

Investments, Inequality, and Intergenerational Mobility (IGM)

Investments in children are a broad topic. An “investment” is a diversion of current resources, such as time or money, from use for immediate consumption of goods and services we value, to activities that pay off in the future in terms of additional resources, including those that benefit our children. A prime example is, of course, education, but many activities that parents carry out on behalf of their children are investments in a similar sense. Some of them may involve a low monetary cost, but require an investment of time, such as undertaking many different types of activities with children (e.g. teaching them to swim, teaching them self-discipline, and reading to them). In engaging in such activities, parents increase their own enjoyment and current well-being as well as benefitting their children in later life. Other child-related activities can be quite costly, such as paying university tuition. And some activities may benefit children in a different dimension than the initial investment. For example, in addition to aiding their cognitive development, parents and schools help socialize children, teach them to behave courteously, provide motivation, and work in a variety of ways to aid their socio-emotional development. These traits may not only pay off in the social and behavioral dimension, but ready them for school so that their cognitive development is enhanced as well. Social and behavioral traits may also be more important for future earnings and jobs as employers may highly value such traits. In economic parlance, there is complementarity between investments in the social (socio-emotional) and cognitive dimensions.

Further, all such investments take place in institutional contexts that provide leeway for parents and governments to influence how effective such investments may be. For instance, universal early childhood education for all children might be especially beneficial for the lowest SES children if all such programs had comparable resources. However, to the extent that the quality of preschools and teachers is subject to neighborhood effects, as in elementary and secondary schooling in many nations, low SES children are likely to be excluded from the best preschools and thereby lessen the equalizing effect of early childhood education. Other childhood investments may also be subject to institutional constraints, nepotism, ability to pay, and co-funding, including home purchases and tuition for colleges and universities.

Universal early childhood education for all children might be especially beneficial for the lowest SES children if all such programs had comparable resources.

Although there is evidence that parental investments in children have become more unequal over the past 30 years in some countries, analysis of the best multi-generational data available in the United States (from the Panel Study of Income Dynamics) does not show a clear decline in IGM between children born in the 1950s and those born in the late 1970s, just before inequality began to rise. Part of the problem may be measurement error. The individuals in the cohort born during the period of rising inequality are only in their early thirties, still a bit too young to provide reliable estimates of lifetime income. Another possibility is that the gradual, thirty-year rise in inequality in the United States and smaller increases elsewhere are still too small to have the types of negative effects suggested by increased economic inequality.

In any case, estimates of IGM are measured in terms of persistence between parental and child rank in societies. Hence, the more mobile societies are the ones with the lowest correlations between parental status and child status once that child becomes an adult. Indeed, most measures of mobility are actually measures of persistence of the younger generation's place in the order of outcomes compared to their parents. So when elasticities are high, the parent-adult child relationship is strongest.

These estimates vary considerably across nations. **Figure 1** presents these data and estimates of error bounds for each country estimate. Error bounds vary by country, but there is a clear pattern of increase as we move from left to right in the picture. Clearly the U.S. estimates, including error bounds, are above many nations, but are within the same bounds as others like Germany and Australia.

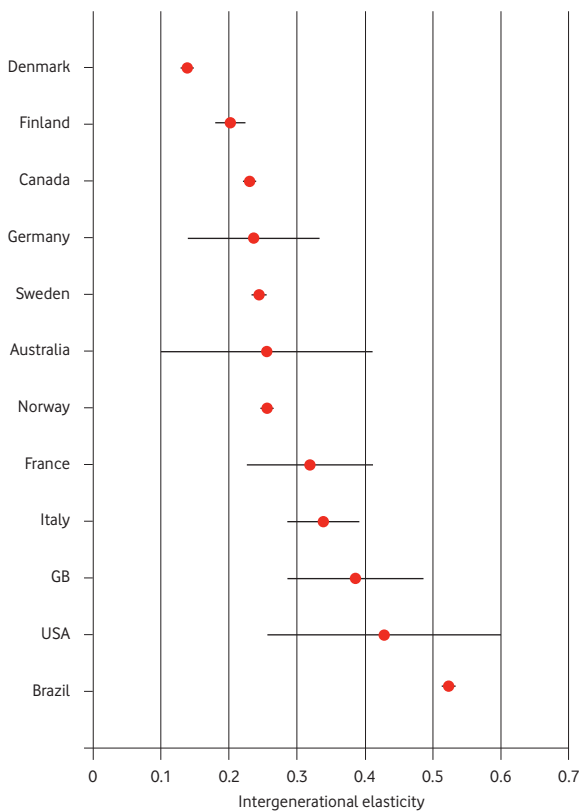
Inequality measures also suggest that inequality is rising in most western nations since the mid-1990s. But there are still clear country rankings with the United States and Canada being highest throughout and the United Kingdom drawing close. Germany clearly has lower inequality than these three, but for most periods the northern European and Scandinavian nations have had the lowest inequality (→ **Figure 2**). Most countries investigated here have higher inequality now than at any time since

the mid-1980s but the rank order of countries by levels of income inequality is about the same now as it was for prior generations.

Of course, it is also possible that the prediction that high inequality leads to low mobility is simply wrong.

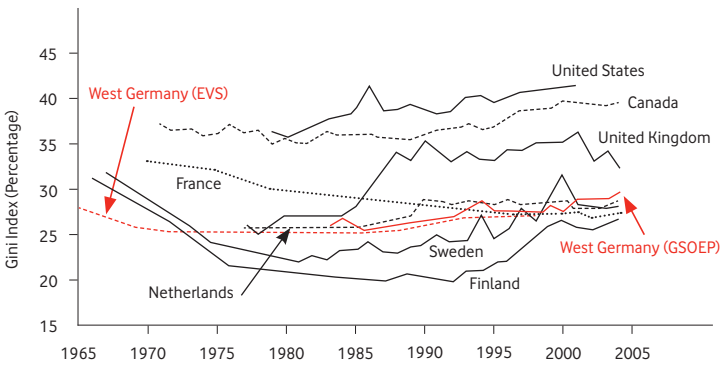
Inequality measures suggest that inequality is rising in most western nations since the mid-1990s. But there are still clear country rankings with the United States and Canada being highest throughout and the United Kingdom drawing close.

FIGURE 1: INTERGENERATIONAL MOBILITY: THE CORRELATION (ELASTICITY) COEFFICIENT RELATING PARENTAL STATUS TO CHILD STATUS



Source: Blanden 2009. The lines give 95 % confidence intervals.

FIGURE 2: GINI INDEX (PERCENTAGE) OF DISPOSABLE INCOME



Source: Brandolini and Smeeding (2009), reproduced with permission.

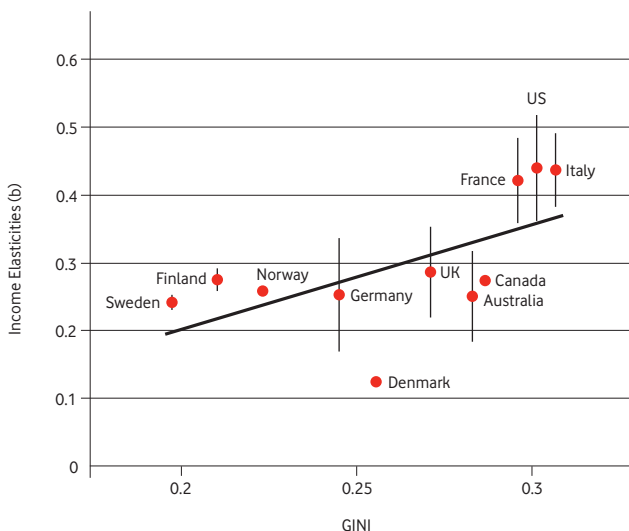
Note: The Gini Index varies from 0, complete equality, to 1, complete inequality;

EVS – Survey of Income And Expenditure; GSOEP – German Socio-Economic Panel

But one compelling reason to doubt this is the recent discovery that the predicted relationship does show up in cross-national comparisons. **Figure 3** portrays the relationship between income inequality (measured by the Gini coefficient for the parents' generation) and IGM. This plot includes eleven industrialized countries where both inequality and IGM measures are now available and demonstrates wide variance in intergenerational mobility across those countries.

As Figure 3 shows, the relationship between inequality and intergenerational elasticity is moderately positive. According to Figure 3 then, higher levels of inequality are clearly associated with

FIGURE 3: ESTIMATES OF INTERGENERATIONAL INCOME ELASTICITIES FOR FATHERS AND SONS PLOTTED WITH GINI COEFFICIENTS FOR ELEVEN DEVELOPED COUNTRIES DURING THE EARLY 1980S.



Data provided by M. Jantti from Figure 20.1, Bjorklund, A., and Jantti, 2009: Intergenerational Income Mobility and the Role of Family Background. In: W. Salverda et al. (eds.), *The Oxford Handbook of Economic Inequality*. Oxford: OUP.

lower rates of mobility – the rank order correlation is 0.62. Although we can't lean too heavily on a regression based on only eleven data points, there are multiple estimates of both inequality and mobility rates in most of these nations, adding credence to the estimates shown in Figure 3. What is most interesting here is that these countries seem to vary a great deal in the degree to which they manage to

attenuate the estimated relationship between inequality and intergenerational mobility. Some countries lie alongside the least squares regression line indicating levels of mobility close to what their levels of inequality might predict (for example, Norway, Germany, and the United Kingdom). Sweden and Finland are low-inequality countries that lie slightly above the regression line, with slightly less mobility than their levels of inequality predict. Denmark shows intermediate levels of inequality but stands out with much higher rates of mobility than expected. Canada and Australia tend to fall between intermediate and high levels of inequality but, like Denmark, also show higher levels of mobility than expected. A final group of countries (Italy, the United States, and France) generally have high levels of inequality and lower levels of intergenerational mobility than one would predict. These relationships are summarized in **Figure 4**.

FIGURE 4: SUMMARY ESTIMATES OF INTERNATIONAL INCOME MOBILITY AND INEQUALITY FOR FATHERS AND SONS FOR ELEVEN DEVELOPED COUNTRIES

	Low Parental Inequality	Medium Parental Inequality	High Parental Inequality
High to Medium Persistence (Low or Medium Mobility)		Germany	France Italy United Kingdom United States
Low Persistence (High Mobility)	Finland Norway Sweden	Denmark	Australia Canada

Source: Author's calculations

If this pattern is real, and not just a matter of random variation around the plotted regression line, it suggests that there may be significant differences in the types and effectiveness of public and private investments and institutions that different countries deploy in their efforts to equalize opportunities across the income distribution. These differences may be due to institutional design. For example, some countries may intervene earlier in the lives of disadvantaged individuals, and early intervention may be particularly effective, as many believe. Or, countries may differ in the sheer size of their social welfare expenditures or in the distribution of expenditures across various areas of social welfare, such as health or education. This could make a difference if expenditures in some areas are more effective than others in promoting mobility, one of the questions this summary paper attempts to address. Finally, the effectiveness of institutions designed to promote mobility may depend in part on the amount of inequality they have to cope with. For example, a universal preschool program may be effective in countries where differences in the private resources available to families are modest. But where family differences are great, they may swamp even a well-designed, well-funded preschool program.

The amount of income available to high- and low-income families with children is also important in determining life chances as high child poverty means less parental economic resources and vice versa for high child incomes. For instance, income inequality is such that in the United States, a family at the 90th percentile has \$51,000 of disposable income per year to spend on each child, compared to \$8,900 per child at the 10th percentile of income. In Germany, the differences are smaller but still large: parents at the 90th percentile can spend \$40,000

(28,000 Euros) per child while at the 10th percentile only \$12,000 (8,400 Euros) is available annually for each child.

Child poverty rates for these countries in the most recent year generally follow the same patterns as do current measures of inequality, where low inequality nations in Scandinavia have low child poverty rates (five percent or below at half the median income poverty level), central Europe with middle rates (10 to 11 percent), Australia and the United Kingdom at about 14 percent and the highest rates in Canada, Italy, and the United States at 17 percent or above.

This makes it all the more interesting to know how countries like Canada with both above average inequality and above average child poverty rates do so well on mobility outcomes. If the ability to invest more in children increases among the rich and declines amongst the poor as inequalities increase, greater inequality may lead to even less mobility. If IGM is driven by cumulative forces of advantage and disadvantage over the life course, mobility outcomes may become worse for the current generation of children because of increasingly higher inequality.

These effects might come about in two ways. First, if the children of higher-SES parents do well in school, they are more likely to attend and graduate college, are better able to rely on parental help as they establish careers, and ultimately will earn more income as the wage distribution rewards higher skilled workers with better earnings.

This pattern of development is a form of 'cumulative advantage' where success begets more success within generations. But there is also the second

To establish between-generation cumulative advantage requires observations from a minimum of three generations. These requirements are generally beyond currently available data, but offer an appealing framework for how one might expect growing economic inequality to affect intergenerational mobility.

possibility that greater inequality increases the SES gradient from one generation to the next, and, if so, this process of cumulative advantage might make an even larger difference across generations. Patterns of cumulative advantage within generations can be established only if SES-related differences are followed across children's lives. To establish between-generation cumulative advantage requires observations from a minimum of three generations. These requirements are generally beyond currently available data, but offer an appealing framework for how one might expect growing economic inequality to affect intergenerational mobility.

Parents

In the research that underlies this summary we find that the role of parents is important at each stage of the life course. Parents will do everything they can for their children, but some parents are clearly richer and or more able than others. The role of policy vis-à-vis parents is a difficult one, as James Fishkin's (1983) trilemma suggests:

He argues that, ideally, society would like to operate according to three interrelated principles:

- 1 Principle of merit:** There should be widespread procedural fairness in the evaluation of qualifications for positions in society (a true "meritocracy" free from nepotism and related unfair influences on jobs, school selection, and so on).
- 2 Equality of life chances:** The prospects of children for eventual positions in society should not vary in any systematic and significant manner with their arbitrary native characteristics, including parental heritage.

3 Autonomy of the family: Consensual relations within a given family governing the development of its children should not be coercively interfered with except to ensure for the children the essential prerequisites for adult participation in society.

These three principles are in conflict as far as most public policies are concerned. It is likely impolitic and inefficient for society to try to limit parental autonomy. It is almost impossible for society to enforce the principle of merit when different SES parents have influence positively or negatively on key life choices. And promoting integrated schools with low and high SES children being instructed together might lead the rich to set up their own system of private and exclusive schools as in the United Kingdom and, to a lesser extent, in the United States.

It is almost impossible for society to enforce the principle of merit when different SES parents have influence positively or negatively on key life choices.

The SES gradient is observable at every childhood stage, explicitly or implicitly, even when getting a job. The parental role is embedded in each gradient and it is unequal. In short, parents will do everything they can to give their children better outcomes—but not

everyone is born to equally talented, equally educated, or equally well off and behaviorally cogent parents. It is therefore in the personal interest of high-SES parents to maintain the status quo, and to even enhance their children's opportunities by making the gradient steeper at each life course stage.

Child Outcomes, Parental SES, and IGM

In the second of our books (Ermisch, Jäntti, and Smeeding 2012), we report the results of a coordinated set of mobility stud-

ies across 10 countries with different levels of inequality. This should be seen as a first step toward understanding how and why mobility is sustained at higher rates in some countries than in others. The conceptual framework for making cross-national comparisons is based on a life course approach, assessing child success at various stages of the life course: birth and pre-schooling, elementary and secondary educational achievement, tertiary schooling, and adult earnings. We expect that the life course approach in a comparative perspective will allow us to see where divergences in outcomes between high- and low-SES children occur in the life cycle and how those differences are related to policies, processes and institutions operating at various life course stages.

We know relatively little about how advantage is transmitted from parent to child, how that transmission varies across the life course, whether it accumulates within generations, and what structural arrangements mediate that transmission.

One reason for these inquiries is that we know relatively little about how advantage is transmitted from parent to child, how that transmission varies across the life course, whether it accumulates within generations, and what structural arrangements mediate that transmission. For instance, a major focus of discussion in the United States in recent years has been the discovery of differences in cognitive and socio-emotional (“non-cognitive”) outcomes during early childhood that are positively correlated with parents’ socioeconomic status. However, there is evidence from a number of other countries that intermediate outcomes after early childhood also have a steep socioeconomic gradient.

FIGURE 5: MODEL OF INTERGENERATIONAL TRANSMISSION OF ADVANTAGE BY LIFE STAGE*.

*It is implicit in the model that outcomes at any life stage can be associated with outcomes at any subsequent life stage.

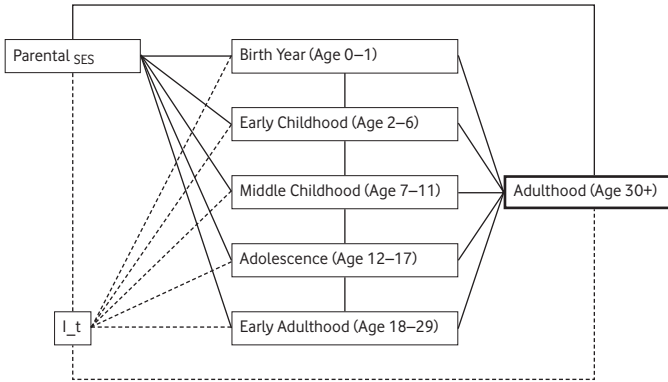


TABLE A. VARIABLE DEFINITIONS AND EXAMPLES OF PROPOSED MEASURES AT DIFFERENT POINTS IN THE LIFE COURSE

Parental Variables (P_{SES})	Education, Income, Earnings, SES, Occupation, Wealth, Employment
Childhood/Early Adulthood Life Stages	Birth Year (C ₀), Early Childhood (C ₁), Middle Childhood (C ₂), Adolescence (C ₃), Early Adulthood (C ₄) Educational Attainment, Cognitive Measures, Socio-Emotional Behavior, Employment/Labor Market, Health/Physical
I_t Data Points	I _t is assumed to be different public and private investments in children's development that vary by country
Adulthood (Age 30+)	SES, Income, Education, Employment/Labor Market Attachment

Source: Erikson, Jäntti, and Smeeding 2012

Our Conceptual Model of Intergenerational Mobility

The conceptual model suggests the different life points in childhood and young adulthood that are crucial to understanding how advantage is transmitted from parents to their children. In **Figure 5** we begin with parents' socioeconomic status (PARENTAL SES). Each subsequent box refers to child outcomes at different stages over the child's life course: the birth year (ages 0–1, or C_0), early childhood (ages 2–6, or C_1), middle childhood (ages 7–11, or C_2), adolescence (ages 12–17, or C_3), early adulthood (ages 18–29, or C_4), and adulthood (ages 30+, or O_A). This same terminology, sometimes using the "C" stages, is common to all papers in our volume.

In this model, it may turn out that some ages are particularly important in understanding how advantage is transmitted. One of these, for example, may be around age eleven in middle childhood, when children move from primary to secondary school in many countries. Another may be at age seventeen or eighteen, as adolescents make the transition to early adulthood. Throughout this model, a host of different 'mobility-relevant' skills, attributes, achievements, and outcomes are measured. These might include differences in outcomes as varied as birth weights or initial health status, cognitive abilities, educational achievement or attainments, or socio-emotional and behavioral outcomes.

Next, and displayed under PARENTAL SES in the model, "Investments_t and Institutions_t" refer to the various public and private investments and institutional contexts that may influence or contribute to differences at each life course stage at the time and age that the child moves through the life course (t). Investments might include public programs such as day care,

universal early education, after-school or summer programs, or access to healthcare or health programs, among others. The institutional contexts might refer to processes such as how schools are organized, the presence of educational tracking, or differences in private costs of attending college.

The final stage in the model, adulthood (ages 30+, or O_A), refers to offspring outcomes as an adult that are likely to reflect the combination of investments, opportunities and choices (such as marriage) that occur through the life course. These might include such characteristics as adult SES, education, occupation, household income, labor market attachment, earnings, or other advantages and disadvantages in the labor market. For instance, labor market institutions and macro-economic factors (or Institutions_t) might provide differential returns to the same credentials across countries and thereby independently affect O_A.

Looking at one important component of SES, individual earnings, our research shows that if we hold levels of education constant, we observe that differences in intergenerational earnings outcomes between the United States and the United Kingdom

depend most heavily on labor market returns to education. Because the earnings distributions are more unequal in the United States, particularly with much higher rewards amongst the more highly educated, young adults with the same level of university attainments will do better

in terms of earnings in the United States compared to the United Kingdom. And similarly in another paper we find that the earnings returns to educational attainment are higher in the

If we hold levels of education constant, we observe that differences in intergenerational earnings outcomes between the United States and the United Kingdom depend most heavily on labor market returns to education.

United Kingdom than in Sweden. It follows that heterogeneity in outcomes across generations within countries will depend on processes like the structure of labor markets that we cannot fully capture in our implementation of the model.

It is implicit in Figure 5 that parental SES may be associated with any stage or outcome of the development process, and any outcome at an earlier life stage may be related to later outcomes all the way up to adulthood. For example, parental education or income (PARENTAL SES) may be related to birth weights in the birth year, or to test scores and socio-emotional behavior in early childhood, which in turn may be associated with various outcomes at any of the subsequent developmental stages up to adulthood. Ultimately, offspring adult socioeconomic status, O_A , is the outcome of a whole series of parental and other inputs from the birth year on, including the formation of partnerships. This schema is consistent with many dynamic multi-stage models of skill development, in which intermediate outcomes at each stage not only affect subsequent outcomes but may also affect the productivity of inputs at subsequent stages. For example, children who were not read to as preschoolers may find it more difficult to learn to read at school. This initial disadvantage can then be reinforced if a poor secondary education limits one's choices and opportunities in terms of preparation for or success in higher education. On the other hand, if this same child were fortunate enough to attend a resource-rich secondary school that specializes in college preparedness, this may offset some of the initial disadvantage, and do a better job of connecting schooling and improving performance between these two levels. The entire process may therefore allow for cumulative advantages within cohorts.

Many believe that with due sacrifice of time and effort, anyone, regardless of socioeconomic status, will be able to prosper and provide their children with a better life. But the reality is that children born into poor families tend to stay poor and children born into wealthy families generally stay rich. Why is this so? Why does advantage and disadvantage persist across generations, and what policy responses might improve social and economic mobility in an era of rising inequality? Our results shed some light on the answers to these questions.

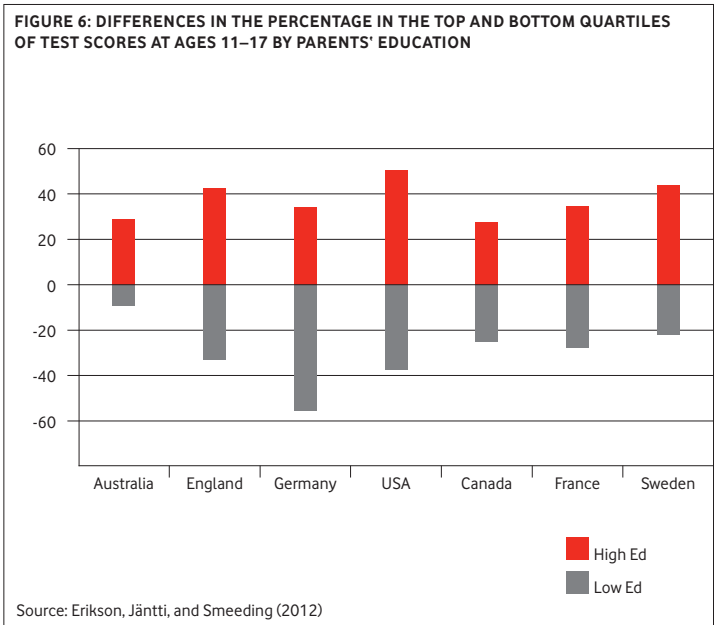
Outcomes

Here are some selected results from our volumes. There are many more, but time and pace precludes reporting them in any great detail in this paper.

First and foremost, we find an achievement gradient according to parental education (high, low, median) from the very first time we observe a child's outcome. That is, gaps in outcomes by parental SES emerge early in childhood in all countries, by the time that child's characteristics or abilities first become measurable. These gaps are apparent in health, cognitive, and socio-behavioral domains. They result early on from a combination of the influences of parenting and heredity (environment, including in utero environments, and genes). In no country do we find that high- and low-SES children start out equally prepared for schooling. And in no countries do we find that the differences narrow as a child ages. Hence the parental role in early attainment is difficult to overcome.

Several of the studies focusing on children who are older have attempted to observe changes in parent status-child attainment gradients as children age. Evidence concerning changes

in the size of the SES gaps as the child ages is important for better understanding the proximal factors. While gradients within countries clearly differ at early ages, we find only limited evidence of “fanning out” (i.e., the gaps becoming larger) as a child ages. But there are fairly large gaps. For instance, **Figure 6** shows test scores for 11- to 17-year-olds by parental education in seven countries. The difference between the top and bottom of the bar are due to parental differences. The solid bars indicate the advantage of having highly educated parents. The bottom



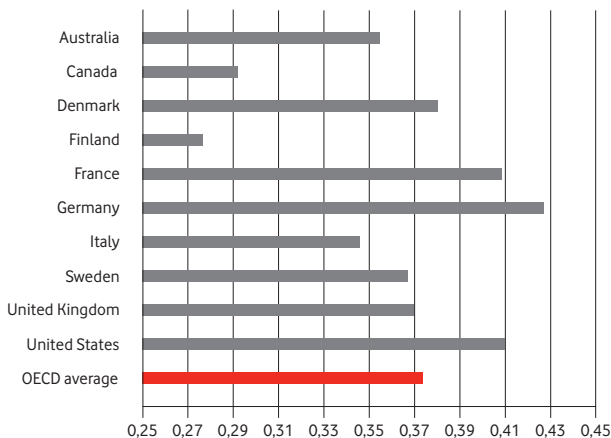
stripe bars suggest deficits between lowly educated parents and the average student. We can see that gaps are narrowest in two high inequality countries – Australia and Canada, and largest in the United States and Germany. German differences are larger than French or Swedish differences mainly because of the negative effect of lowly educated parents on German children’s test scores (striped bars).

The reason why we find these differences is more elusive. Canada has three times the rate of intergenerational mobility as the United States – possibly because Canada makes more public investments in its labor market, health care, and family programs than does the United States. In Germany, the United States, and the United Kingdom, some of the socio-behavioral gap arises because lower-SES mothers experience more partnership changes and family instability and these are associated with more behavioral problems and lower cognitive achievement for boys.

The same issue is apparent in the United States and the United Kingdom where low incomes for single parents have a negative effect on attainment. Even in Norway, where all children do well in terms of absolute income, children from single parent households have lower IGM than do children from two parent households.

Finally, average differences in measurable child outcomes encountered early on in life persist throughout children’s lives up to university ages and likely beyond. Even the most recent evidence from the 2009 PISA reading test scores across several nations shows an uncomfortably high correlation between parents’ SES and children’s test scores (→ **Figure 7**). These patterns of attainment by parental SES for the most part mirror the ones found in both volumes.

FIGURE 7: CORRELATION BETWEEN OECD SES BACKGROUND MEASURE AND PISA READING TEST SCORE, 2009



Source: Ermisch, Jännti, and Smeeding (2012)

Policy

An important policy lesson from our research is that it is possible to provide more equal life chances than is the case in the United States and some other rich countries in ways that do not violate family autonomy or the principle of merit in assigning 'income positions' (e.g., jobs) in society. But there are also limits to such policies as parental influences are evident at every stage of the life course, and therefore we must confront Fishkin's trilemma. While one will never be able to overcome parental

influences, most of the policies that fit as possible answers to the trilemma are based on leveling up the children at the bottom of the SES distribution.

For instance, early childhood policy offers some lessening of the gradient. In France and Denmark there is causal evidence that universal preschool programs partially close the SES gap in school achievement and subsequent wages and therefore the

In France and Denmark there is causal evidence that universal preschool programs partially close the SES gap in school achievement and subsequent wages.

high child poverty countries might benefit from policies to improve economic well-being for low income families, especially for the children of lower SES parents, especially single parents. But these policies do not erase these differences – there is still an SES gradi-

ent for child outcomes at the start of formal schooling in France and Denmark, but it is less steep than in other nations.

Another policy option, nurse home visiting programs, suggests that support for parents to improve their parenting skills in the general context of intervening early in a child's life might help. Such a policy is about to go into effect in the United States as part of health care and health reform. Higher child allowances and comprehensive policies to reduce poverty for low income families with children are also two such options that seem to work well in Canada.

The educational system is likely to be the most widely used and most acceptable policy tool we have for equalizing life chances, especially for working class and low-SES children. But the education system does not seem, so far, to be able to achieve this goal. The net effect of education systems so far, is not to reduce the relationship between parental SES and child achieve-

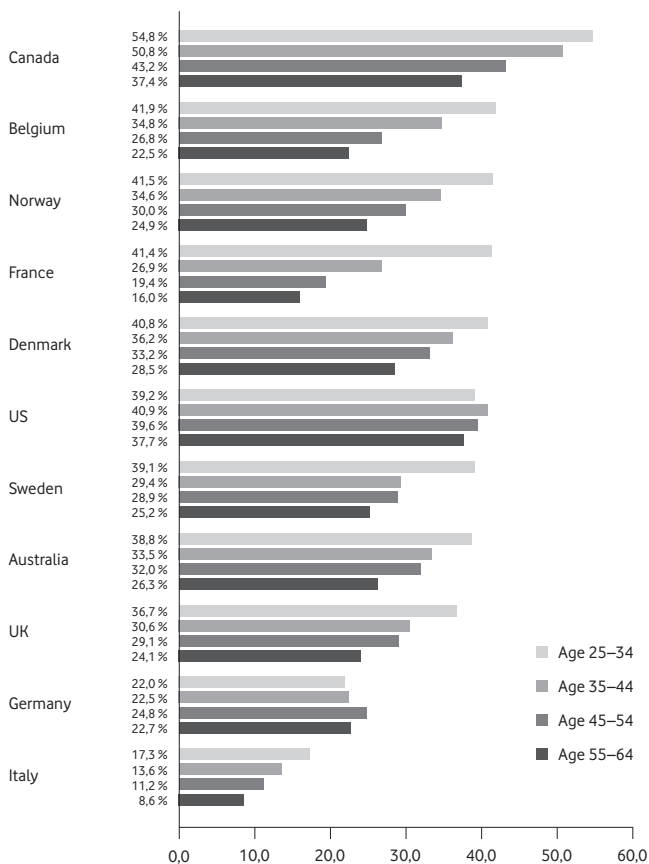
ment, but to hold it constant and perhaps even increase the gradient. At best, education systems may be offsetting existing processes of cumulative advantage in keeping the overall IGM gradients that are apparent early on in a child's life stable as these children age.

Parents play an important role at every stage of the life course — early in life, in school, and through neighborhood choices, including secondary school systems with tracking. Schooling reforms at older ages can also help reduce the disadvantages of having low-SES parents, but not eliminate them. Activist educational efforts in secondary and tertiary schooling and for school completion and tertiary degrees amongst low-SES kids are needed to overcome parental advantages of money, know-how, and place. Lower-SES graduates from tertiary education do much better than those who do not and there is less association between parental SES and later jobs for these graduates. The trick is to produce more college graduates and tertiary degrees from low-SES families. Even those with 'technical training' and degrees have to be able to use computing and understand basic mathematics, science, technology, and engineering.

But, in Germany and the United States, we are currently losing the higher education race. **Figure 8** suggests that cohort by cohort progress in tertiary educational attainment is evident for succeeding cohorts in every nation, except the United States and Germany where the gradient is flat. We need to do better on this front to meet the economic challenges of the 21st century.

The educational system is likely to be the most widely used and most acceptable policy tool we have for equalizing life chances, especially for working class and low-SES children. But the education system does not seem, so far, to be able to achieve this goal.

FIGURE 8: PERCENTAGE OF ADULTS WITH AN ASSOCIATE DEGREE OR HIGHER BY AGE GROUP – SELECT OECD COUNTRIES



Source: OECD Education at a Glance, 2008

Conclusions

In the end we will never be able to eradicate SES differences in child outcomes, especially in highly unequal societies, and we will never be able to, and may not wish to, override parental autonomy—even if policies can be put in place to limit their advantages.

However, there is evidence that some income and education policies, if carefully implemented, can help reduce barriers to intergenerational mobility and increase equality of opportunity, even in the United States and, likely, also in Germany.

References

Blanden, Jo. 2009. "How Much Can We Learn From International Comparisons of Social Mobility?" Paper for Sutton-Carnegie Summit on Social Mobility, New York, June 2008. Paper revised January 2009.

Fishkin, James S. 1983. *Justice, Equal Opportunity, and the Family*. New Haven: Yale University Press.

Ermisch, John M., Markus Jäntti, and Timothy M. Smeeding (Eds.). 2011. *From Parents to Children: The Intergenerational Transmission of Advantage*. New York: Russell Sage Foundation.

Smeeding, Timothy M., Robert Erikson, and Markus Jäntti (Eds.). 2011. *Persistence, Privilege and Parenting: The Comparative Study of Intergenerational Mobility*. New York: Russell Sage Foundation.

Herausforderungen der Zukunft: Demographie, Individualisierung, Migration, Strukturwandel

von Thomas Straubhaar

1. Einleitung

Deutschland wird bunter. Denn verschiedene langfristige Trends sorgen dafür, dass die Homogenität der Bevölkerung geringer und die Vielfalt größer werden. Die Personenfreizügigkeit innerhalb einer vom Atlantik zum Schwarzen Meer und vom Mittelmeer zum Nordkap reichenden Europäischen Union (EU) von 27 Ländern erleichtert die innereuropäische Wanderung. Dadurch wird in Deutschland die Anzahl der Angehörigen anderer EU-Staaten steigen – wohl nicht so dramatisch wie von einigen befürchtet, aber wohl doch so, dass hierzulande fehlende Fachkräfte zunehmend auch aus den Nachbarländern zuziehen werden. Billige Transportmittel erlauben es zudem immer mehr Menschen aus immer fernerer Welten, nach Europa und damit auch Deutschland zu kommen. Das trifft sich gut. Denn die Bevölkerungen in Europa werden schrumpfen und altern. Das gilt auch für Deutschland (vgl. hierzu die verschiedenen Szenarien zur 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland bis 2060 des Statistischen Bundesamtes (2009). Da

hilft die Zuwanderung, das Verhältnis von Jüngeren und Älteren zumindest teilweise zu verbessern – je nachdem wie offen und willig Europa und Deutschland sind, Menschen aus anderen Teilen der Erde aufzunehmen.

Der Strukturwandel wird ein Weiteres tun, um Deutschlands Bevölkerung vielfältiger werden zu lassen. Er ist durch den rasch voran schreitenden technologischen Fortschritt und die Globalisierung bereits stark beschleunigt worden. Er wird als feste Konstante der Menschheitsgeschichte weitergehen – mal schneller, mal gebremster. In einer sich dynamisch verändernden Umwelt werden die von Mensch zu Mensch unterschiedlichen individuellen Reaktionsfähigkeiten und Anpassungsmöglichkeiten zwangsläufig noch einmal ungleicher. In ruhigen Zeiten, oder wenn alle im Stau stehen, spielt die Leistungsfähigkeit der einzelnen Autos keine Rolle. Sobald die Straße wieder eine freie Fahrt erlaubt, werden die Sportwagen schneller vorankommen als die kleinen Elektromobile. Genauso ist es, wenn der Strukturwandel wirkt und Volkswirtschaften sich dynamisch verändern. Dann zeigt sich zwangsläufig die von Mensch zu Mensch unterschiedliche Anpassungsfähigkeit.

Die Zuwanderung hilft, das Verhältnis von Jüngeren und Älteren zumindest teilweise zu verbessern – je nachdem wie offen und willig Europa und Deutschland sind, Menschen aus anderen Teilen der Erde aufzunehmen.

Demographische Schrumpfung und Alterung, Migration, Strukturwandel und Globalisierung werden alle mehr oder weniger zur zunehmenden Heterogenität der in Deutschland lebenden Bevölkerung beitragen. Dabei ist eines wichtig. Es geht nicht nur um eine zunehmende ethnisch-kulturelle Vielfalt, gegeben durch einen stetig steigenden Anteil der in Deutschland

lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Es geht auch um die größer werdenden sozialen, bildungsbedingten, gesundheitsbezogenen und regionalen Unterschiede. In Deutschland wird sich die Schere zwischen höher Gebildeten und weniger Gebildeten, zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, zwischen Gesunden und Pflegebedürftigen genauso weiter öffnen, wie zwischen Jüngeren und Älteren sowie zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Die steigende Heterogenität wird dann für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die ökonomische Zukunftsfähigkeit einer Volkswirtschaft zum Problem, wenn sich bei einzelnen Personen gleichzeitig mehrere negative Zugehörigkeitsformen überlagern. Also sind beispielsweise gering qualifizierte allein-erziehende Elternteile oder kranke Ältere mit Migrationshintergrund besonders betroffen. Für sie ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass sie schlecht integriert sind und von den gesellschaftlichen Entwicklungen und

Eine gute Integrationspolitik muss darauf gerichtet sein, Durchlässigkeit zwischen den Schichten zu schaffen, den Aufstieg von einer unteren zu einer höheren Schicht zu ermöglichen und zu verhindern, dass sich die Schichtzugehörigkeit von Generation zu Generation vererbt.

ökonomischen Fortschritten abgekoppelt und damit ausgeschlossen bleiben. Es kommt dann zu Segregationsprozessen, und es entstehen Parallelgesellschaften. Nicht nur, dass damit gesellschaftliche Spannungen größer werden. Aus ökonomischer Sicht ebenso bedeutsam

ist, dass damit die Kosten der Vielfalt steigen und die Chancen, die Vielfalt bietet, nicht ausgenutzt werden. Beides kann sich Deutschland weniger denn je leisten, gerade mit Blick auf die beschriebenen Trends eines raschen Strukturwandels und einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung.

Deshalb ist eine gute Integrationspolitik weit mehr als eine gute Zuwanderungspolitik. Es geht um eine bessere Integration aller, die im Strukturwandel zurückbleiben. Und es geht darum, eine mehr oder weniger verfestigte Schichtenbildung aufzubrechen. Eine gute Integrationspolitik muss darauf gerichtet sein, Durchlässigkeit zwischen den Schichten zu schaffen, den Aufstieg von einer unteren zu einer höheren Schicht zu ermöglichen und zu verhindern, dass sich die Schichtenzugehörigkeit von Generation zu Generation vererbt. Sie muss als Ziel haben, die Kosten der Heterogenität zu minimieren und den Nutzen der Vielfalt zu maximieren.

2. Theorie: Kosten und Nutzen der Heterogenität

Die Frage, welche Bedeutung die kulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung für die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft hat, ist in der jüngeren Zeit vermehrt in der ökonomischen Forschung aufgegriffen worden (vgl. hierzu Steinhardt, Stiller, Damelang 2008). Im Zusammenhang hiermit finden die Begriffe der „kulturellen Vielfalt“ oder auch der „kulturellen Diversität“ verstärkt Verwendung. Sie bezeichnen die Heterogenität einer Bevölkerung bezogen auf den national-kulturellen Hintergrund. Je mehr Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung in einer Gesellschaft leben, desto höher ist die kulturelle Diversität.

Generell kann kulturelle Vielfalt sich sowohl positiv als auch negativ auf die Stadtentwicklung auswirken. Ein ökonomischer Nutzen für die Gesellschaft lässt sich in diesem Zusammenhang insbesondere aus folgenden Gründen erkennen:

(1) Kulturelle Vielfalt kann sich positiv auf die Produktivität auswirken (vgl. Ottaviano/Peri 2006 und Alesina/La Ferrara 2005). Dieser Fall kann eintreten, wenn Individuen unterschiedlicher ethnischer Gruppen aufgrund kulturspezifischer Charakteristika in bestimmten Produktionsprozessen in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen, wenn sie sich also in ihren Fähigkeiten ergänzen.

(2) Ein weiterer Aspekt von kultureller Vielfalt ist ihr Einfluss auf den Innovationsprozess (vgl. Niebuhr 2006). In einer Gesellschaft, die sich aus Menschen mit verschiedenen kulturellen und ethnischen Hintergründen zusammensetzt, existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Werten und Ideen. Findet zwischen den einzelnen Gruppen eine offene Kommunikation statt, können diese Differenzen dazu beitragen, dass sich neue Denkmuster und Vorstellungen entwickeln. Zum Beispiel können Zuwanderer im Wissenschaftssektor zur Entwicklung neuer Ansätze beitragen, oder Migrant*innen können neue Strömungen in der Kultur begründen.

(3) Schließlich kann sich kulturelle Vielfalt über den Konsum auf den individuellen Nutzen der Bürger auswirken (vgl. Alesina/La Ferrara 2005). So zeichnet sich eine Gesellschaft mit einem hohen Grad an kultureller Vielfalt durch die Existenz einer Vielzahl verschiedenartiger Güter und Dienstleistungen aus. Als Beispiel sei hier das gastronomische Angebot einer Stadt genannt, das durch die Existenz italienischer, chinesischer oder griechischer Restaurants oder türkischer Kaffeehäuser erweitert wird. Ebenso können japanische Dirigenten oder russische Pianisten das Kulturleben einer Gesellschaft bereichern.

Auf der anderen Seite kann kulturelle Vielfalt auch gesellschaftliche Kosten verursachen:

- (1)** Zunächst können dadurch Kosten entstehen, dass in einer aus verschiedenen Nationen bestehenden Gruppe unterschiedliche Präferenzen bezüglich der Bereitstellung öffentlicher Güter und der Politik der öffentlichen Hand vorherrschen (vgl. Alesina/ La Ferrara 2005). Aufgrund dieser Differenzen kann es zu Konflikten bei der politischen Meinungsbildung kommen, was zu einer geringeren Bereitstellung öffentlicher Güter führen kann.
- (2)** Zudem besteht die Möglichkeit, dass eine zu hohe Diversität in Firmen die Kommunikation zwischen Mitarbeitern aufgrund kultureller Distanz und Sprachschwierigkeiten negativ beeinflusst. Steigende Kommunikationskosten können die Produktivität beeinträchtigen, sodass ein Trade-off zwischen den positiven ökonomischen Auswirkungen der Ideen- und Wissensvielfalt auf der einen Seite und steigenden Kommunikationskosten zunehmender Vielfalt auf der anderen Seite besteht. Aus ökonomischer Sicht existiert deshalb ein „optimales Maß“ an kultureller Vielfalt, das zwischen Städten und Regionen in Abhängigkeit von den spezifischen Standortbedingungen, der ökonomischen Struktur, der Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung sowie der Offenheit und den „Internationalitätserfahrungen“ der Bevölkerung variiert.
- (3)** Ein zusätzlicher Kostenfaktor der kulturellen Vielfalt sind Integrationsmaßnahmen des Staates. So unternimmt ein Staat regelmäßig Anstrengungen, um Bürger mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft zu integrieren. In diesem Zusammenhang muss als wichtiges Kriterium die Dauer des Aufenthaltes im Aufnahmeland herangezogen werden. So besteht bei einem

Bürger türkischer Herkunft, der in Deutschland geboren und ausgebildet wurde, ein geringerer Integrationsbedarf als bei einem neu eingewanderten Bürger türkischer Abstammung (vgl. Damelang/Steinhardt 2008).

Zusammengefasst zeigt sich, dass es bei den Kosten- und Nutzenüberlegungen um ein Optimierungsproblem geht – wie so oft in der Wirtschaftspolitik. Etwas Heterogenität ist positiv, weil dadurch Kreativität und Innovationskraft und als Folge Produktivität und Wachstumsdynamik steigen. Zu viel Heterogenität ist negativ, weil dadurch die Transaktionskosten der Kommunikation, Verständigung und des Informationsaustausches steigen, die Verhaltenssicherheit sinkt und das Zusammengehörigkeitsgefühl schwächer wird. Insgesamt jedoch geht die theoretische Forschung davon aus, dass die Lösung dieses Optimierungsproblems möglich ist und somit Vielfalt einen positiven ökonomischen Beitrag zum Entwicklungspotenzial einer Volkswirtschaft beisteuern sollte.

3. Empirie: Kosten und Nutzen der Heterogenität

Wieweit die in der theoretischen Forschung erwarteten positiven Auswirkungen kultureller Vielfalt empirisch nachgewiesen werden können, ist bis anhin nur vereinzelt untersucht worden. Das überrascht, hat doch die ethnisch-kulturelle Heterogenität der Bevölkerungen in den westlichen EU-Staaten im Verlauf der letzten Jahrzehnte aufgrund von innereuropäischer Mobilität und Zuwanderung aus nichteuropäischen Ländern stark zugenommen. Im Jahr 2009 hat die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland erstmals den Wert von 16 Millionen überschritten, im Jahr 2005 hatte die Zahl noch bei

15,3 Millionen gelegen. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat entsprechend von 18,6 Prozent auf 19,6 Prozent zugenommen (vgl. Statistisches Bundesamt 2010).

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die multikulturelle Gesellschaft somit in Deutschland wie auch in zahlreichen anderen europäischen Ländern Realität und Bestandteil der Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche

und ökonomische Entwicklung dieser Länder – mit entsprechenden Chancen und Risiken. Meist konzentrieren sich die empirischen Untersuchungen auf gesamtwirtschaftliche oder beschäftigungsrelevante Aspekte. Beispielsweise zeigt sich für Deutschland, dass die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften

keine oder nur geringe negative Auswirkungen auf inländische Löhne und Beschäftigung gehabt hat (vgl. Steinhardt 2008 und D'Amuri et al. 2008).

Empirische Analysen zum Zusammenhang von Heterogenität und ökonomischem Erfolg sind vergleichsweise selten anzutreffen (vgl. Ottaviano und Peri 2006). Eine Studie von Bellini et al. (2008), die sich auf die Regionen von zwölf EU-Ländern bezieht, ermöglicht eine Aussage über den Wirkungszusammenhang von Diversität und Produktivität. Die Untersuchung greift die Methodik der Studie von Ottaviano und Peri (2006) auf, in der die ökonomischen Auswirkungen von Diversität für amerikanische Städte anhand eines Modells der kulturell offenen Stadt analysiert werden. Die grundlegende Idee des Modells ist, dass die Zusammenhänge zwischen Diversität und Produktivität

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die multikulturelle Gesellschaft somit in Deutschland wie auch in zahlreichen anderen europäischen Ländern Realität und Bestandteil der Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung dieser Länder – mit entsprechenden Chancen und Risiken.

auf Externalitäten – negativer oder positiver Art – basieren. Die ökonomischen Schätzungen ergeben eine positive Korrelation zwischen Diversität und Produktivität für die Jahre 1991 und 2001. Besonders hervorzuheben ist, dass die angewandte Methodik einen Rückschluss auf die Richtung der Kausalitätsbeziehungen zwischen Diversität und Produktivität erlaubt. So können sie zeigen, dass kulturelle Vielfalt einen positiven Einfluss auf die Produktivität in einer Region hat.

Für die deutschen Regionen zeigt eine Analyse von Niebuhr (2006), dass sich kulturelle Vielfalt positiv auf die Innovationsfähigkeit auswirkt. Dies wird damit erklärt, dass durch die nationale Herkunft bedingte Unterschiede der Beschäftigten Erfolge von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten begünstigen. Hierbei hat die kulturelle Mischung innerhalb der Tätigkeitsbereiche für hoch qualifizierte Arbeitskräfte – in den forschungsintensiven Industrien und den wissensintensiven Dienstleistungen – den stärksten Einfluss auf den Innovationserfolg. Diese Effekte können aus den sich ergänzenden Fähigkeiten und Ideen von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft resultieren.

Eine neue HWWI-Studie von Steinhardt, Stiller und Damelang (2008) bestätigt für Deutschland den positiven Zusammenhang von Vielfalt und Produktivität. Insgesamt deutet die

regionale Verteilung kultureller Vielfalt in Deutschland darauf hin, dass zwischen den ökonomischen Standortbedingungen einer Region und der Internationalität der Bevölkerung ein positiver Zusammenhang besteht. Diese Annah-

Insgesamt deutet die regionale Verteilung kultureller Vielfalt in Deutschland darauf hin, dass zwischen den ökonomischen Standortbedingungen einer Region und der Internationalität der Bevölkerung ein positiver Zusammenhang besteht.

me bestätigt sich, wenn man für jede Region die Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem) in Relation zum Ausmaß der kulturellen Diversität setzt. Allerdings können aus dem statistisch gemessenen positiven Zusammenhang keine Schlüsse über die Richtung des kausalen Zusammenhangs zwischen Diversität und Wirtschaftsstärke einer Region abgeleitet werden. Die hohe Produktivität in einer Region könnte die Folge der positiven Effekte kultureller Vielfalt sein. Sie könnte aber auch dazu geführt haben, dass sich vermehrt Zuwanderer aus verschiedenen Herkunftsländern in der Region niedergelassen haben. Ceteris paribus bevorzugen Zuwandernde wirtschaftlich prosperierende Regionen, die ihnen vergleichsweise gute Arbeitsmarktbedingungen und Verdienstmöglichkeiten bieten.

Die Einbürgerung fördert ganz offensichtlich die individuelle Bereitschaft, in lokalspezifisches Wissen, Können und Tun zu investieren.

In einer weiteren HWWI-Studie vermag Steinhardt (2008) nachzuweisen, dass ausländische Beschäftigte, die sich einbürgern lassen, ein höheres Lohnniveau (und ein höheres Qualifikationsniveau) aufwiesen als nicht-eingebürgerte ausländische Beschäftigte. Die Einbürgerung fördert ganz offensichtlich die individuelle Bereitschaft, in lokalspezifisches Wissen, Können und Tun zu investieren. Dazu gehören das Erlernen der deutschen Sprache, das Aneignen von ortstypischen Kenntnissen uam. Das wirkt sich positiv auf die Produktivität aus. Als zweites Ergebnis zeigt sich, dass Einbürgerung das Wachstum des Lohnniveaus nach der Einbürgerung positiv beeinflusst. Das heißt, auch bei identischem Bildungsniveau, bei gleicher Berufserfahrung (in Jahren) und bei der Beschäftigung im gleichen Wirtschaftssektor wachsen die Löhne der eingebürgerten Be-

schäftigten schneller als die der nicht-eingebürgerten Ausländer. Der positive Wachstumseffekt der Einbürgerung auf das Lohnniveau ist überdurchschnittlich stark ausgeprägt für die Gruppe der Ausländer, die von außerhalb der EU zugewandert sind, und tritt bereits unmittelbar nach der Einbürgerung auf. Die Daten zeigen, dass die Eingebürgerten im Jahr nach der Einbürgerung rund zwei Prozent mehr verdienen als im Jahr zuvor und dass die Einkommen in den Folgejahren vergleichsweise stärker wachsen. Deutlich wird, dass die Einbürgerung weder am Anfang noch am Ende des Integrationsprozesses steht, sondern einen wichtigen Meilenstein innerhalb der Integrationsphase darstellt.

Zusammengefasst bestätigt sich aus den wenigen bisher vorliegenden empirischen Ergebnissen für Deutschland, dass kulturelle Vielfalt positive ökonomische Impulse zu entfalten vermag, indem durch sich ergänzende Wirkungen von Menschen ohne und mit Migrationshintergrund Produktivitätssteigerungen erzielt werden können. Grundlegende Voraussetzung hierfür ist die erfolgreiche Integration der ausländischen Bevölkerung in das Erwerbsleben. Aus diesem Grund sollte es ein zentrales Anliegen der (lokalen) Politik sein, die Integration der ausländischen Bevölkerung in das Wirtschaftsleben gezielt zu fördern.

Es gibt eine Integrationsdividende. Je besser integriert Menschen sind, um so weniger liegen sie in ihrem wirtschaftlichen Erfolg unterhalb des Durchschnitts ihrer Referenzgruppen. Je länger Menschen in einer Kultur leben, um so stärker sind sie bereit, in die kulturspezifischen Kompetenzen zu

**Je besser integriert Menschen sind,
um so weniger liegen sie in ihrem
wirtschaftlichen Erfolg unterhalb des
Durchschnitts ihrer Referenzgruppen.**

investieren, die Sprache zu erlernen, lokale Handlungsformen zu übernehmen und ihre Verhaltensweisen an jene der autochthonen Bevölkerung anzupassen. Der Erwerb der Staatszugehörigkeit als Signal des Dazugehörens und Akzeptiertseins spielt dabei eine wichtige Rolle.

Weitere zentrale Aspekte, um eine Integration erfolgreich zu gestalten, sind die Sprachförderung für Neu- und Altzugewanderte, die Sprach- und Bildungsförderung in den Kindertageseinrichtungen sowie die interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes. Der Verbesserung der Ausbildungssituation und der Erhöhung des Anteils der Personen mit Berufs- oder Hochschulabschluss kommt dabei im Zuge des Wandels zur Wissensgesellschaft eine besondere Bedeutung zu.

Betrachtet man die Integrationskonzepte, die es mittlerweile in den meisten deutschen Städten gibt, zeigen sich erfreulich positive Ansätze. Sie nehmen viele Erkenntnisse der aktuellen Heterogenitäts-Forschung auf. Sie weichen richtigerweise immer stärker von einer traditionellen „Ausländerpolitik“ ab, die Zuwanderung eindimensional unter dem Aspekt der Diskriminierung oder möglicher negativer Effekte für die Aufnahmegesellschaft betrachtet. Zuwanderung und kulturelle Diversität werden vielmehr als Chancen und Potenziale einer internationalen Stadtgesellschaft gesehen, deren Förderung das soziale und ökonomische Leben einer Stadt sowie ihre Kreativität bereichern kann. Mit diesem Vorgehen sind deutsche Städte auf dem richtigen Weg, die Chancen der Vielfalt zu nutzen und die Kosten der Heterogenität zu verringern.

Wie viel allerdings im Einzelfall noch zu tun bleibt, verdeutlicht Klaffke (2008) am Beispiel Hamburgs. Während in der

Politik und bei großen Unternehmen das Potenzial der Vielfalt zunehmend erkannt wird, tun sich kleinere und mittelgroße Firmen unverändert schwer. Viele Betriebe halten ein Diversity Management zwar für wichtig und auch nutzenstiftend. Trotzdem bleiben konkrete Maßnahmen, die Mitarbeitervielfalt aktiv zu fördern, noch die Ausnahme. Das hängt auch mit einer gewissen Unsicherheit zusammen. Gerade kleineren Unternehmen fällt es schwer, die mikroökonomische Wirtschaftlichkeit eines betrieblichen Diversity Managements zu erkennen und einschätzen zu können.

5. Folgerungen

Die kommenden Herausforderungen, die sich mit den Stichworten Strukturwandel, Globalisierung, demographische Schrumpfung und Alterung sowie Individualisierung beschreiben lassen, führen zu einer neuen Heterogenität der Gesellschaft, die alte Regeln des sozialen Zusammenlebens in Frage stellen. Die „Globalisierung“ – also die technologisch ermöglichte ökonomische Verkürzung räumlicher und zeitlicher Distanzen – hat Transport- und (Tele-)Kommunikationsleistungen billiger werden lassen. Sie hat damit die ökonomischen Mobilitätskosten nachhaltig gesenkt. Die „Europäisierung“ – also der Abbau nationaler Grenzen und das Recht der EU-Angehörigen, sich innerhalb der Europäischen Union (EU) frei zu bewegen – führt zu einem Wegfall politischer Wanderungskosten. Die voranschreitende Individualisierung der Gesellschaft verringert die sozialen Kosten des Weggehens.

Globalisierung, Europäisierung und Individualisierung ermöglichen immer mehr Menschen einen „Exit“ aus politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Die

Menschen werden mobiler und damit mündiger. Es wird immer einfacher, soziale Fesseln abzustreifen und sich von politischem Zwang zu lösen. Macht und Willkür politischer oder gesellschaftlicher Entscheidungsträger, die Abwanderung zu verhindern, werden schwächer. Eine Androhung von Strafen oder Sanktionen wirkt weniger glaubwürdig.

In weit stärkerem Maße als in vergangenen Zeiten werden Menschen in einer heterogener werdenden Gesellschaft sich jene soziale Gemeinschaft als Identifikationsgruppe aussuchen, die

ihren individuellen Wünschen am besten entspricht. Die durch Zwang, Zufall oder frühere Entscheidungen erworbene Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft wird dabei zunehmend von einer selbstbestimmten Wahlentscheidung überlagert. Neue

soziale und lokale Bewegungen (Grüne, Graue Panther, Esoteriker, Sekten, Quartiervereine) werden wichtiger als historisch gewachsene (oft nationale) Gemeinsamkeiten. Funktionale Beziehungsnetze gewinnen an Bedeutung. Dies gilt nicht nur in der globalisierten Wirtschaft, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich.

Was oder wer sorgt in einer heterogener werdenden, individualisierten Gesellschaft und globalisierten Wirtschaft für den Erhalt und Ausbau des Gemeinschaftsgutes „Sozialkapital“? Wer oder was bietet jene Emotionalität, die dem modernen Menschen zunehmend abhanden kommt? Wer oder was ersetzt die gemeinsame Spiritualität, die in früheren Zeiten Religion und Kirchen und in späteren Zeiten ein nationales Bewusstsein in

In weit stärkerem Maße als in vergangenen Zeiten werden Menschen in einer heterogener werdenden Gesellschaft sich jene soziale Gemeinschaft als Identifikationsgruppe aussuchen, die ihren individuellen Wünschen am besten entspricht.

breite Teile der Bevölkerung trugen? Was schafft in ebenso auf- wie abgeklärten heterogenen Gesellschaften das für eine Gemeinschaft so entscheidende „Wir-Gefühl“ jenseits von Markt und Staat? Viele offene Fragen. Sie klug zu beantworten wird wesentlich über den gesamtwirtschaftlichen Erfolg heterogener Gesellschaften entscheiden.

Literaturverzeichnis

Alesina A., La Ferrara, E. (2005): *Ethnic Diversity and Economic Performance*, Journal of Economic Literature, Vol. XLIII, S. 762- 800.

Bellini, E., Ottaviano, G., Pinelli, D., Prarolo, G. (2008): *Cultural Diversity and Economic Performance: Evidence from European Regions*, HWWI Research Paper, 3-14, Hamburg.

Bonin, H. (2006): *Der Finanzierungsbeitrag der Ausländer zu den deutschen Staatsfinanzen: Eine Bilanz für 2004*, IZA DP No. 244.

Damelang, A., Steinhardt, M. (2008): *Integrationspolitik auf regionaler Ebene in Deutschland*, Kurzdossier Focus Migration Nr. 10, Mai 2008.

Damelang, A., Steinhardt, M., Stiller, S. (2007): *Europe's Diverse Labour Force: The Case of German Cities*, eurodiv Paper 49/2007, Fondazione Eni Enrico Mattei (fem), Mailand.

D'Amuri, F., Ottaviano, G., Peri, G. (2008): *The Labour Market Impact of Immigration in Western Germany in the 1990s*, HWWI Research Paper, 3-12, Hamburg.

Klaffke, M. (2008): *Vielfalt als Wettbewerbsfaktor nutzen: Diversity Management in Hamburg; Ergebnisse einer Unternehmensbefragung*. Hamburg School of Business Administration (HSBA) Working Paper 01/2008. Hamburg (HSBA).

Niebuhr, A. (2006): *Migration & Innovation. Does Regional Diversity Matter for R&D Activity?*, HWWI Research Paper, 3-1 und iab Discussion Paper Nr. 14, Hamburg.

Ottaviano, G. I. P., Peri, G.(2006): *The Economic Value of Cultural Diversity. Evidence from US Cities*, Journal of Economic Geography, Vol. 6, S. 9-44.

Sinn, H.-W., Flaig, G., Werding, M. (2001): *EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration – Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte*. Ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Nr. 2, München.

Statistisches Bundesamt (2009): *Bevölkerung Deutschlands bis 2060 (12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)*, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2010): *Erstmals mehr als 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland*. Pressemitteilung Nr.248 vom 14.07.2010, Wiesbaden.

Steinhardt, M. (2008): *Does Citizenship Matter? The Economic Impact of Naturalizations in Germany*, HWWI Research Paper 3-13, Hamburg.

Steinhardt, M., Stiller, S., Damelang A. (2008): *Bunt in die Zukunft – Kulturelle Vielfalt als Standortfaktor deutscher Metropolen*. Hypo-Vereinsbank, Juni 2008, Hamburg.

In the Rush to Mobility, Don't Forget the Middle Classes

von Max Wind-Cowie

Social mobility – like motherhood, apple pie and pixie dust – is a good thing. You will be hard pressed to find a mainstream British or European politician who doesn't sign-up to social mobility which, unlike equality, commands almost universal reverence.

But social mobility is problematic. When the British Government introduced its radical, 'life-cycle', social mobility strategy they were surprised. Not by the praise they widely received – they had expected that – but by the angst they inspired. Social mobility is supposed to be something we all believe in, we all support, but the realities of it are difficult to bear for those who might go down rather than up. Because in an age of stagnant economies and almost-zero growth, social mobility may not be a 'rising tide lifting all ships' – instead it might more closely resemble Newton's gravitational observation – 'what goes up must come down'.

Social mobility is supposed to be something we all believe in, we all support, but the realities of it are difficult to bear for those who might go down rather than up.

Take, for example, the controversy over internships. For the Deputy Prime Minister, internships are a source of concern. They enable those who get them, and who can afford to do them, to sample life in our most exclusive professions (from journalism to the law). They gain experience, contacts and invaluable insight. Advance in a modern, networked economy can depend as much on who you know as on what you know and, for those able to secure and endure unpaid experience, an internship is a passport to a professional head-start. So Nick Clegg started talking about stopping family friends from offering these prizes ad hoc, about making sure they were paid, about setting clear entrance criteria. And the middle classes started to get uncomfortable. Because they might approve of social mobility in the abstract, but when it means that they are no longer able to trade work experience with friends on behalf of their children it ceases to be a generic social good and becomes a very real threat to their parental instincts. And what is true of internships is all the more so in debates about University admissions, school choice and a myriad other thorny issues of social mobility in practice. The truth is that 'progressive policy' and a concern for meritocracy may win near-universal support in principle but that neither is as simple in action.

The truth is that 'progressive policy' and a concern for meritocracy may win near-universal support in principle but that neither is as simple in action.

And now this is the case more so than ever. In the UK, median earners have lost roughly £2,000 in disposable income over the last two years. They are seeing an array of direct and indirect state benefits being withdrawn – from child benefit to Sure Start centres – whilst their tax-give has risen. These people know

Europe is not immune to the extreme economic libertarianism that has paralysed the US. We're not somehow 'better' or more enlightened as those on the Left so often imply.

all too well the precariousness of their hard-earned relative prosperity. They are suffering downward social mobility as we speak. And yet they have a political class which appears to lump them in with the rich, which seems unrelentingly preoccupied with saving the 'poor' and which gives the impression of being happy to sacrifice the middle class in pursuit of that messianic goal.

But these people are not the rich. They are not the obviously loathsome who hop from yacht to yacht and avoid tax. They work hard, are crippled by debt, depend solely on their working wages and are hugely vulnerable to the kinds of fluctuations and sudden stalling to which our economy has been subject these past few years. And it is these people we are asking to exchange so-called privilege with the poorest. Because no social mobility strategy will ever elevate working class kids to the ranks of oligarchs and billionaires, displacing the current occupants of Kensington mansions – it will only ever create mass meritocratic movement between the bottom and the middle.

None of which is to say that it isn't necessary to ensure fairness and mobility. Rather, this is a plea that Governments and policy makers don't fall into the trap of believing that those they are asking for sacrifice are in some way an 'elite'. They're not. They're the increasingly squeezed and put-upon middle.

If we don't recognize that, if we don't act with care, we will alienate the middle further from the progress of fairness. Europe is not immune to the extreme economic libertarianism that has paralysed the US. We're not somehow 'better' or more enlightened as those on the Left so often imply. Two-thirds of the

British middle class now say they put more into the state than they get out. They're right. And we must worry about how long these hard-working people will be prepared to carry on paying into a deal that barely rewards them at all. Asking the middle classes to pay more so that the 'poor' will suffer less, to give up privileges for their children in the interests of 'fairness' and to stop using services that they know full-well they finance will end only in tears unless we can find some compensation for a much put-upon class.

But it's not all doom and gloom. I believe there are ways to improve social mobility without unfairly disadvantaging the middle classes. It's a question of choice and a matter of thinking again about how conservative means might produce progressive ends. I want to use a recent example from the British Government to illustrate this in practice.

Free schools are an idea we have effectively bred from existing policy in Sweden and the US. It means anyone who is willing and able can set up a school and can try their best to convince students and parents to enroll with them. Of course, in order for this

I believe there are ways to improve social mobility without unfairly disadvantaging the middle classes. It's a question of choice and a matter of thinking again about how conservative means might produce progressive ends.

to work, the money must be attached to the pupil's head rather than administered as a block-grant. The pupil is – effectively – a customer. The school is – effectively – in competition with other schools to win their business. So far, so centre-right. This is the market let loose on education. And that in itself would probably serve to drive up standards for most, if not all, British students. Except that there is a vital, final piece in the schools revolution jigsaw. Poorer pupils – those from the most disadvantaged (and

disadvantaging) homes – will be worth *more* to schools. They will be carrying around with them a built-in incentive for providers to find and take them. This bonus, the *pupil premium*, effectively shapes the marketplace in a progressive direction. It serves to make up for the higher levels of ignorance and disengagement in the parents of poorer pupils by placing a bounty upon their heads and encouraging the best schools to go after them, to admit them, to teach them. There's been no outraged articles by middle class mums in the Daily Mail about the pupil premium, no protests by embittered middle class kids upset that they are worth less. This has not been as controversial as other changes designed to promote mobility. Why?

The pupil premium is accepted – popular, even – because it works with the grain of middle class morality rather than against it. It doesn't seek to stop middle class parents from choosing the best possible school for their children – in fact it is part of a series of reforms to give them more choice – but

Whereas policy in areas such as University entrance has focused on penalizing richer children for their advantage, the pupil premium simply accepts that middle class parents are right to shop around and then addresses the problem of how to get poorer parents to do the same.

it does extend those choices to others. It gives poorer children a shot at entering into the bargaining process that many middle class children embark on in choosing a school. Whereas policy in areas such as University entrance has focused on penalizing richer children for their advantage, the pupil premium simply accepts that middle class parents are right to shop around and then addresses the problem of how to get poorer parents to do the same. It is social mobility addressed through a programme of embourgeoisement and, as such, it is a policy that

reflects and promotes middle class values rather than attempting to interfere with them.

This is the model that Western Governments must adopt in tackling the intractable issues of social mobility and inequality without damaging or alienating the middle classes. We must show those who have what they have through hard work that they are not being punished for their success, rather that we will expect others to emulate and imitate their values if they wish to get ahead. What is more, we must recognize the best of what makes the middle classes who they are. Their work ethic, their emotional investment in their children, their responsible financial behaviour. We must reward those who live virtuously, rather than fretting about the advantages that their virtue gives them. We cannot, realistically, do this by offering the middle classes money – on that front they are on their own. We can, however, free them from constraints that hold them back and trample on their sense of themselves. That means giving them choice and giving them more freedom as compensation for the part they must play in paying to help others make their way in life.

An example of how this might work is in radical reform to our welfare system. Of course the middle classes finance welfare in the UK – they are the ones who earn enough to be a net contributor to the state but earn too little to avoid the tax they owe. But welfare works least well for those in the middle. For the poor – those working for minimum wage – unemployment means a small dip in income. What is more, if you do not have a mortgage the welfare system kicks in not simply to stabilize your income but also to secure your home. The effects of unemployment – whilst harsh – are not severe. Likewise, top earners

are able to insulate themselves from economic instability. They squirrel away money for a rainy day. They build up assets and they acquire protection products to insure themselves against risk. They are not immune but their assets mean that they are less vulnerable.

Medium earners have further to fall than the poor and they are less protected than the rich. They are dependent on their incomes and, when those incomes fail them, they lose their homes, their status, their car and, all too often, their family. Welfare is paid for by the middle classes. In Britain, it fails them.

We can't let the middle classes off paying for welfare entirely. We need them to carry on. But we can help to support them in protecting themselves above and beyond the feeble safety-net that the state can offer them. The middle classes should have their contribution recognized and small rebates offered to them in order to help to buy the kind of protection products and insurance that their richer neighbours have already. Likewise, in healthcare, those who pay the most towards a national system (rightly protecting the poor and reducing the risk of outrageous inequalities emerging and cementing) should be helped to have more choice, more independence and more autonomy. Just because the middle classes pay the state's bills we do not have to subject them to services unsuited to their needs, patronizing of their abilities and inflexible to their desires.

And, as with the pupil premium, we can use the goodwill that comes of greater choice and from a recognition of virtue in order to buy permission for more measures to promote social mobility – measures that work with the grain of middle class life rather than against it. In the same way that the pupil premium

works within a framework of reform to give middle class parents the control they seek so too must reform to welfare, healthcare and other public services. If we want to spend more to help the poorest then we must set the middle free to choose and to make their own decisions.

We can have a social mobility agenda in an age of austerity. But we must think carefully about what it means. In order for it to work in a time when we cannot smooth its course by greasing social wheels with money, social mobility must be constructed upon two principles. One, upward mobility must be recognizably a product of virtuous behaviour. Those who work, those who strive, those who save – we must find ways of ensuring that these are the people sucked upwards. That’s not simply important because it is fairer and more moral, it is important because it *looks* fairer and more moral. The middle classes – upon whose sacrifices a socially mobile society is founded – can only be expected to contribute if they can see the logic and the rhythm of fairness that underpins what we do with their contributions. Two, social mobility must be tied to new rewards for the middle. They must have their sacrifices and their hard work recognized. We cannot do this with money – or at least not with enough money to make it worthwhile – and we cannot do it any longer with ever-proliferating services. Instead we must do it by empowering this group to have more autonomy and more control over their lives – lives which have become more frightening and more vulnerable over just these past two years.

The middle classes – upon whose sacrifices a socially mobile society is founded – can only be expected to contribute if they can see the logic and the rhythm of fairness that underpins what we do with their contributions.

If we construct our society along these lines – with a return to emborgousiement as a principle and with a greater level of trust and choice placed in the hands of medium earners, we stand a chance. If we fail and turn instead to the old remedies – redistribution and targeted services for the poorest few – we will lose the faith of our middle classes. They will turn to us and say ‘no, we are not paying’. And they will be right to do so. Moderate conservatives, social democrats, liberals – we all believe in the deal the state can give, in its power (to different degrees) to meld a fairer society. If we wish to see off the burgeoning challenge of a politics that philosophically disagrees at a profound level, that of libertarianism, we must work together to forge a new social contract that aligns fairness with basic values and codes of behaviour and that rewards virtues such as hard work. Above all else, though, we must remember the middle classes.

Kevin alleine schuld? Über die motivationalen Grundlagen des Aufstiegs durch Bildung

von David Deißner

Die Auseinandersetzung mit der Frage, wie sozialer Ungleichheit begegnet werden sollte, bewegt sich seit jeher im Spannungsfeld zwischen zwei Positionen, die sich – holzschnittartig – etwa wie folgt beschreiben lassen: Ein hohes Maß an Ungleichheit ist moralisch defizitär und muss im Sinne distributiver Gerechtigkeit sowie im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Umverteilung ausgeglichen werden, sagen die einen. Ungleichheit ist unabwendbar und gesellschaftlich auch erträglich, wenn jedem der Weg offen steht, im Wettbewerb um soziale Positionsgüter durch eigene Anstrengung voranzukommen, sagen die anderen. Der Egalitarist verweist auf die gesellschaftlichen Kosten zu großer Ungleichheit und auf Wettbewerbsverzerrung durch unterschiedliche Startvoraussetzungen, der Leistungsethiker dagegen auf die sedierende Wirkung von Wohlfahrtsgeschenken und die erfrischende Dynamik autonomer Selbstentfaltung ohne staatliche Bevormundung. Neuere internationale Vergleichsuntersuchungen zur Wechselwirkung

zwischen der materiellen Ungleichheit von Gesellschaften und deren sozialer Dynamik haben die Debatte neu entfacht und die Frage aufgeworfen, inwiefern zwischen einer Politik der Umverteilung und einer Politik der Dynamik vermittelt werden kann und sollte. Denn offenbar werden Gesellschaften auch weniger sozial mobil, je ungleicher sie werden.¹

Wenn heute in Deutschland über Ungleichheit diskutiert wird, scheint dreierlei klar: Erstens, die problematischen Folgewirkungen wachsender Ungleichheit werden sich zukünftig angesichts knapper werdender Mittel der öffentlichen Hand und demographischer Veränderungen durch klassische Umverteilungspolitik nicht mehr wie bisher kompensieren lassen.

Zweitens, wir brauchen *mehr* soziale Aufwärtsmobilität, vor allem höhere Bildungsrenditen in sozial schwächeren Milieus, um unseren Wohlstand langfristig zu sichern. Drittens, die Chancen im sozialen Aufstiegs Wettbewerb sind in Deutschland – vor allem wegen der noch immer ausgeprägten sozialen Selektivität des Bildungswesens – besonders ungleich verteilt.

Die Frage lautet also nicht „Ausgleich oder Dynamik?“, sondern: Wie schaffen wir zuvorderst einen *Ausgleich der Chancen*, damit das Aufstiegsversprechen glaubwürdig wird und sich der Aufstiegs-wille der Benachteiligten überhaupt entfalten kann? Denn dass sich Leistung lohnen muss und jeder Anspruch auf die Früchte seiner Anstrengung hat, wird wohl

Die Frage lautet also nicht „Ausgleich oder Dynamik?“, sondern: Wie schaffen wir zuvorderst einen Ausgleich der Chancen, damit das Aufstiegsversprechen glaubwürdig wird und sich der Aufstiegs-wille der Benachteiligten überhaupt entfalten kann?

¹ R. Wilkinson, K. Pickett: *The Spirit Level: Why Greater Equality makes Societies stronger*, London: Bloomsbury 2009.

keiner bestreiten. Doch bei der Frage, wann der Leistungswettbewerb um soziale Positionsgüter fair genannt zu werden verdient, scheiden sich die Geister. Im Folgenden soll die These vertreten werden, dass eine faire Gesellschaft der Chancengleichheit nicht nur für die äußeren Bedingungen des Bildungsaufstiegs, sondern auch für die Ausbildung der hierfür notwendigen *motivationalen Grundlagen* Sorge trägt.

Doch zunächst: Was meinen wir eigentlich mit Chancengleichheit? Im Gegensatz zu der Vision einer „Ergebnisgleichheit durch Umverteilung“ entspricht das meritokratische Prinzip der Chancengleichheit offenbar einer weitgehend konsensfähigen Gerechtigkeitsauffassung: Ungleichheit ist erträglich und moralisch unproblematisch, solange den Tüchtigen die Vorfahrt gewährt wird. Chancengleichheit meint, dass im Wettbewerb um soziale Positionsgüter jede sich bewerbende Person nach gleichen Regeln antritt, „um unterschiedliche Talente aufzuzeigen, die dann zu ungleichen Wahrscheinlichkeiten auf Erfolg und ungleichen Ergebnissen führen.“² Stefan Gosepath unterscheidet in seinem Beitrag im vorliegenden Band nun weitere Unterformen der Chancengleichheit. Damit Chancengleichheit als im eigentlichen Sinne „gerecht“ empfunden wird, bedarf es offenbar ergänzender Kriterien, etwa, dass der Wettbewerb jedem offen steht und die Befähigung des Statusaspiranten, sein *Verdienst* – und nicht etwa das Los – als Vergabekriterium für die Besetzung von Stellen und Positionen gilt (formale Chancengleichheit). Zudem sollten zufällige Faktoren wie die soziale Herkunft nicht darüber entscheiden, ob bzw. inwiefern sich Talente entfalten können. Der Grundsatz, dass „Laufbahnen den Fähigen offen stehen“ müssen, bedarf mithin der Ergänzung, dass die Entwicklung eben jener erfolgsbestimmenden

Fähigkeiten und Talente nicht durch eine sozial oder materiell nachteilige Ausgangslage behindert wird (faire Chancengleichheit). Hier liegt die normative Grundlage einer umfassenden Sozial- und Bildungspolitik: Erst wenn strukturelle und materielle Bedingungen dafür gegeben sind, dass alle „bei gleichen Begabungen und Motivationen unabhängig von den zwischen ihnen bestehenden sozialen Ungleichheiten gleiche Chancen haben“, ist der Wettbewerb fair. Soweit so gut?

Nicht ganz, denn freilich sind die Chancen auch unter diesen meritokratisch idealtypischen Bedingungen streng genommen immer noch nicht gleich. Gosepath nennt das meritokratische Versprechen „betrügerisch“, weil es über die Macht kontingenter Faktoren hinwegtäuscht, etwa über die naturgemäß ungleiche Verteilung von Talenten.³ Aber empfinden wir eine Gesellschaft als ungerecht, wenn die Talentierten reüssieren? Wenn also – mit Platon – im Staat „jeder das Seine tut“, weil eben nicht jeder alles kann? Dies ist offenkundig nicht der Fall. Dass grundsätzlich eher überdurchschnittlich analytisch begabte Menschen Lehrstühle für theoretische Physik an Eliteuniversitäten bekleiden, ist eine darwinistische Grausamkeit, mit der die meisten Menschen einigermaßen leben können. Wir würden es sogar als ungerecht, ja totalitär empfinden, wenn alle naturgegebenen Unterschiede eingeebnet würden.⁴ Entscheidend ist vielmehr, dass bei unterschiedlichen sozialen Startvoraussetzungen, aber gleichem Talent gleiche Chancen

² Beitrag von Stefan Gosepath im vorliegenden Band: Chancengleichheit, S. 16.

³ Ebd., S. 26.

⁴ Vgl. Beitrag von Gerhard Schwarz in diesem Band, S. 45f.

bestehen, dass es bei gleichen Bedingungen am Ende also nur noch auf die *Anstrengungsbereitschaft* des Einzelnen ankommt. Im Kern geht es bei der Beschreibung „fairer Chancengleichheit“ also immer um die Frage: Wo verläuft die Grenze zwischen fremdverschuldeter Benachteiligung und selbstverantwortetem Versagen? Wann ist ein Zustand erreicht, in dem sich legitimerweise sagen ließe: „Wer selbst unter diesen (fairen) Bedingungen nicht in die Gänge kommt, ist selbst schuld“? Diese Grenze ist weniger einfach zu bestimmen, als es zuweilen den Anschein hat. Wer im Gestus leistungsethischer Empörung die „Trägheit der Unterschicht“ beklagt, geht offenbar davon aus, die Grenze zur Autonomie und Heteronomie ließe sich ohne Weiteres bestimmen und verkennt dabei doch den komplexen Zusammenhang zwischen individuellem Aufstiegswillen und sozialer Lage.

Die Auffassung einer gerechten Leistungsgesellschaft, in der faire Chancengleichheit herrscht, ist nämlich, so meine ich, noch in weiterer Hinsicht betrügerisch: Das meritokratische Gesellschaftsmodell setzt ein Subjekt voraus, das seine Talente dank fairer gesellschaftlicher Bedingungen bestmöglich entwickelt hat, sich seiner Startvoraussetzungen und der objektiven Bedingungen des Wettkampfes klar bewusst ist, und sich also selbstbestimmt in den Kampf um soziale Positionsgüter begibt. Man muss kein besonderer Menschenkenner sein, um zu sehen, dass es sich hier um ein gesellschaftstheoretisches Fabelwesen handelt. Denn in Wirklichkeit liegen die Dinge natürlich komplizierter: Auch Risikobereitschaft, Selbsteinschätzung, Anstrengungsbereitschaft, Motivation und andere Fähigkeiten der Selbstregulation, die gemeinhin als verdienstvoll gelten, bestehen nicht unabhängig von der sozialen Schichtzugehörigkeit. Fair ist der Wettbewerb also bei scheinbar gleichen Chancen

auch deswegen nicht, weil der sozial schwächere Teilnehmer ein anderes Bild von sich und der Lage vor Augen hat. Er schätzt die vor ihm liegende Herausforderung – etwa in Schule, Ausbildung, Studium oder im Beruf – im Verhältnis zu den eigenen Fähigkeiten anders ein als sein sozial bevorteilter Konkurrent, und damit auch die Erfolgswahrscheinlichkeit etwaiger Anstrengungen. Es käme in einer Gesellschaft fairer Chancengleichheit also nicht nur auf die Entwicklung von Talenten an, sondern auch auf Anleitung und Befähigung, um diese adäquat einzusetzen, oder, neudeutsch, auf „Empowerment“. Dass es immer auch Ausnahmepersönlichkeiten gibt, die sich trotz widriger sozialer Bedingungen zum Vorstandsvorsitzenden hocharbeiten, ändert nichts an diesem strukturellen Problem. Denn die Verfügbarkeit von Talenten erfordert offenbar nicht nur deren Vorhandensein, sondern so etwas wie introspektive Gewissheit, Zuversicht, Erfahrungen des Gelingens, einen geschärften Blick für erreichbare Ziele und ein realistisches Bild der eigenen Fähigkeiten, damit sich Handlungspotenzial überhaupt entfalten kann. Die empirische Bildungsforschung hat dieses Phänomen der je nach sozialer Schichtzugehörigkeit unterschiedlich ausgeprägten Zuversicht und Bereitschaft zu Investitionen in Bildung sowie unterschiedliche Leistungseinschätzungen bei gleicher Kompetenz wiederholt aufgezeigt.⁵ Wer sich nicht anstrengt oder nur wenig für die Bildung der eigenen Kinder unternimmt,

Auch Risikobereitschaft, Selbsteinschätzung, Anstrengungsbereitschaft, Motivation und andere Fähigkeiten der Selbstregulation, die gemeinhin als verdienstvoll gelten, bestehen nicht unabhängig von der sozialen Schichtzugehörigkeit.

⁵ Vgl. etwa D. Gambetta: *Were They Pushed or Did They Jump? Individual Decision Mechanisms in Education*, Cambridge: Cambridge University Press 1987.

ist also nicht notwendigerweise willensschwach oder faulheitsbedingt unmotiviert oder gar wesenhaft bildungsunwillig, sondern stellt – mehr oder weniger bewusst – andere Kostenkalkulationen an als sein sozial besser gestellter Konkurrent. Oder bestimmte Handlungsoptionen treten herkunftsbedingt gar nicht erst ins Bewusstsein. Selbst wenn also scheinbar objektiv gleiche Ausgangsbedingungen und Talentvoraussetzungen vorliegen, wird der Wettbewerb durch die herkunftsbedingt unterschiedliche Wahrnehmung dieser Bedingungen und des zu erwartenden Lohns verzerrt. Die Selbstverortung innerhalb des sozialen Gefüges, das Verhältnis zu „Gatekeepern“ und Statusinhabern (Lehrer, Schulleiter, Ämter, Professoren und Chefs etc.) sowie die habituelle Zuordnung zu den Gewinnern oder Verlierern hat einen kaum zu überschätzenden Effekt auf Bil-

Selbst wenn also scheinbar objektiv gleiche Ausgangsbedingungen und Talentvoraussetzungen vorliegen, wird der Wettbewerb durch die herkunftsbedingt unterschiedliche Wahrnehmung dieser Bedingungen und des zu erwartenden Lohns verzerrt.

dungsentscheidungen von Eltern, aber auch auf die eigene Kompetenzüberzeugung und damit auf die tatsächliche Performance. Soziale Benachteiligung wirkt im Sinne fortschreitender und über Generationen vererblicher Selbstzuschreibung endemisch. Oder,

anders ausgedrückt, sozial Benachteiligte sind nicht nur benachteiligt, weil sie es sind, sondern weil sie sich dafür halten. Soziale Machtverhältnisse werden also nicht nur durch materielle Ungleichheit stabilisiert, sondern auch durch Verinnerlichung der sozialen Rolle. Die etablierte Gruppe – so Norbert Elias in seinen Bemerkungen *Zur Theorie von Etablierten-Außen-seiter-Beziehungen*⁶ – hat gewöhnlich „einen Verbündeten in einer inneren Stimme der Unterlegenen selbst“. Passivität und

mangelnde Zuversicht werden so zum wesentlichen Moment der Persönlichkeitsstruktur. Die sozial Schwächeren erleben ihre „geringere Macht emotional als ein Zeichen ihres geringeren Werts“.

Sozial Benachteiligte sind nicht nur benachteiligt, weil sie es sind, sondern weil sie sich dafür halten. Soziale Machtverhältnisse werden also nicht nur durch materielle Ungleichheit stabilisiert, sondern auch durch Verinnerlichung der sozialen Rolle.

Der Soziologe Heinz Bude hat in einem bemerkenswerten Essay die bedrückenden Symptome sozialer Exklusion, wie sie heute in den Randbezirken deutscher Großstädte vorzufinden sind, anschaulich beschrieben. In der Gemeinschaft der sozial Exkludierten herrsche eine „Atmosphäre abgestumpfter Gleichförmigkeit“. Man habe sich daran gewöhnt, „wenig zu besitzen, wenig zu tun und wenig zu erwarten.“⁷ Wer im Leben immer wieder die Erfahrung gemacht hat, dass die eigene Leistung nicht ausreicht, dass der eigene Beitrag zum gesellschaftlichen Geschehen marginalisiert wird, dass die Fähigkeiten nicht ausreichen oder gar nicht gebraucht werden – und dass es womöglich bei den eigenen Eltern auch nicht anders war – verbleibt entweder innerhalb der Grenzen einer mehr oder weniger komfortablen Transferleistungsexistenz. Oder aber er wendet sich von dem Sinnangebot der Mehrheitsgesellschaft ab, einer „Leitkultur“, in der er vornehmlich Ablehnung und Misserfolg erfahren hat, und kompensiert die Frustrationserfahrungen mit Gewalt oder glitzernden Lebensentwürfen („Superstar“, schnelle Autos, schnelles Geld).

6 N. Elias, J.L. Scotson: Etablierte und Außenseiter, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993, darin: Zur Theorie von Etablierten-Außenseiter-Beziehungen, S. 19ff.

7 Heinz Bude: Die Ausgeschlossenen: Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München: Hanser 2008, S. 10.

Was diese zugegeben etwas grob gezeichnete Typologie verdeutlichen soll: Wer es mit dem Ruf nach einer sozial dynamischeren Gesellschaft ernst meint und glaubt, Menschen aus sozial schwachen Milieus mit dem Slogan „Aufstieg durch Bildung“ hinter dem Ofen hervorlocken zu können, verkennt die prägende Kraft der sozialen Lage.⁸ Er verkennt aber auch das bisherige Unvermögen unserer Bildungseinrichtungen, Schüler aus sozial schwierigen Elternhäusern vor einem oft lebensbestimmenden Verlust von Motivation und Anstrengungsbereitschaft zu bewahren. Deutschlands Schulen produzieren jedes Jahr hunderttausende Schulabgänger, die auf eine frustrierende Geschichte von Misserfolgserfahrungen und fruchtlosen Maßregelungen zurückblicken, junge Menschen, denen das (schulische) Versagen gleichsam in Fleisch und Blut übergegangen ist, und die schulische Bildung zu keinem Zeitpunkt als ein attraktives Sinnangebot erfahren haben.

Ein Fellow des Brennpunktschul-Programms *Teach First* hat den Alltag an einer Schule in sozial schwieriger Lage unlängst wie folgt beschrieben:

„Lehrerinnen und Lehrer haben in allen Jahrgangsstufen über Gebühr damit zu tun, die Selbstkompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu kontrollieren, deren mangelnde Ausbildung zu registrieren und zu sanktionieren. Das alltägliche Spiel um nicht gemachte Hausaufgaben, vergessene Arbeitsmaterialien, Verspätungen, störendes und unproduktives Verhalten im Unterricht und das regelmäßige Verstoßen gegen allgemeine und verbindliche Regeln erschöpft sich stets in diesem Ritual aus Vergehen und Strafe. Nicht nur, dass für dieses Ritual viel Zeit aufgewandt werden muss. Die meisten Lehrerinnen und Lehrer machen sehr selten die Erfahrung einer bedeutenden Besserung,

eines dauerhaften Fortschritts. Stattdessen werden die Konsequenzen mit zunehmendem Alter drastischer, bis ab der achten, spätestens aber in der neunten Jahrgangsstufe unverhohlen mit dem ultimativen Scheitern der Schullaufbahn („Am Ende stehst du ohne Abschluss da!“) und mit der Aussichtslosigkeit auf dem Arbeitsmarkt gedroht wird – vorzugsweise beim Elternsprechtag oder im Beisein aufgebrachter Erziehungsberechtigter. Nachdem sich also jahrelang in schöner Regelmäßigkeit herausgestellt hat, dass der Schüler XY nicht in der Lage ist, sein Buch in den Unterricht mitzubringen, soll er nun für sein gesamtes Leben die Verantwortung übernehmen und die richtigen Entscheidungen treffen. Das Schreckgespenst ‚Ernst des Lebens‘ ist aber nur das alarmierende Symptom eines allgegenwärtigen Scheiterns von Schule.“

Was aber soll Schule hier tun? Dass es einer pädagogischen Herkulesaufgabe gleicht, Schüler, denen es an fundamentalen Fähigkeiten der Selbststeuerung und Affektkontrolle mangelt,

Deutschlands Schulen produzieren jedes Jahr hunderttausende Schulabgänger, die auf eine frustrierende Geschichte von Misserfolgserfahrungen und fruchtlosen Maßregelungen zurückblicken, junge Menschen, denen das (schulische) Versagen gleichsam in Fleisch und Blut übergegangen ist, und die schulische Bildung zu keinem Zeitpunkt als ein attraktives Sinnangebot erfahren haben.

8 Hier soll nicht die Auffassung vertreten werden, autonome Lebensgestaltung sei unmöglich. Vielmehr geht es um die Herausarbeitung der je nach sozialer Lage unterschiedlichen Voraussetzungen von Motivation und Anstrengungsbereitschaft, die im Bildungsprozess bedacht werden müssen. Die Befähigung zu autonomer Selbststeuerung sowie die Ausbildung und Aufrechterhaltung von Motivation ist zentraler Teil des Bildungsauftrags. Die Tatsache, dass Motivation (auch) sozial bedingt ist, ändert aber nichts daran, dass Motivation und Anstrengungsbereitschaft aus prudenziellen Gründen, d.h. im Interesse der gesamtgesellschaftlichen Gerechtigkeit, legitime Kriterien für die Vergabe sozialer Positionsgüter sind. Siehe hierzu den Beitrag von Stefan Gosepath in vorliegendem Band, S. 28.

für Algebra und Wortartenbestimmung zu begeistern, soll hier gar nicht in Abrede gestellt werden. Auch nicht, dass die Schu-
len mit den Folgen sozialer Verwahrlosung nicht allein gelassen
werden dürfen. Längst überfällig ist die Etablierung einer mul-
tiprofessionellen Schule, in der Sozialarbeiter, Psychologen und
Mentoren selbstverständlicher und gleichermaßen anerkannter
Teil des Kollegiums sind. Gerade Brennpunktschulen brauchen

**Darf es uns verwundern, dass konstante
schulische Abwertungserfahrung und
jenes ewig wiederkehrende Ritual von
„Vergehen und Strafe“ im Selbstbild
problematischer Schüler ihre Spuren
hinterlassen? Ja, dass Langeweile, Fata-
lismus oder offene Opposition vielerorts
den schulischen Alltag prägen?**

zukünftig eine „Erschwerniszu-
lage“, wenn die Arbeit gelingen
soll. Doch auch unter weniger
guten Bedingungen wäre die Aus-
rede zu billig, diese jungen Men-
schen hätten sich ja gefälligst
ein bisschen mehr anstrengen
können oder seien bereits „ver-
korkst“ in der Schule angekom-

men. Der Bruch mit der Norm und den Leistungserwartungen
der Schule, die Verweigerung von Anstrengung und Disziplin,
Apathie und Tatenlosigkeit sind schwerwiegende Sozialisations-
schäden, Massenphänomene mit hohen gesellschaftlichen und
volkswirtschaftlichen Folgekosten. Sie zeugen in erster Linie
von lernungünstigen häuslichen Milieus und verfehlten Erzie-
hungsstilen; sie zeugen aber auch von einem Bildungssystem,
das sein Kompensationspotenzial verschenkt und die motiva-
tionalen Grundlagen der Talententfaltung verkümmern lässt,
ein System, in dem es allzu oft geschieht, dass Jugendliche aus
schwierigen Verhältnissen in einen schulischen Abwärtsstrudel
geraten. Nicht selten liefern sich Lehrkräfte gerade mit schwieri-
gen Schülern einen für beide Seiten aufreibenden Überbietungs-
wettbewerb zwischen Delinquenz und Bestrafung. Darf es uns

verwundern, dass konstante schulische Abwertungserfahrung und jenes ewig wiederkehrende Ritual von „Vergehen und Strafe“ im Selbstbild problematischer Schüler ihre Spuren hinterlassen? Ja, dass Langeweile, Fatalismus oder offene Opposition vielerorts den schulischen Alltag prägen?

Eine faire Gesellschaft muss für ihre sogenannten Risikoschüler eine Schule anbieten, die sich im Kern nicht (nur) als Wissensvermittlungsanstalt versteht, sondern als eine „Sozialisationsagentur“, die nicht nur Mathematik, Deutsch und Englisch unterrichtet, sondern Persönlichkeit bildet. Sie muss ihre Kinder und Jugendlichen dazu befähigen, von ihrer Freiheit überhaupt erst Gebrauch zu machen. Die Umstellung von der Input-Orientierung hin zur Kompetenzorientierung ist zwar seit vielen Jahren pädagogischer Konsens und durchdringt, zumindest rhetorisch, die Lehrpläne aller Bundesländer; die Haltung vieler Lehrkräfte ist jedoch noch immer eine andere. Sie beklagen die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Vermittlung der aufgegebenen Stofffülle, anstatt sich die Frage zu stellen, wie es ihnen, gegebenenfalls auch mit radikalen und unkonventionellen Methoden, gelingen könnte, ihre Schüler für das Schulgeschehen zu begeistern.

Nicht selten hört man von erfahrenen Lehrkräften, dass es in früheren, vordigitalen und prähedonistischen Zeiten um Disziplin und Aufmerksamkeit besser bestellt gewesen sei. Kulturpessimistische Klagen über vermeintlich immer „schwierigere“, undisziplinierte und unmotivierte Schüler oder unbeherrschbare Klassen helfen jedoch nicht weiter. Sie beruhen auf der irrigen Annahme, die Fähigkeit zur Selbstregulation sei „mitzubringen“ und nicht eigentlich Teil des Bildungsauftrags. Das Gegenteil ist der Fall: Insbesondere Schulen in sozial schwie-

riger Lage müssen es als ihren vornehmsten Auftrag begreifen, ihre Schüler zur motivationalen Selbststeuerung zu befähigen. Durch die traditionelle Fixierung auf Curricula und Unterrichtsstoff gerät aus dem Blick, dass die Beschulung von psychosozial vorbelasteten Schülern vor allem ein Ziel verfolgen sollte, nämlich zu verhindern, dass aus potenziellen Bildungsverlierern auch Motivationsverlierer werden. Die Verbesserung von einer Fünf auf eine Vier minus ist pädagogisch wertlos, wenn sich ein Jugendlicher innerlich längst von der Schule abgewandt hat, täglich durch abweichendes Verhalten auffällt und seine Sinnangebote ausschließlich in der Freizeit sucht.

Natürlich ist Lernen keine reine Spaßveranstaltung. Lernen erfordert Anstrengungsbereitschaft, Konzentration und Durchhaltevermögen. Wenn jedoch – und dies zeigt die Erfahrung – diese Tugenden immer seltener von zu Hause mitgebracht werden, hilft es nicht weiter, ein „Lob der Disziplin“ anzustimmen und den Druck durch Sanktionsandrohungen zu erhöhen. Vielmehr müssen wir uns die Frage stellen, wie Affektkontrolle, re-

alistische Selbsteinschätzung, Konzentrationsfähigkeit, Frustrationstoleranz (Ertragen von Rückschlägen) und andere Selbstregulationsfähigkeiten Schritt für Schritt und effektiver als bisher eingeübt werden können, gegebenenfalls auch außerhalb des eigentlichen

Auf die Frage „Was geht mich das an?“ muss eine Antwort her, die mehr beinhaltet als den Hinweis auf die – in vielen Fällen ohnehin mediokren – Berufsaussichten.

Unterrichts im Rahmen von Theater-, Teamsport- oder Engagementprojekten. Angeleitete, späterhin jedoch selbstaufgelegte Disziplin in der konsequenten Verfolgung eines Ziels, das einen Bezug zur eigenen Lebenswelt hat, ist dem Lernprozess allemal zuträglicher als Disziplin infolge erhöhten Leistungsdrucks oder

in Antizipation von Strafarbeiten. Insbesondere bei schwierigen Schülern, die zu „unangepasstem Bewältigungshandeln“ neigen (schnelles Aufgeben oder Vermeiden schwieriger Aufgaben), führt eine starke Leistungsorientierung eher zu Hilflosigkeit, sofern die eigenen Fähigkeiten gering eingeschätzt werden.⁹ Jeder Mensch hat ein angelegtes Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Kompetenzerleben. Die Kunst des Unterrichts bestünde eher darin, beim Schüler jenes motivationsförderliche Gefühl der Passung zwischen der gestellten Aufgabe und eigenen Kompetenz zu erzeugen. Gerade bei vermeintlichen Verweigerern wird sich kaum etwas erreichen lassen, wenn es nicht gelingt, die „gefühl- und wertebezogene Bedeutsamkeit bzw. Valenz des Lerngegenstandes“¹⁰ zu fördern. Auf die Frage „Was geht mich das an?“ muss eine Antwort her, die mehr beinhaltet als den Hinweis auf die – in vielen Fällen ohnehin mediokren – Berufsaussichten.

Dass die Vermittlung von Disziplin als einer Selbstregulationskompetenz nicht ohne hohes Interesse, innere Anteilnahme am Lerngegenstand und Kompetenzüberzeugungen funktioniert, hat der Philosoph und Pädagoge John Dewey bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts formuliert: Interesse und Disziplin sind korrelative Aspekte zielgerichteten Handelns. Nur wenn der Lerngegenstand einen Bezug zur je eigenen Wirklichkeit des Handelns hat, wenn dieser Bezug erkannt und die Aufgabe

⁹ Carol S. Dweck: Self-theories and goals: Their role in motivation, personality, and development, in: R.A. Dienstbier (Hrsg.), Nebraska symposium on motivation. Vol. 38: Perspectives on Motivation. Lincoln, NE: University of Nebraska Press, S. 199-235.

¹⁰ Ulrich Schiefele: Motivation, in: E. Wild und J. Müller (Hrsg.): Pädagogische Psychologie. Heidelberg: Springer 2009, S. 151-177, hier: S. 172.

somit als sinnvoll erfahren wird, entfaltet sich die intentionale Energie, derer es bedarf, um sich eine Fähigkeit hartnäckig und ausdauernd anzueignen.¹¹ Die Neurobiologie unserer Tage kommt zu ähnlichen Erkenntnissen: Lernen gelingt vor allem dann, wenn der Lerngegenstand mit positiven Emotionen verknüpft ist, insofern das Lernziel als subjektiv wertvoll und erstrebenswert und die nötige Anstrengung als sinnvoll erlebt wird.

Fähigkeiten der Selbstregulation und eine „motivationale Grundhaltung“ sind also nicht nur die Voraussetzung, sondern auch das Ergebnis guten Unterrichts.¹² Die Erfahrung zeigt, dass es manchen Schulen und ihren Lehrkräften auch unter sozial schwierigen Bedingungen auf beeindruckende Weise gelingt, ihre Schüler zu motivieren, während in anderen Schulen das Unterrichten nahezu unmöglich wird. Woran liegt das? Die Ausstattung und der Personalschlüssel der Schule ist hier nicht unbedingt das entscheidende Kriterium. „Wie umfangreich“, so Bildungsforscher Ulrich Trautwein, „Selbstregulationsstrategien im herkömmlichen Unterricht tatsächlich erlernt und eingeübt werden, hängt vermutlich stark von den jeweiligen Klassen- bzw. Fachlehrern ab.“ Angesichts der kaum zu überschätzenden Relevanz der motivationalen Grundlagen für die gesamte Bildungsbiografie muss es uns besorgen, dass der Zusammenhang zwischen Unterrichtsmethoden und der Ausbildung motivationaler Selbstregulation empirisch nicht befriedigend untersucht ist. Es fehlt, so Trautwein, „sowohl an überzeugenden, gut replizierten empirischen Nachweisen wie auch – ausbildungsbedingt – an einem elaborierten Verständnis der Lehrkräfte für motivationale Prozesse.“ Hier geht es nicht um erziehungswissenschaftliche Fingerübungen, sondern um die Frage, ob ganze Klassen ihren

Lehrkräften zukünftig weiterhin entgleiten oder ob Lernen auch in sozial schwierigerem Umfeld überhaupt noch gelingen kann.

Wir brauchen mehr empirische und zugleich praxisorientierte Forschung über motivationale Prozesse im Verhältnis zur Schul- und Unterrichtsgestaltung, insbesondere Interventionsstudien unter sozial schwierigen Bedingungen sowie eine Abkehr von der in vielen Klassenzimmern noch immer üblichen Defizitorientierung, einer Haltung, die nicht selten aus Überforderung und Ratlosigkeit erwächst und die Kompetenzüberzeugungen im Keim erstickt. Die Forschung weiß schon jetzt: Motivation setzt Interesse, Kompetenzwahrnehmung, Selbstbestimmung, soziale Bezogenheit und das Gefühl subjektiver Bedeutsamkeit, also auch den Bezug zur außerschulischen Erlebniswelt voraus.¹³ Dieser Erkenntnisstand muss konsequent

Wir brauchen mehr empirische und zugleich praxisorientierte Forschung über motivationale Prozesse im Verhältnis zur Schul- und Unterrichtsgestaltung, insbesondere Interventionsstudien unter sozial schwierigen Bedingungen sowie eine Abkehr von der in vielen Klassenzimmern noch immer üblichen Defizitorientierung, einer Haltung, die nicht selten aus Überforderung und Ratlosigkeit erwächst und die Kompetenzüberzeugungen im Keim erstickt.

11 John Dewey: *Democracy and Education*, Radford: Wilder Publications 2008, S. 117ff.: "Interest represents the moving force of objects – whether perceived or presented in imagination – in any experience having a purpose. In the concrete, the value of recognizing the dynamic place of interest in an educative development is that it leads to considering individual children in their specific capabilities, needs, and preferences (...) This connection of an object and a topic with the promotion of an activity having a purpose is the first and the last word of a genuine theory of interest in education."

12 Vgl. hier und im Folgenden, Kommentar von Ulrich Trautwein in: "Lehre(r) in Zeiten der Bildungsangst: Eine Studie zum Prestige des Lehrerberufs und zur Situation an den Schulen in Deutschland", Vodafone Stiftung Deutschland 2012.

13 Vgl. Ulrich Schiefele (2009), S. 172.

Eine faire Gesellschaft der Chancengerechtigkeit muss nicht nur Strukturen schaffen und verbessern, sie muss grundsätzlich verstehen, unter welchen Bedingungen sich die motivationalen Kräfte eines Menschen entfalten.

in Aus- und Fortbildungsmodulen überführt und Teil gelebter Schulkultur werden. Da Schulen und Lehrer mit den zunehmenden sozialen Belastungen nicht allein gelassen werden dürfen, muss auch viel stärker als bisher

darüber nachgedacht werden, wie das Kompetenzerleben an außerschulischen Lernorten, etwa im Ganztagsangebot oder in Vereinen, gesteigert und enger mit Schule verknüpft werden kann. Schülerinnen und Schüler, die in Projekten oder beim Sport eigene Kompetenz und Selbststeuerung erfahren, kommen auch anders in den Unterricht. Die Anerkennung von Leistung und Engagement außerhalb des eigentlichen Unterrichts kann, auch dies zeigt die Erfahrung, das Schul- und Lernklima merklich verbessern und auch „verloren“ geglaubte Schüler wieder für das Schulgeschehen erwärmen.

Eine faire Gesellschaft der Chancengerechtigkeit muss nicht nur Strukturen schaffen und verbessern, sie muss grundsätzlich verstehen, unter welchen Bedingungen sich die motivationalen Kräfte eines Menschen entfalten. Motivation ist die eigentliche Grundlage, die „psychische Kraft und Verhaltensbereitschaft“¹⁴, die den Einzelnen und damit auch die Gemeinschaft in zuversichtliche Bewegung versetzt. Die Erfahrung zeigt, dass unsere Bildungsinstitutionen auch bei gleich (bescheidener) Ressourcenausstattung in dieser Hinsicht höchst unterschiedliche Resultate erzielen. Es darf vermutet werden, dass sich durch lehrer- und unterrichtsbezogene Maßnahmen langfristig mehr erreichen lässt als durch weitere Strukturdiskussionen und Bildungspakete. Hier gibt es noch viel zu tun.

14 Ebd., S. 152.

Über die Autoren

Stefan Gosepath

Prof. Dr. Stefan Gosepath, geboren 1959, studierte Philosophie, Geschichte und Germanistik an den Universitäten Tübingen, der Freien Universität Berlin und der Harvard University. Von 1988 bis 2000 arbeitete er zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter, nach seiner Promotion 1992 als wissenschaftlicher Assistent für Philosophie an der Hochschule der Künste Berlin. 1996 verbrachte er einen einjährigen Auslandsaufenthalt als Visiting Fellow an der Columbia University und der Harvard University. Es schloss sich eine Projektmitarbeit an der Universität St.Gallen von 2001 bis 2002 an. Nach seiner Habilitation 2002 trat Stefan Gosepath eine Privatdozentur für Philosophie an der Freien Universität Berlin an und nahm Vertretungsprofessuren in Gießen, Wien und Potsdam wahr. 2004-2007 hatte er die Professur für Praktische Philosophie an der Justus-Liebig-Universität Gießen inne. 2007–2009 war er Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Universität Bremen. Seit 2009 ist er Professor für Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main im Rahmen des Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“.

Gerhard Schwarz

Dr. oec. Schwarz, geboren 1951 in Hard, Österreich, studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen. Er war mehrere Jahre Assistent bei Walter Adolf Jöhr und absolvierte Studienaufenthalte in den USA und Kolumbien. 1980 promovierte er mit einer entwicklungsökonomischen Arbeit zum Thema Mikroindustrialisierung in Kolumbien. 1981 trat er in die Wirtschaftsredaktion der Neuen Zürcher Zeitung ein und arbeitete in den Jahren 1982 bis 1986 als Wirtschaftskorrespondent in Paris. Ab 1994 leitete er die Wirtschaftsredaktion. Von 2008 bis 2010 war er stellvertretender Chefredakteur der NZZ. Seine Arbeitsschwerpunkte waren Konjunkturpolitik, Ordnungspolitik und Geldpolitik. Seit 1989 ist er Lehrbeauftragter an der Universität Zürich. Seit 2010 ist Gerhard Schwarz Direktor der Denkfabrik Avenir Suisse.

Unter anderem ist er Vorsitzender der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft und Vizepräsident der Progress Foundation. Er ist Träger des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik und des Jahrespreises der Stiftung für abendländische Ethik und Kultur.

Anke Hassel

Prof. Dr. Anke Hassel studierte Politik- und Wirtschaftswissenschaften sowie Rechtswissenschaften an der Universität Bonn und an der London School of Economics and Political Science. Ab 1997 forschte sie am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. 1998 erlangte sie ihren Dokortitel an der Ruhr-Universität Bochum, wo sie 2003 auch habilitierte. 2003/2004 war sie im Planungsstab des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) tätig und erhielt im Jahr 2005 einen Ruf an die Jacobs University Bremen als Professorin für Soziologie. Seit 2005 ist sie Professorin für Public Policy an der Berliner Hertie School of Governance. Von 2009 bis 2011 war sie Senior Visiting Fellow am European Institute der London School of Economics. Zudem ist sie Redaktionsmitglied des European Journal of Industrial Relations und schreibt für diverse Magazine.

Isabel Sawhill

Isabel Sawhill promovierte 1968 an der New York University. Danach arbeitete sie am Urban Institute der National Commission for Employment Policy und die Association for Public Policy and Management. Zudem war sie als Associate Director im Office of Management and Budget in der ersten Amtszeit der Clinton-Administration tätig. An der Brookings Institution hatte sie die Position des Vice President und Leiter der Economic Studies inne und ist dort derzeit Senior Fellow.

Sawhill gründete die gemeinnützige Organisation The National Campaign to Prevent Teen Pregnancy und arbeitete für mehrere andere Non-Profit-Boards. Sie ist Chefredakteurin von The Future of Children, ein gemeinsames Projekt mit der Princeton University und Autorin mehrerer Publikationen.

Timothy M. Smeeding

Prof. Dr. Timothy Smeeding studierte Wirtschaftswissenschaften am Canisius College und an der University of Connecticut. 1975 promovierte er an der University of Wisconsin-Madison. Von 1975 bis 1976 war er Assistant Professor am Bowdoin College und ab 1976 Associate Professor an der University of Utah. Ab 1987 war er als Professor an der Vanderbilt University und an der Syracuse University tätig. Ebenfalls an der Syracuse University war er von 1999 bis 2006 Maxwell Professor of Public Policy und ab 2006 Distinguished Professor of Economics and Public Administration. Seit 2008 ist er Direktor am Institute for Research on Poverty an der University of Wisconsin-Madison. Zudem ist Smeeding seit 2003 Senior Research Affiliate am National Poverty Center an der University of Michigan und Faculty Fellow an der Stanford University im Center for the Study of Poverty and Inequality. 2008 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Stockholm University verliehen.

Thomas Straubhaar

Prof. Dr. Thomas Straubhaar, geboren 1957, schloss 1981 das Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern mit dem Diplom ab. Von 1981 bis 1989 war er Assistent am dortigen Volkswirtschaftlichen Institut. 1983 erfolgte die Promotion zum Dr. rer. pol. und 1986 die Habilitation. 1989/90 war er Lehrbeauftragter im Aufbaustudium Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität Konstanz und von 1989 bis 1992 Lehrbeauftragter für Wirtschaftspolitik an der Universität Basel. 1991/92 war er außerdem als Stellvertreter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg im Breisgau tätig. 1992 wurde Straubhaar als Professor für Volkswirtschaftslehre an die Universität der Bundeswehr Hamburg berufen. Seit 1999 ist er Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg und war zugleich Präsident des 2006 geschlossenen Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Im Jahr 2005 wurde Straubhaar Direktor des damals neu gegründeten Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts (HWWI). Von 2008 bis 2011 gehörte er dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration an.

Max Wind-Cowie

Max Wind-Cowie schloss 2007 sein Studium der International Relations an der University of Wales mit dem Bachelor of Economic Science ab. 2007 war er Mitglied des Corporate Affairs teams der Charity Commission. 2008 wechselte er zu Mind und arbeitete im Policy and Campaigns Team. Seit 2009 ist er im Think Tank von Demos zuerst als Wissenschaftler und seit 2010 als Leiter des Progressive Conservatism Project tätig. Er hat zudem für einen britischen Abgeordneten gearbeitet und schreibt Kommentare für diverse Zeitungen und Blogs.

David Deißner

David Deißner, geboren 1976, studierte Philosophie, Politik- und Literaturwissenschaft in Heidelberg und Oxford. 2007 wurde er an der Universität Oxford zum Doctor of Philosophy promoviert. Seit 2009 verantwortet er den Programmbereich Think Tank, Bildungsforschung und Integration der Vodafone Stiftung Deutschland. Nach seiner Ausbildung an der Axel-Springer-Journalistenschule arbeitete er bis 2008 als Redakteur in der Politikredaktion der WELT-Gruppe und publizierte dort insbesondere zu aktuellen Fragen der Bildungspolitik. Im Jahr 2010 war Deißner Associate des in Berlin ansässigen Think Tank „stiftung neue verantwortung“, 2012 Teilnehmer im Young-Leaders-Programm der Atlantik-Brücke.

Über die Vodafone Stiftung

Erkennen. Fördern. Bewegen.

Die Vodafone Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland und Mitglied einer weltweiten Stiftungsfamilie. Als eigenständige gemeinnützige Institution fördert und initiiert sie als gesellschaftspolitischer Thinktank Programme mit dem Ziel, Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt zu geben, die Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft anzustoßen und gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen. Das Förderprofil steht unter dem Leitmotiv „Erkennen. Fördern. Bewegen.“ und konzentriert sich auf den Bereich Bildung, Integration und soziale Mobilität.

Impressum

Herausgeber:

Vodafone Stiftung Deutschland
gemeinnützige GmbH
Am Seestern 1
40547 Düsseldorf
www.vodafone-stiftung.de

Verantwortlich:

Dr. Mark Speich
Dr. David Deißner

Koordination:

Danyal Alaybeyoglu

Lektorat:

Jost Burger

Gestaltung:

trafodesign GmbH, Düsseldorf

Druck:

Druckstudio GmbH, Düsseldorf



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften
www.fsc.org Zert.-Nr. GFA - COC
© 1996 Forest Stewardship Council

ALLE MEDIEN DER VODAFONE STIFTUNG DEUTSCHLAND
FINDEN SIE AUCH IN UNSERER STIFTUNGS-APP:



ISBN 978-3-9813230-5-4



Vodafone
Stiftung
Deutschland

IN KOOPERATION MIT DER

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG